ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK & WELTWIRTSCHAFT

V. JAHRGANG / 1928

HEFT 12 DEZ.

[...]esch / Aufgaben der europäischen Diplomatie — [...]dow / Ist Seerüstung ein Luxus für Deutschland? — [...]yer / Enquêten — Steffen / Arabien tritt in die Weltpolitik ein — Oppenheim / Zusammenhalten gegen [...]en! — v. Einem / Amerikas wahre Regierungsmethoden — Geopolitische Jahresübersichten der Herausgeber

BERLIN

KURT VOWINCKEL VERLAG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorar-Professor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444, *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14, Tel. Nord 8186, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat und Privatdozent, Gießen, Ostanlage 25, Tel. 4178 und *Dr. O. Maull*, a. o. Professor an der Universität Frankfurt a. M., Franz-Rücker-Straße 23, Tel. Maingau 75117

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *A. Ball*, Berlin W 9, Linkstr. 25, Tel. Nollendorf 7348,

unter ständiger Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 60. *Schriftleitung*: Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83

V. JAHRGANG / HEFT 12 / DEZ. 1928

AUFSÄTZE ZUR WELTPOLITIK:

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

LITERATURBERICHTE:

EINZELHEFT RM. 2.50

VIERTELJAHR RM. 6.— / JAHRGANG GEBUNDEN RM. 30.—

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Gerhart *Bartsch*, Assistent a. Geogr. Institut d. Techn. Hochschule, Hannover — Eduard *Benesch*, Tschechoslovakischer Außenminister, Prag — Dr. A. R. *Böhm*, Dessau-Ziebigk, Mittelstr. 8 — Professor Dr. K. *Brichta*, Römerstadt, C. S. R. — C. Milliges von *Einem*, Darmstadt, Roquetteweg 2 — Kapitän z. See *Gadow*, Berlin W 10, Reichswehrministerium — Professor Dr. Elemér *Hantos*, Staatssekretär a. D., Budapest, Arpad ul. 6 — Dr. Karl *Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Gerhard *Herrmann*, Leipzig, Grassistr. 34 I — Dr. Otto *Maull*, a. o. Professor an der Universität, Frankfurt a. Main, Franz-Rücker-Str. 23 — Georg *Mayer*, Oberregierungsrat, Generalsekretär des Enquête-Ausschusses für die deutsche Wirtschaft — Dr. Erich *Obst*, o. Prof. a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14 — Katharina *Oppenheim*, Berlin W 10, Bendlerstr. 20 — Hans *Steffen*, Major a. D. der Fliegertruppe, Berlin W 35, Blumeshof 17 — Dr. Kurt *Wiedenfeld*, Geh. Legationsrat, o. Professor a. d. Universität, Leipzig, Schillerstr. 7

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRUNEWALD HOHENZOLLERNDAMM 83

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

Betrifft Register:

Diesem Heft liegt das ausführliche *Register* für den V. Jahrgang 1928 der „Geopolitik“ bei. Sein Preis beträgt wie im vorigen Jahr M. 1.—. / Ich bitte Sie, diesen Betrag erst mit dem Bezugsgeld für das 1. Quartal 1929 einzusenden. Auf den Rechnungen, die Anfang Januar versandt werden, wird er gesondert aufgeführt. / Bezieher, die erst im Laufe dieses Jahrgangs hinzugetreten sind, werden zweckmäßig jetzt den Jahrgang um die fehlenden Hefte und das Register ergänzen; nur der *vollständige* Jahrgang hat *bleibenden* Wert. / Sollte dies in einzelnen Fällen im Augenblick nicht beabsichtigt sein, so ist der Verlag zu einer Rücknahme des Registers bereit, bittet dann aber um Rücksendung vor dem 31. Dezember 1928, um eine In-Rechnung-Stellung zu vermeiden.

Gleichzeitig ist in Erfüllung der Wünsche unserer Leserschaft das Register zu den Jahrgängen I—III erschienen. Bitte lesen Sie die umstehende Bekanntmachung.

Betrifft Berechtigungsschein:

Zum Weihnachtsfest werden Sie sicher das Recht in Anspruch nehmen wollen, die eigens für die Bezieher der „Geopolitik“ hergestellten billigeren Sonderausgaben für den Eigenbedarf oder zu Geschenkzwecken zu beziehen. Die Neuerscheinungen dieses Jahres sind auf den folgenden Seiten besonders angezeigt. Bitte senden Sie den einliegenden Berechtigungsschein möglichst in den nächsten 3 Tagen ausgefüllt ein. Die Berechtigung zum Bezug der Sonderausgaben meiner 1928 erschienenen Verlagswerke erlischt mit dem 31. Dezember 1928, da sie fast sämtlich angesichts des unerwarteten Anwachsens der Bezieherzahl zur Neige gehen.

Betrifft Beilagen:

Versäumen Sie schließlich nicht, die übrigen *Beilagen* des Heftes durchzublättern und die Weihnachtsanzeigen zu studieren. Sie werden manche Anregung empfangen, manches Sie interessierende Werk finden. Es liegen Prospekte bei von folgenden angesehenen Verlagen:

Avalun-Verlag, Hellerau — Eugen Diederichs Verlag, Jena — Gustav Fischer Verlag, Jena — Friederichsen, de Gruyter & Co., Hamburg — Verlagsbuchhandlung Carl Gerolds Sohn, Wien — List & von Bressensdorf, Leipzig.

Mit besten Wünschen zum Fest und zum Jahreswechsel

Berlin-Grunewald

Vowinckel

Kurt Vowinckel Verlag G. m. b. H.

Ein Register

zu Jahrgang I–III (1924–1926)

der Zeitschrift für Geopolitik:

Es stellte sich in den letzten Jahren heraus, daß das einfache Titel- und Namensregister, welches den ersten Jahrgängen der „Geopolitik“ beigegeben wurde, noch nicht den Anforderungen entsprach, die von den Lesern der Zeitschrift gestellt werden.

So erhielt Jahrgang IV/1927 und nun auch V/1928 ein umfassendes Register, das bereits in vielen Zuschriften freudig begrüßt worden ist.

Auch für die ersten Bände der Zeitschrift entschloß sich jetzt der Verlag, ein entsprechend ausgebautes Register herauszugeben, obwohl dies ein Opfer bedeutet: der geringe Preis von M. 3.– deckt nur einen Teil der Selbstkosten.

Dies Register gibt dem Besitzer aller Jahrgänge die Möglichkeit, die Zeitschrift voll auszunutzen; dem, der sich die früheren Jahrgänge noch nicht angeschafft hat, die Möglichkeit, einzelne notwendige Hefte aus früheren Jahrgängen festzustellen und sich zu besorgen.

Zur Bestellung des Registers dient der beigefügte Berechtigungsschein. Füllen Sie ihn bitte aus.

Kurt Vowinckel Verlag G. m. b. H.

EDUARD BENESCH:

DIE AUFGABEN DER EUROPÄISCHEN DIPLOMATIE

Zehn Jahre nach der Beendigung des Weltkrieges hat Europa noch keineswegs n Idealzustand einer vollkommenen Konsolidierung erreicht. Es stellt keineswegs ne vollkommene Interessengemeinschaft dar, deren Mitglieder im friedlichen Wett-werb bestrebt sind, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Fähigkeiten zu beweisen d im Geiste des Friedens und der Menschlichkeit für die Sache des gemeinsamen eals des allgemeinen Fortschrittes zusammenzuarbeiten.

Wenn wir allerdings die gegenwärtigen Verhältnisse in Europa genau untersuchen d sie mit denjenigen der Vorkriegszeit vergleichen, um die Frage nach Fortschritt er Rückschritt hinsichtlich der internationalen Beziehungen der europäischen tionen zu entscheiden, so müssen wir bei ruhiger Abwägung dennoch zu opti-stischen Schlußfolgerungen gelangen. Wir dürfen natürlich bei der Beurteilung r augenblicklichen europäischen Lage unsere Aufmerksamkeit nicht nur den kon-eten politischen Fragen zuwenden, welche die Beziehungen der europäischen Länder einander beeinflussen, wir müssen vielmehr auch den Veränderungen unsere Be-htung schenken, die in den Methoden und Formen der zwischenstaatlichen Be-hungen eingetreten sind. Gerade in dieser Hinsicht tritt nämlich der unleugbare rtschritt Europas und des internationalen Lebens in der Nachkriegszeit zutage.

Ich übersehe die offenen und noch unvollkommen gelösten Fragen der europäischen litik keineswegs. Ich bin weit davon entfernt zu wünschen, daß, soweit Schwierig-iten in den verschiedenen Gebieten Europas noch vorhanden sind, diese unter-hätzt werden. Ohne Frage haben die europäischen Staatsmänner noch erhebliche rgen mit der endgültigen Regelung des Reparationsproblems. Das Rheinlandproblem rd ebenfalls noch längere Zeit die deutsch-französischen Beziehungen beeinflussen. tteleuropas Entwicklung wird sicherlich wieder durch das politische Problem Öster-chs berührt werden, wie dies in dem Wort vom „Anschluß" zutage tritt, und durch s Problem Ungarns, das in den Expansionstendenzen dieses Landes besteht. Der lkan und Osteuropa erinnern Europa daran, daß immer noch gewisse Entwick-ngsschwierigkeiten und Mängel in der Konsolidierung bestehen, die auch in Zu-nft in verstärktem Maße unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen dürften. ir müssen ferner die Probleme und die Schwierigkeiten in Rechnung stellen, die ehr oder weniger bei allen europäischen Staaten in der Frage des wirtschaftlichen ıfbaues bestehen.

Die Mehrzahl dieser Probleme der europäischen Politik — wenn nicht gar alle — nd augenscheinlich jedoch vorübergehender Natur. Sie sind keineswegs organisch dingt. Sie hängen entweder direkt mit der Liquidierung des Krieges zusammen

oder sie ergeben sich aus seinen Folgen und stellen eine Reaktion der verschiedene Länder auf dies Ereignis dar, ganz gleich, ob die Folgen des Krieges besonders territorialer, politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht Ausdruck fanden. Die zeh Jahre, die seit der Beendigung des Weltkrieges verflossen sind, reichten rein zeitlic nicht aus, um eine vollkommene Anpassung der Welt an die neugeschaffene Situatio zu erzielen. Wir leben noch immer inmitten des Konsolidierungsprozesses der Nach kriegszeit. Das ist auch die Erklärung für die meisten Schwierigkeiten, die erst al mählich überwunden und liquidiert werden müssen.

Zwar müssen wir hier und da die Feststellung machen, daß auf die verschiedens Art und Weise Versuche zu dem Zwecke unternommen werden, eine vollkommer oder teilweise Rückkehr zu dem in der Vorkriegszeit herrschenden System herbeizu führen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß der Fortschritt im Geiste inte nationaler Zusammenarbeit und im Sinne echten Friedenswillens unleugbar ist. D deutsch-französische Abkommen im Westen, wie es besonders durch das Locarn abkommen und durch die Mitarbeit Deutschlands im Völkerbunde charakterisie wird, die mitteleuropäische Zusammenarbeit, dargestellt durch die kleine Entent deren gute Beziehungen zu Polen und Österreich, die ständige Besserung der Be ziehungen unter den Balkanvölkern und endlich die Zusammenarbeit, die ihren We nach Osten nimmt, beweisen dies alles zur Genüge.

Die Anzeichen für eine günstige und friedliche Entwicklung in den internationale Beziehungen Europas treten meiner Meinung nach besonders in den neuartige Methoden der internationalen und zwischenstaatlichen Politik zutage, wie sie unt dem Einfluß des Völkerbundes eingeführt wurden. Diese neuen Methoden trage Sorge nicht nur für eine größere Stabilität der Verhältnisse, sondern sie verringe auch die Gefahr von Reibungen und von Konflikten. Den Beweis dieser Entwicklun und dieses Fortschrittes finden wir gerade in der Tatsache, daß der Völkerbund be steht, jener Bund, dem fast alle europäischen Staaten und Nationen angehören, de ihre Staatsmänner und Politiker periodisch zu dem Zwecke zusammenführt, um di großen europäischen und weltpolitischen Probleme zu besprechen und der langsan aber sicher den Weg für neue Formen der zwischenstaatlichen Beziehungen vorbe reitet. Durch friedliche Methoden hat der Völkerbund bereits eine Reihe von Frage geregelt, die sich auf die internationalen zwischenstaatlichen Beziehungen bezoge also Fragen, die sich aus den Friedensverträgen ergaben, wie die Minoritätenproblem er hat aber auch Aufgaben gelöst, die die direkten politischen Beziehungen der Staate untereinander betrafen.

Das Maß der Anstrengungen in der Richtung der friedlichen Beilegung aller Streitig keiten, die die bestmögliche Friedensgarantie in Europa und in der Welt zu schaffe bestrebt sind, sowie die bisher erzielten Erfolge unterliegen sicherlich mancherle Kritik. Trotzdem darf man meines Erachtens die Tatsache nicht übersehen, daß di Ideen, welche diese Bemühungen leiteten, sowie die verfolgten Methoden heute berei immer mehr Verbreitung finden und direkt auf das Gebiet der Beziehungen de einzelnen Staaten untereinander übertragen werden. Das weitverzweigte und sic immer weiter spannende Netz der Schiedsgerichts-, Freundschafts- und Garanti

rträge, das die europäischen Staaten zusammenhält, hat natürlich noch immer ne Lücken und Schwächen. Kein Zweifel kann jedoch darüber bestehen, daß dieses rtragssystem — der Ausdruck neuer Methoden in der Politik — weit mehr als eine r theoretische Bedeutung besitzt, hat es doch Verpflichtungen rechtlicher, polircher und moralischer Natur im Gefolge. Meiner Meinung nach geht die Besserung r europäischen Beziehungen aus der Tatsache der Leitung und Überwachung der ernationalen politischen Beziehungen durch die Völker selbst hervor, die heute ne entscheidende Rolle in der Führung der Außenpolitik einer großen Anzahl ropäischer Staaten spielen und dadurch den Staatsmännern und Politikern eine it höhere Verantwortlichkeit auferlegen, als dies früher der Fall war. Die öffenthe Meinung der Welt, die weit größere Bedeutung in den demokratischen Staaten angt, erfüllt hier eine analoge Aufgabe.

Wenn auch bisher für alle Probleme des neuen Europa noch keine Lösung genden wurde, ja selbst wenn alle Gefahren und Hindernisse zur Herbeiführung edlicher Beziehungen unter den europäischen Nationen und Staaten noch nicht nzlich aus dem Wege geräumt worden sind, so glaube ich dennoch, daß es heute öglich ist, von einer Besserung der internationalen Beziehungen in Europa sprechen d an die Aufrechterhaltung und Konsolidierung des Friedens glauben zu dürfen.

KAPITÄN ZUR SEE GADOW:

IST SEERÜSTUNG EIN LUXUS FÜR DEUTSCHLAND?

Die „Panzerkreuzer-Frage“ beschäftigt das deutsche Volk so stark, daß eine Erörterung auch an dieser Stelle geboten erscheint. Innerpolitische Belange scheiden dabei für uns selbstverständlich aus. Als Wissenschaftler streben wir nach Erkenntnis der Wahrheit, und Wahrheit hat Wissen zur Voraussetzung. In diesem Sinne geben wir heute einem Sachverständigen das Wort, der die Frage positiv beantwortet. Auf Wunsch steht unsere Zeitschrift natürlich auch der gegenteiligen Meinung offen, sofern sie sich in gleicher Weise einer strengen Sachlichkeit befleißigt. *E. Obst.*

„Phäakentum ist immer leichter, als Spartanertum.“
Graf Bismarck, 1865.

I.

Das deutsche Volk ist politisch heute wie immer ein Spielball seiner Parteileidenhaften, die ihm den Blick für Binsenwahrheiten des Weltgeschehens und die Grundgen seiner Existenz trüben. Hatte es im Weltkriege lange Perioden und im Zummenbruch und nachher kürzere Momente würdiger Gesamthaltung, so wurden ese immer wieder abgelöst durch Ausbrüche zerstörenden Verzichts auf Selbstbestimung und nationale Ziele. Zum ersten Male seit 100 Jahren in seinem Aufstieg rückgeworfen, zertrümmert es Götzen und Ideale ohne Unterschied, prägt sein Nie wieder Krieg“ und setzt das eigene Wunschbild an die Stelle der Wirklichkeit. zwischen denkt die Menschheit nicht daran, den Beginn des 1000jährigen Reiches beschleunigen. Neben den nicht zu leugnenden zahlreichen Energien völkerverndender Art, neben den innigen Bindungen des internationalen Geldmarktes und

Handels, neben den internationalen Wirtschaftsverbänden und den Konferenzen de
Völkerbunds und der Schiedsgerichte stehen nach wie vor ererbte und neue Feind
schaften, verletzte Rechte, wachsende Ansprüche, besteht Siegerwillen gegen Besiegte
Neid von Sieger zu Sieger, Unabhängigkeitsdrang unterdrückter Rassen und alle
dies fast noch überschattend der gierige Wettlauf um Rohstoffe und die Märkte vo
heute und morgen. So spiegeln sich Vernunft und Trotz, Einsicht und wilde Begierd
der Menschheit getreulich wider im zwischenstaatlichen Leben, und aller heißer Will
zum Frieden schafft die Ellenbogen nicht ab, mit denen die Stärke sich de
Weg zum gedeckten Tische bahnt. Jedoch, die Enttäuschungen von Genf 1928 –
ein Nichts für den Pazifisten. Erhöhung der Rüstungsmittel rund herum (Frankreic
allein 5 Milliarden), völlige Ergebnislosigkeit aller Abrüstungskonferenzen — ei
Grund mehr, Deutschland die Rüstung zu verweigern, „da es doch keinen Zweck hat"

Der Kampf um die Erhaltung des Restes der deutschen Seemacht ist nur ein Te
des Zeitproblems und ein Beispiel der Gemütswallungen, die sich für Politik halten
Er ist entbrannt an der Bewilligung des ersten von 4 Panzerschiffen („Panzerkreu
zern"), die bestimmt sind, die immer stärker veraltenden und zum Teil bereits gan
unbrauchbaren Linienschiffe der deutschen Flotte zu ersetzen, und vorwiegend inner
politisch. Der Zusammenhang darf als bekannt vorausgesetzt und hier übergange
werden. Welche unsachlichen Argumente diesem Kampf jedoch dienen müssen, be
leuchtet am deutlichsten das Schlagwort von gewisser Seite, daß die neuen Schiff
„eine militärische Spielerei" seien, während eine andere Richtung darauf schwör
daß sie eine „hochwertige imperialistische Aufrüstung gegen Rußland" darstellen
Nun, die Wahrheit pflegt ja irgendwo in der Mitte zu liegen, und so darf der poli
tisch vorurteilslose und aufrichtig um Zweckmäßigkeit unseres politischen Handeln
bemühte Deutsche wohl Anspruch darauf erheben, über diese Dinge näher unter
richtet zu werden. Mit der Erneuerung unserer Kampfschiffe steht und fällt di
deutsche Seemacht, davon ist auszugehen. Ob diese Seemacht ein Begriff mit ode
ohne Inhalt und Zukunft ist, bleibt zu erklären.

2.

Die deutsche Geschichte ist gekennzeichnet durch den Verfall der Reichsmacht i
den Jahrhunderten, welche in den Ländern ringsherum im Gegenteil eine Überwin
dung der partikularistischen Kräfte und Stärkung der zentralen Gewalt mit sic
brachten. Die deutschen Seeinteressen, schon frühzeitig von bedeutendem Umfang
hatten die Folgen hiervon zu spüren. Über 200 Jahre lang waren die deutsche
Küsten in fremden Händen und lag die ehemals blühende deutsche Seegeltung da
nieder. Erst die dänische Bockade 1848/49 und die Verluste und die Beschwerde
der preußischen Seestädte ließen neues Licht auf halbvergessene Dinge fallen. Di
preußische Flotte trat erneut ins Leben, übernahm das Erbe der verunglückte
Reichsflotte und fand mit Erwerbung der beiden Kriegshäfen Kiel und Wilhelms
haven ihre neuen Stützpunkte. Die öffentliche Meinung trat der Entwicklung nu
zögernd bei, und Bismarck kämpfte 1865 (vgl. das voranstehende Motto) zunächs
vergeblich um Mittel für Kiel und die Flotte. Im ganzen war damit ein wesentliche

bschnitt vollendet: Die deutsche Küste war wieder deutsch und erfreute sich deut-her Seemacht als Schutz, ein Zustand, der uns heute selbstverständlich erscheinen ill und der doch Jahrhunderte zu seiner Verwirklichung bedurfte, ein Sinnbild nserer Geschichte. Die Frage erhebt sich, ob den deutschen Interessen mit Vollen-ıng dieses Zieles, d. h. der Herstellung freier und gesicherter Küstenfahrt, ausreichend edient war, und ob der Versuch, die deutsche Seemacht überseeisch zu weiten und nd in der Heimat aufs höchste zu stärken, den geopolitischen Gegebenheiten ent-rach.

3.

Die Trauer um das Scheitern der großen Flottenschöpfung, der wohl machtvollsten ebensäußerung des deutschen Volkes in einem Zeitraum, der an vorwärtsdrängenden nergien und Großtaten auf vielen Gebieten doch nicht arm war, liegt noch zu ahe, um anders als in Kürze und Ehrfurcht von ihr zu sprechen. Wir fassen die otive dieser Schöpfung zusammen: Die deutsche Agrarwirtschaft in 3 Jahrzehnten ıf Weltwirtschaft großen Stiles umgestellt, die Bevölkerung fast verdoppelt und zum roßen Teile zu ihrer Ernährung und Beschäftigung auf überseeische Rohstoffe und ärkte angewiesen. Der deutsche Welthandel bereits 1902 an zweiter Stelle und 1913 it 21 Milliarden Umsatz unmittelbar im Begriff, England zu überholen, die deutsche andelsflotte aus einem Nichts ebenfalls zur zweiten Stelle mit 5 Millionen Tonnen ıfgerückt, die Auswanderung von 220 000 Menschen jährlich (80er Jahre) auf 2 000 gesunken (1900). Eine andere deutsche Welt war erstanden, wie bekanntlich ürst Bismarck selber in Hamburg staunend bezeugte. Selbst nach dem Urteil späterer einde*) „rechtfertigte Deutschlands Handelsausbreitung zweifellos zu Maßnahmen olitischen und militärischen Schutzes, und dieses Motiv wurde daher dem Flotten-esetz von 1900 vorangestellt, welches besagte, daß Deutschland zum Schutze seines eehandels und seiner Kolonien eine Flotte von solcher Stärke haben müsse, daß ein rieg selbst mit der größten Seemacht die Stellung dieser Seemacht gefährden müsse!“ ie gesamte deutsche Wirtschaft stand auf der Seite der Flottenverstärkung, sie be-achtete diese als die unvermeidliche Sicherheitsprämie für ihre wachsenden über-eischen Kapitalsanlagen; alle Zweige der Industrie fanden ihren Nutzen in dem roßen Werk, nicht nur in Gestalt von Staatsaufträgen, sondern in zahllosen Im-ulsen zur Verbesserung und Verfeinerung deutscher Arbeitsleistung; die Arbeiter-haft verdiente über 80% der ausgegebenen Summen als Löhne; die öffentliche einung trat in überwältigender Weise dafür ein. Eine solche Periode geschlossenen ationalen Wollens läßt sich nicht**) kurzerhand post eventum als irregeführt und rfehlt abtun, obgleich die Gefahren und Irrtümer auf dem eingeschlagenen Wege cht verborgen blieben. Vielmehr ist festzustellen, daß die Flottengesetze mit allen ren Folgen einer großartigen, wenn auch optimistischen Auffassung der deutschen ukunft entsprangen und nichts anderes verkörperten, als den Willen der spät zur nigung gelangten Nation, ihren Rang unter den Mächten einzunehmen, der ihr ırch geographische Nachteile, Verkettung widrigen Schicksals und politische Un-ife zu lange versagt geblieben war. Unser Verbrechen war, daß wir zu spät kamen

*) Steven and Westcott, „History of Seapower“. — **) Vgl. Haller, die Ära Bülow.

und bei allem Wollen die Reife politischer Kunst nicht erlangt hatten, die ein solche Aufstieg gegenüber ablehnenden Gewalten vorausgesetzt hätte. Wir wagen es, di Kardinalfehler dieser schicksalsvollen Politik in zwei Sätzen zusammenzufassen: De eine große Irrtum war, daß England und Rußland nie zusammengehen würden Der Urheber dieser starren These, Holstein, ward uns zum Verhängnis. Der zweit fundamentale Fehler war die Unterschätzung der psychologischen Wirkung de Flottenvermehrung auf England, die es zu nie gekannten politischen Anstrengunge gegen uns aufstachelte und Bündnisse schließen ließ, die das Grundmotiv des Flotten gesetzes, den „Risikogedanken (s. ö.)“ durchlöcherten, da das Risiko für Eng land nahezu schwand*). Hier lag die Peripetie unseres Schicksals; das Ende führ über Heldentum, Hunger und Verrat nach Scapa Flow und Versailles.

4.

Die Neuordnung der Welt nach dem Willen der Sieger hat keinen Frieden ge schaffen. Wohin das Auge blickt, findet es Konflikte und Gruppenbildung unter de Mächten, ganz besonders seit kurzem beleuchtet durch die erneuerte englisch-franzö sische Entente. Neben den ungelösten Problemen unseres Kontinents stehen ozeanisch Rivalitäten und Zusammenstöße von Interessen. Im Mittelmeer die aufsteigend Macht Italiens, die nach überseeischen Besitzungen ihrer Nachbarn strebt und m Unwillen die Verriegelung ihres Seegebietes nach dem freien Ozean zu durch Frank reich, vielleicht unmittelbarer noch durch die englischen Zwingburgen und Stütz punkte empfindet. Im Stillen Ozean: die im Flottenvertrage von Washington verkrüppelt japanische Macht, die sich durch eine Entente der Mächte auf den Wegen zu ihre Rohstoffkammern gefährdet und von den ersehnten Siedlungsgebieten verdrängt sieh ganz zu schweigen von ihrer stillschweigend erwarteten Führerrolle in der Emanz pation der pazifischen und Monsumländer-Rassen. Im Atlantik: Die offene Rivalitä Englands und Amerikas um den Dreizack und die Freiheit der Meere, eine Riva lität, die fressend in den Gemütern wirkt und schon heute einen Grad gegenseitige Abneigung erzeugt hat, wie er seit dem letzten Kriege vor 116 Jahren nicht meh bekannt war. Dies ist nur ein Ausschnitt der planetarischen Schicksalsfragen, und ih Ablauf ist durchweg bedingt von Seemacht als dem zur politischen Fernwirkun geeigneten und zum Schutz lebenswichtiger Interessen heute noch unentbehrliche Organ. Es ist unmöglich, daß ein Ausbruch auch nur eines Partikels dieser Konflikt ohne Rückwirkung selbst auf die ferneren Seegebiete bleibt und dort die Interesse der Anwohnerstaaten am freien und ungehinderten Seeverkehr, an der Sicherhe ihrer Küsten und ihrer Verbindungen unberührt läßt. Dieser Fall betrifft für Deutsch land die Nord- und Ostsee. Der deutsche Außenhandel geht heute mit 75 % (Au fuhr) und 60 % (Einfuhr) über See, ein Prozentsatz, der sich im Konflikts- od Spannungsfalle, der die Landgrenzen sperrt, auch wenn Deutschland ihm fern z zu bleiben sucht, noch beträchtlich erhöhen muß. Hat jemand, der den Nutze deutscher Seemacht leugnet, einmal bedacht, welcher Anteil an seiner Versorgun

*) Wenigstens mußte es England so erscheinen. Tatsächlich wurde es durch den Seekrieg a den Rand der Niederlage gebracht.

nd an der Erhaltung der Produktion des Landes dem Seewege ausgesetzt ist, wie ffen die deutsche Küste für jeden Angriff liegt, und welchen Gefahren allein unsere *eutralität* ausgesetzt ist, im Streitfällen, aus denen wir uns fern zu halten wünschen? enug, die Interessen liegen zutage, die Gefahren kriegerischer Übergriffe gleichlls, und aus beiden entspringt die kategorische Forderung des Selbstschutzes für n Land, das sich nicht der Willkür selbst *kleinster Mächte* ausliefern und auf en Rest von Selbstbestimmung und Bündnisfähigkeit verzichten will, der ihm bessen ist. Das Vorbild, das in dieser Hinsicht die kleineren, ohne Frage auf Frieden nd Neutralität gerichteten Mächte, wie Spanien, Holland, die skandinavischen und idamerikanischen Staaten geben, ist unzweideutig.

5.

Der Versailler Vertrag hat Deutschland im Besitz einer veralteten Flotte von Linienschiffen zu 13 200 t, 6 Kreuzern zu rund je 3000 t, 24 Torpedobooten nebst $^{1}/_{3}$ Reserve zu diesen Schiffsklassen und dem notwendigen Zubehör an Minensuchern nd Spezialfahrzeugen belassen. Für den Ersatz der Linienschiffe und Kreuzer ist ine Altersfrist von 20 Jahren und eine Größengrenze von 10 000 t bzw. 6000 t orgeschrieben, für die Torpedoboote 15 Jahre und 800 t bzw. 200 t; Unterseeboote nd Flugzeuge sind verboten. Die Altersgrenzen sind heute weit überschritten, die lten Fahrzeuge verbraucht, kostspielig und unsicher, der Ersatz hat begonnen, inem bisher 5 Kreuzer erneuert und beinahe fertiggestellt und 12 Torpedoboote (Zerörer zu 800 t) erbaut sind. Unerwartet hat sich nun Widerstand gegen den Ersatz er Linienschiffe erhoben. Was ist die Ursache?

Eine altvertraute aber irregehende Auffassung läßt die öffentliche Meinung den Kreuzern häufig Sympathie, den Panzerschiffen das Gegenteil entgegenbringen. Eine age Vorstellung glaubt, daß der Handelschutz mit Kreuzern genügend auszuüben ei, daß diese auch der Aufgabe der fernen Repräsentation angemessen und für alle eepolizeizweeke ausreichend geeignet, die Linienschiffe dagegen ein schwerfälliges, abei drohendes und daher friedenstörendes Requisit seien. In Wirklichkeit bedarf ede Flotte, neben den kleineren Fahrzeugklassen, einer schnellen Aufklärung durch Kreuzer, die allerdings zum Handelsschutz in erster Linie geeignet sind, definitiv aber einer stärker bewaffneten und widerstandsfähigeren Gattung von Schiffen, auf die erstere sich als pièce de résistance vor stärkeren Handelsstörern zurückziehen können. Sind diese nicht vorhanden, so wird der Handelsschutz mit unseren 6000-t-Kreuzern gegenüber den heute auf 10 000 t angewachsenen und auf *diese Größe vertraglich begrenzten* Normalkreuzern anderer Mächte illusorisch und mit ihm alle anderen Aufgaben, die wir andeutend streiften. In unseren alten Linienschiffen, verbraucht wie sie sind, beruht die eigentliche Kampfkraft der Flotte, die ihr ihren bestimmten Rang als Seemacht anweist und in den an Deutschland angrenzenden Meeren ein *zählender Faktor* ist. Mit dem Erlöschen der Kampfkraft erlischt dieser Faktor. Das ist der Kern der Lage. Seit Jahren daher wurde an dem Problem des Ersatzes gearbeitet, das in Anbetracht der geringeren Größe von 10 000 t (nach neuerer Rechnung, etwa gleichbedeutend mit 12 000 t alter Rechnung) schwer zu

lösen war. Die Wahl schwankte dabei zwischen langsamen, jedoch sehr schwer bewaffneten und gepanzerten Schiffen (einer Art „Monitore“ oder Küstenpanzer) und einem schnelleren, ebenfalls schwer bewaffneten jedoch leichter geschützten Typ. Nachdem Fühlungnahme ergeben hatte, daß man uns die erstere Art mit keinem größeren Kaliber als 28-cm-Geschützen zugestehen wollte, fiel die Wahl auf die 2. Lösung, die heute in Gestalt des „Panzerschiffs“ (in Ermanglung eines besseren Ausdrucks und da der Friedensvertrag von cuirassés und armoured ships spricht) „Ersatz Preußen“ („A“) bewilligt und in Bau gegeben ist. Die lange schwankenden Erwägungen über diese Lösung haben mit Unrecht die Anschauung erzeugt, als ob es sich um ein Notprodukt von zweifelhaftem und nur dem „Prestige“ dienenden Wert handele. Nichts kann verkehrter sein. In Wirklichkeit verspricht nach Überzeugung aller verantwortlichen inländischen und namhafter ausländischer Fachleute die Lösung vollen Erfolg. Was jetzt als erstes seiner Klasse gebaut wird, ist ein hervorragend bewaffnetes (sechs 28-cm- und acht 15-cm-Geschütze, dazu Torpedorohre und Luftabwehr), schnellaufendes (26 sm) und für den Kampf mit allen zeitgenössischen Kreuzern ausreichend geschütztes Panzerschiff (oder „Panzerkreuzer“, wie ein Teil der öffentlichen Meinung es will), das an Kampfkraft seine Vorgänger erheblich überragt und für alle Aufgaben, die ihm billigerweise zugeschrieben werden können, hervorragend geeignet ist. Das Geheimnis der endlich möglichen Lösung liegt, kurz gesagt, in 2 Dingen: dem Abschluß der Konstruktion des schnellaufenden starken Dieselmotors, der in dieser Form zum ersten Male auf See erscheint und der deutschen Industrie zur denkwürdigen Leistung zu werden verspricht, und zweitens in der Gewichtsersparnis durch Verwendung leichter, zäher Metalle, wo es angeht, und durch das neuartige Verfahren des Schweißens an Stelle Nietens am Schiffskörper. Soweit die technischen Details, die hier nur zur notwendigen Erläuterung dienen sollen. Mit Fertigstellung von 4 Schiffen dieser oder ähnlicher Art ist die Kampfkraft der Flotte erneuert, ja nicht unwesentlich erhöht, immer noch unterhalb der Grenzen der Friedensbedingungen, also jedem Vorwurf der „imperialistischen Aufrüstung“ entrückt, unsere Seemacht dem endgültigen Verfall entzogen und in solcher Stärke erhalten, wie es die Umstände gestatten. Daß diese Schiffe teuer sind, kann nicht bestritten werden [(ca. 73 Millionen *)]. Der Grund liegt in der geschilderten höchst verfeinerten Konstruktion und den hohen Preisen unserer jeder sonstigen Umsatzmöglichkeit beraubten und vom Gegner geplünderten und beschränkten Rüstungsindustrie. Im übrigen kosten amerikanische Kreuzer gleicher Größe dasselbe. Bejaht das deutsche Volk jedoch, unter Beiseitesetzung der innerpolitischen und völlig verfahrenen Gegensätze, wie wir zuversichtlich hoffen, die Frage der deutschen Seemacht an sich, die wir hier in ihren Umrissen zu zeichnen versuchten, so wird es auch in bedrängter Lage und in Abwägung aller Bedürfnisse die Mittel zu ihrer Erhaltung finden können und damit den Abstieg der Nation noch unter den ihr heute belassenen Grad von Würde und Selbstbestimmung vermeiden.

*) Auf Grund der Lohnbedingungen vom März 1928. Im Haushalt sind die Schiffe mit 80 Mill. veranschlagt, die Differenz dient als Lohnreserve.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Geopolitischer Überblick über das Jahr 1928

Das Jahr 1928, das die letzte Berichterstattung dieses Zeitraumes zu überschauen vercht, hat im Grunde nur immer wieder von neuem die mannigfachen politischen Schwiegkeiten des vielteiligen europäischen Raumorganismus offenbart, ohne uns auf irgendnem Gebiete einen nennenswerten Fortschritt zu bescheren. Durch den Krieg in seiner Veltgeltung schwer geschädigt, ringt Europa zwar in tiefem Ernst nach Besserung einer Lage, nach Frieden und Freiheit, nach Neugestaltung der politischen und gellschaftlichen Lebensformen; aber dieses Bemühen zeigt entsprechend der Verhiedenartigkeit der geographischen Struktur in den einzelnen Hauptbezirken des bendlandes völlig voneinander abweichendes Gepräge. Vier Teile, jeder mit ihm gener geopolitischer Problematik, heben sich bei einer solchen Betrachtung ab:

1. Großbritannien, das insular-maritime Europa.
2. West- und Mitteleuropa, das Gebiet ausgereifter Zellenstaaten mit leidlich bgeschlossener Nationalbewegung.
3. Rußland, der kontinentale eurasiatische Flachlandsgroßraum mit politischen mpulsen, die teils im Nationalen, teils ausgesprochen im Sozialen wurzeln.
4. Südosteuropa und naher Orient, ein vielfach auch territorialpolitisch noch nfertiger Staatenblock, unfertig, weil die nationalen Bewegungen hier noch im Fluß nd und ihren endgültigen staatlich-statischen Ausdruck noch nicht gefunden haben.

Alle Versuche, dem Gesetz der wachsenden Räume Rechnung zu tragen und diese er Teile zu einem Ganzen zusammenzuschweißen bzw. zwecks Durchführung geeinsamer Interessen zusammenzuführen, sind auch im Jahre 1928 an den struktullen Gegensätzen gescheitert. Ganz minimal die Erfolge des Genfer Völkerbundes nd der mit ihm zusammenhängenden Einrichtungen. Er ist eben kein Bund der ölker, sondern ein Verein der Staaten mit allen sich daraus ergebenden Reibungen nd Rivalitäten. Er ist auch kein Weltbund, denn Rußland wie die Vereinigten taaten bleiben ihm nach wie vor fern; trotzdem aber lebt man in Genf dem Wahn, as Übergangsstadium des Kontinentbundes überspringen und gleich sämtliche, ach och so grundverschiedene Erdteile erfassen zu können. So kommt es, daß man über rieden, Volkstumsfreiheit, Abrüstung usw. zwar unendlich viel redet, aber nichts ositives zustande bringt. Nicht ganz zu Unrecht hat man den Genfer Bund gegentlich als kostspielige pazifistische Akademie, die dort waltenden Siegermächte s starrköpfige Senatoren bezeichnet. — Die Völker murren ob dieses fruchtlosen ezänks von Genf, aber sie vermögen für sich allein, unter bewußter Ausschaltung

der Staaten, auch nichts zu erreichen, denn was nützt aller Wille zur Legislative wenn die Kraft der Exekutive ganz und gar fehlt. Da versammeln sich die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer und entwickeln, natürlich jede Gruppe für sich mi eigener Marschordnung, Pläne zur Rettung und Stärkung Europas. Da ergreifen di großen Kirchengemeinschaften das Wort, um in edler Begeisterung für eine Frieden und eine Neuordnung Europas im christlichen Sinne zu plädieren. Da komme die Vertreter der Minderheiten aus ganz Europa zusammen und weisen in ernste sachlicher Arbeit den ihnen recht dünkenden Weg zu einer wahrhaften Befriedun der abendländischen Staatenwelt. Wieder ein anderes Mal wird die Fahne Paneuropa entrollt von Coudenhove-Kalergi und seinem Kreis, von interparlamentarischen Unionen, Jugendverbänden usw. Alles gut und schön und, auf weit Sicht gewertet, gewiß nicht unnütz; aber die Staaten, ihrer Omnipotenz als Inhabe der Macht und der Exekutive bewußt, begleiten diese Konzerte allenfalls mit wohlwollendem Händeklatschen, denken aber gar nicht daran, die sich in diesen Zirkel ertönenden Weisen etwa besonders zu Herzen gehen zu lassen. Ungetüme Kolosse sin und bleiben die meisten Staaten, stumpf und stur gehorchen sie in erster Linie de entwicklungsfeindlichen Gesetz der Trägheit.

Ist es ein Wunder, daß sich unter diesen Umständen die geopolitische Vierteilun des Abendlandes auch im Jahre 1928 oft genug geradezu katastrophal bemerkbar machte England behandelt unter der Herrschaft der Konservativen mehr als sonst das Festlan und sein Staatenchaos als Nebensache, bestenfalls als Mittel zum Zweck; seine Interessen konzentrieren sich in erster Linie auf die Erhaltung und Ausgestaltung seine überseeischen Riesenreiches, die Sicherung der Seewege (d. h. Flottenrüstung), di wirtschaftliche und staatsrechtliche Entwicklung der Reichsteile usw. Der Blick Englands ist und bleibt seewärts gerichtet; die kontinentalen Staaten bedeuten ihm nich viel mehr als Schachfiguren, mit denen es im Interesse seiner Weltpolitik ganz nac Belieben zu schalten trachtet. In bewundernswerter Schmiegsamkeit hat die englisch Politik zunächst Italien geködert, um mit Hilfe des Faschistenstaates Frankreich de englischen Wünschen gefügig zu machen. Man ließ Italien die Hand frei in Nordafrika, auf dem Balkan und im Orient und trieb dadurch Frankreich derartig in di Enge, daß die Pariser Presse offen von „Isolierung“ sprach. So weit gelangt, wa man in Downing Street das Steuer herum, zeigte Herrn Mussolini die kühle Schulte und bereitete mit Frankreich die „Flottenverständigung“ vor. Das am 22. Oktobe 1928 auf Drängen des Parlaments veröffentlichte englische Weißbuch versichert zwa hoch und heilig, daß von einer Spitze gegen Amerika oder einer Preisgabe d Locarno-Politik keine Rede sein könne; aber schon in England selbst wertet ma diese diplomatische Redensart als bloße Verlegenheitsfloskel. England war tatsächlic im Begriff, die Frage der ausgebildeten Reserven im Sinne der französischen Wünsch zu behandeln, sofern Frankreich sich bereit erklärte, seine Flotte nach den Weisunge des britischen Admiralstabs für einen kommenden Seekrieg auszugestalten und z Verfügung zu stellen. Allein zu schwach geworden, um den Verkehr mit den wei zerstreuten Reichsteilen auch für Konfliktzeiten zu sichern, hatte sich Englar nach einem Mithelfer umgeschaut, und seine Wahl war, nachdem sich die Vereinigte

taaten stolz versagt hatten, auf Frankreich gefallen. Es wär zu schön gewesen, es at nicht sollen sein! Wann werden die Großmächte des Festlandes einsehen, daß ich England mit ihnen im Laufe der gesamten Geschichte stets nur eingelassen hat, amit sie für England die Kastanien aus dem Feuer holen?

West- und Mitteleuropa bedeutete, wenn es auch bloß in den lebenswichtigen ragen einig wäre, für die gesamte Weltpolitik einen Faktor ersten Ranges. Aber die ier von Natur gefügten Zellen erweisen sich noch immer von so zwingend trennener Gewalt, daß ein chaotisches Neben- und Gegeneinander jeden Versuch zur Geeinsamkeit im Keime erstickt. Glücklich die Staaten, die, wie Spanien durch in unwegsames Hochgebirge vom europäischen Kerngebiet getrennt, dem abendändischen Staatenchaos den Rücken kehren. „Jenseits der Pyrenäen beginnt Afrika", o lautet ein französisches Sprichwort. Es gilt für die Gegenwart nicht mehr im uchstäblichen, wohl aber im übertragenen Sinne, denn Spanien hat sich auf sich elbst besonnen, hat auch im abgelaufenen Jahre, ohne sich viel um das übrige Europa u kümmern, fleißig an sich selbst gearbeitet und durch Ausgestaltung der kulturellen nd wirtschaftlichen Beziehungen zu Lateinamerika seine Stellung entschieden getärkt. Daß die noch immer bestehende Diktatur alle Regungen wahrhafter Geistesreiheit brutal unterdrückt, wird gewiß in manchen Kreisen tief bedauert; die Masse es Volkes aber erträgt diese Vergewaltigung in leidlicher Ruhe als offenbar notvendiges Übergangsstadium zwischen Analphabetentum und Parlamentarismus. — Relative Ruhe ist auch der nordischen Staatengruppe beschieden gewesen, deren Glieder als mehr oder minder abseits gelegene Halbinselstaaten von der Unruhe Zentraleuropas weniger stark ergriffen werden. Sehr beachtlich ist vor allem die steigende ndustrialisierung, die in Dänemark und Schweden wie in Norwegen und Finnland im Jahre 1928 wesentliche Fortschritte gemacht hat. Der Ausdehnungsdrang des schwedischen Welttrustes für Streichholzfabrikation führte gelegentlich zu olitischen Auseinandersetzungen in einer ganzen Reihe mitteleuropäischer Staaten.

Die Sturmzentren des Festlandes lagen auch im Jahre 1928 in dem Raum Paris—Rom—Berlin und zogen von hier auf den nachgerade bekannten Wirbelbahnen nach Osten. Frankreich und Italien erfreuten sich nacheinander der Gunst Großbritanniens, ohne zu merken, daß sie von dem schlauen Albion gegeneinander ausgespielt wurden. talien errang dank der englischen Unterstützung gewisse Vorteile bei der Regelung der Tanger-Frage, vermochte über das ihm ganz erlegene Albanien machtvoll nach Osten vorzustoßen und Frankreichs Bundesgenossen Jugoslawien die Nettuno-Verträge aufzuzwingen. Die Erfolge in der Adria- und Balkanpolitik fanden ihre Fortsetzung in dem Abschluß der Verträge mit Angora und Athen sowie vor allem in der Stärkung des Einflusses in Abessinien. Auf Schritt und Tritt hatte Italien hierbei gegen den Widerstand Frankreichs zu kämpfen, und es hätte nahegelegen, daß Frankreich, von England und Italien in die Zange genommen, den Weg zu einer wirklichen Aussöhnung und Zusammenarbeit mit Deutschland suchen würde. Indessen, nicht umsonst rühmt sich England der Meisterschaft von Faschoda. Auch dieses Mal wieder glückte die Aussöhnung, und wieder hatte Deutschland die Zeche zu bezahlen. Die Engländer taten nichts, um ihren Schachspringer Mussolini

in Südtirol zur Vernunft zu bringen; sie umgarnten jetzt Frankreich, indem sie den Pariser Staatsmännern die Zustimmung zu dem gigantischen Rüstungswerk gegen Deutschland (und Italien?) erteilten. Seit der neuen Liaison zwischen John Bull und Marianne wird Deutschland wieder besonders stiefmütterlich behandelt. Als Volk der Denker und Dichter mag man uns allenfalls auch fürderhin werten, politisch aber bedeuten wir trotz Volkszahl und leidlich intakter Wirtschaft herzlich wenig, seitdem man uns die Waffen gründlichst aus den Händen gewunden hat. Wer schert sich viel darum, wenn wir die uns vertraglich zugesagte allgemeine Abrüstung begehren? Was kümmert man sich um das uns gleichfalls vertragsgemäß zustehende Recht auf sofortige und bedingungslose Räumung der Rheinlande? Gewalt geht vor Recht! Und die Trabantenstaaten wittern Morgenluft und wagen in Polen wie in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und sonst allenthalben neue freche Drangsalierungen der deutschen Minderheiten. Schwer, unsagbar schwer lastet auf uns nicht nur das Los eines Staates der Mitte, sondern auch eines Landes, bei dem sich wie kaum sonst Staatsboden und Volks- und Kulturboden so ganz und gar nicht decken. Hätten wir auch nur eine Spur politischer Erziehung genossen, so würden wir wenigstens in einer derartigen Situation die innere Einheitsfront als Selbstverständlichkeit hegen und pflegen. Aber wir werden nicht klug. Zu einer Neugliederung des Reiches werden wir uns erst aufraffen, wenn die Gläubigermächte uns dazu zwingen; bis dahin klammern wir uns mit einer Leidenschaft, die einer besseren Sache wert wäre, auch nach Beseitigung der Dynastien an die fast nur dynastisch gewordenen und dynastisch zu begreifenden Zufallsgrenzen. In einer Zeit außenpolitischer Hochspannung (Rheinlandräumung, Revision des Dawes-Planes!) bauschen wir die Kreuzerfrage bis zur Kabinettskrise auf und lassen es in der Großwirtschaft an der Ruhr zu folgenschweren Wirtschaftskämpfen, ja zum wochenlangen Erliegen der gesamten Betriebe kommen! Führwahr, einen größeren Gefallen können wir unseren politischen Nachbarn und Rivalen nicht erweisen

Was das Jahr 1928 für Rußland bedeutet, ist schwer zu sagen. Trotz des brutalen Niederringens der Trotzki-Opposition kann man sich beim Verfolgen selbst der amtlichen russischen Presse nicht des Eindrucks erwehren, als ob der Sowjet-Vulkan sich anschickt, es dem Ätna gleich zu tun. Namhafte Russen (Maxim Gorki und andere Künstler) verlassen enttäuscht das Paradies des Kommunismus; Verhaftungen hier, Verhaftungen dort; heute ein politischer Prozeß und morgen ein anderer; dazu eine recht spürbare Verknappung der Lebensmittel und der Industrieerzeugnisse, immer wieder spontan hervorbrechende Gegensätze zwischen Stadt und Land usw. Auf der anderen Seite eine wirtschaftliche Aktivität, namentlich beim Ausbau der Industrie und bei der Elektrifizierung, die geradezu bewundernswürdig erscheint. Woher nimmt man die Geldmittel dazu? Die nun schon recht zahlreich gewordenen inneren Anleihen allein reichen bestimmt nicht aus. Wie hoch sich der Erlös für den Verkauf der „verstaatlichten" Kunstschätze beläuft, wird man mit Sicherheit niemals erfahren. Bleibt also Amerika über, das gerade im letzten Jahr offenbar ganz gewaltige Summen in Sowjet-Rußland investiert hat. Les extrêmes

touchent! Ist man so sicher, daß diese Kapitalien vor dem Zugriff der Bolsche-isten ein für allemal geschützt sind? Haben sich die Amerikaner Faustpfänder geben ssen, die der Staat des radikalen Antikapitalismus eben nur dem Riesen unter den ochkapitalistischen Ländern der Welt einräumt? Hat Rußland darüber hinaus den merikanern eine wenigstens teilweise Anerkennung der Vorkriegsschulden ver-prochen, so daß sich der europäische Verband der Altgläubiger einigen berechtigten offnungen hingeben darf? Und welche politische Folgen werden sich aus der innigen merikanisch-russischen Wirtschaftskooperation ergeben? Rußland brüstet ch damit, daß die Gegnerschaft Englands durch das Wohlwollen der amerikanischen roßunternehmungen (Ford, General Motors Co., General Electric Co. u. a. m.) mehr ls aufgewogen werde. Steht hinter den amerikanischen Großfirmen etwa doch die egierung der Union? Will man etwa England damit treffen, daß man jetzt absicht-ich, wenn auch zunächst nur wirtschaftlich, den ärgsten Feind des britischen Welt-eichs protegiert? Fragen, nichts als Fragen. Eine Antwort könnte nur geben, wer irklich hinter die hermetisch geschlossenen Vorhänge des Kreml zu schauen ver-nöchte. Jedenfalls müssen wir als gesicherte Tatsache hervorheben, daß sich Ruß-and im abgelaufenen Jahr vollends von Europa abgewendet hat und, durch die merikanischen Finanzierungen erst recht dazu befähigt, seine Hauptkraft auf die ngrenzenden Gebiete Asiens konzentriert. Das aber bedeutet gleichsam automatisch ine Verschärfung der russisch-englischen Spannung.

Wir nannten oben als letzte geopolitische Einheit Südost-Europa und den ahen Orient. Ein brodelnder Kessel von Mazedonien bis Afghanistan, von Grie-henland und Anatolien bis nach Arabien und Ägypten. Allenthalben werden hier die n eigenen Staatsraum wurzelnden politischen Probleme gestört durch zwei Faktoren:

1. Das Ringen nach neuen Kultur- und Gesellschaftsformen unter Aussöhnung wischen bodenständigen Restelementen und von außen her (Europa) hereingetragener deologie.

2. Durch das Eingreifen außenbürtiger politischer Gewalten, vor allem England-talien-Frankreich auf der einen, Rußland auf der anderen Seite.

Wer unsere Berichte im Laufe des Jahres verfolgt hat, weiß was es bedeutet, wenn twa Kemal Pascha die Lateinschrift in der Türkei jetzt gesetzlich verankert hat der Amanullah von Afghanistan in seinem Lande herumzieht und seinen Unter-anen Lichtbilder- und Filmvorträge über seine Europareise hält. Das alles bedeutet benso wie das Wirken Risa Khans in Persien oder Ibn Sauds in Arabien nicht chlechthin Europäisierung des Orients, sondern Wiedererwachen jener Staaten und 'ölker, Wille zu neuem selbstbestimmten Leben durch Verschmelzung der alten ultur mit dem, was von europäischem Kulturgut als notwendig und nützlich er-chtet wird; es bedeutet die geistige Rüstung und Vorbereitung auf den Freiheits-ampf für Selbstbestimmung gegenüber all den Fremdmächten, die sich hier teilweise och heute wie die Herren des Landes gebärden. Für Vorderasien speziell könnte nan wohl auch diese Formel prägen: Es bedeutet, Willen und Kraft zur Neutralität chärfen für jene Zeit, da die beiden Erzfeinde, England und Rußland, versuchen verden, hier die Entscheidung über Sein oder Nichtsein auszukämpfen. Von Ägypten

über Arabien bis nach Afghanistan und von Anatolien bis nach Yemen spürt ma das Herannahen der neuen Weltkrise, aber man ist willens, mit allen Mitteln de Brand vom eigenen Hause fernzuhalten. Und die Zeit arbeitet für den Orient.

Es bleibt noch übrig, am Schluß unserer Jahresschau einen Blick auf Afrika z werfen. In Nordafrika ist in unseren Tagen der westliche Orient den europäische Mittelmeerstaaten gerade so erlegen, wie es beim östlichen Orient vor mehr als hun dert Jahren der Fall war (Napoleons Zug nach Ägypten!). Zwar dürften in Marokk auch in den nächsten Jahren immer wieder einmal die Schüsse etwas stärker a gewöhnlich knallen, aber der mit untauglichen Mitteln eingeleitete Freiheitskamp ist endgültig gescheitert, von Selbstbestimmung ist hier vorerst keine Rede. Auc Ägypten bleibt einstweilen in den Krallen des englischen Löwen und darf wege der Wichtigkeit des Suez-Kanals kaum hoffen, auf dem Wege der Evolution zur Fre heit zu gelangen. — Negerafrika südlich der Sahara verarbeitet langsam die un geheuren Eindrücke, die es im Weltkrieg sammeln konnte. Das Selbstbewußtsein is überall ersichtlich gestiegen, die schlechthinnige Achtung vor dem weißen Halbgot ist ein für allemal dahin. Es wird noch vieler Jahrzehnte, vielleicht Jahrhundert bedürfen, ehe sich dieser grundsätzliche Umschwung politisch stark auswirkt. Wen etwas dazu beitragen kann, das nun auch im „schwarzen Erdteil" in den Boden ge senkte Samenkorn der Selbstbestimmung zu frühem Keimen zu bringen, so ist es di ganz und gar verschiedenartige Behandlung, die der Neger seitens der weißen Kolo nialstaaten erfährt. Hier nahezu gleichberechtigt, zum Selbstverwalten des Lande angehalten, dort fast geächtet, kaserniert, als billige Arbeitskraft zwar geduldet, abe als Mensch und Staatsbürger dauernd deklassiert. Das kann nun und nimmermeh gut ausgehen, und wir sehen in der Südafrikanischen Union, mit welcher Emp findlichkeit man hier die Negerfrage behandelt: Der bisherige Minister Madele wurde Anfang November seines Amtes enthoben, weil er zum Entsetzen des Kabinett und entgegen dessen Richtlinien eine Deputation der Eingeborenen-Gewerkschaf empfing! Das war Ende 1928 in der Südafrikanischen Union möglich. Wir wage anzunehmen, daß ein Jahrhundert später davon nur noch wie von einem kaum glaub lichen historischen Kuriosum geplaudert wird. Der Fluch des europäischen Bruder krieges reicht bis in die entlegensten Teile der Welt und trifft am Ende alle Weiße gleichmäßig. Europa hat nur dann noch eine Zukunft, wenn es in zwölfter Stund seine Schicksalverbundenheit begreift und beherzt den Weg zur Einheit beschreitet Das erheischt das Interesse des Ganzen, aber nicht minder das jedes einzelnen Glied staates.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

In die Berichtspanne fallen zwei Äußerungen, die geopolitisches Licht auf größer Raumzusammenfassungen innerhalb des indopazifischen Gesamtbereichs werfen: de Meinungsaustausch zwischen dem früheren Vizeminister des Äußern, Kuo-Tai-Chi

nd dem britischen Chinaexperten, Sir Frederik Whyte, bei der Feier des 415. edenktages der Entdeckung des Pazifischen Ozeans durch Vasco Nuñez de Balboas n Panpacific Club in Schanghai (17. 9. 28); ferner die Vorschläge zur Gründung nes Südostasienbundes zwischen China, Japan, Philippinen, Insulinde und ndochina durch den jungliberalen Führer Yusuke Tsurumi (M. d. jap. R. T.). Er t gedacht als eine der großen Wirtschaftseinheiten der Welt, auf einer Linie mit ordamerika und Paneuropa, wie Afrika, vertreten mündlich (20. 9. 28 vor Tsurumis breise nach Amerika) und in einem Buch, das in der größten, bisher erhörten rstausgabe über Japan geworfen wird.

Kleinere Räume umspannen die neue Yuan-Verfassung von China und das egensätzliche Nachrichtenspiel, das aus Anlaß der Krönung des Showa-Kaiserpaares Kyoto (10. 11. 28.) die uralten, erhaltenden, und die neueren, der alten Ordnung iderstrebenden Kräfte des Inselreiches Japan hervorhob.

Diese vier Anlässe lassen die dabei gewonnenen ostasiatischen und pazifischen inblicke so sehr hervortreten, daß die wichtigen Nachrichten aus Indien (über rfolge und Fehlschläge der seit diesem Herbst wieder dort tätigen Simon-Verassungs-Kommission, über die Fürstenländer und ihre Rolle in der indischen Länderrage, und die Agrarverbesserung, obwohl sie entscheidend für die Lebenshaltung on sieben Zehnteln der Bevölkerung ist), ihnen gegenüber in den Schatten fallen, nd ebenso eine ausgezeichnete Betrachtung über die Zukunft Australiens (Ecoomist, 20. 10. 28, S. 684) die von ganz kundiger Hand geschrieben ist.

Gerade über Australien sind solche zusammenfassende Kurzaufsätze geopolitisch esonders wertvoll, weil schon allein das reiche Lebenswerk von Griffith Taylor re eingehende Nachprüfung gestattet, und vielleicht wenige natürliche Großlandchaften der Erde so geopolitisch durchgearbeitet sind.

Das hängt damit zusammen, daß Australien selbst, nicht zuletzt durch die etwa 5 Schriften und Bücher von Griffith Taylor, großenteils geopolitischer Natur, usgezeichnet im Bilde über seine Lage im pazifischen Kraftfeld ist. Die beste Übercht über dieses Kraftfeld, mit dauernder Überwachung der Literatur, auch der hinesischen und japanischen, bieten „Pacific Affairs", die monatliche Veröffentchung des Institute of Pacific Relations in Honolulu. Leider ist zwar zwischen owjetrußland und dem Kreise des pazifischen Instituts die Verbindung schon herestellt (vgl. O. D. Kamenewa: Cultural rapproachment. The U.S.S.R. Society for cului ral relations with foreign countries. Pacific Affairs. 1928. Oktoberheft, S. 6), von eutschland aber erst angebahnt.

Trotz diesem stark ausgleichenden Einfluß aber konnte Kuo-Tai-Chi doch den azifik „Zentrum des Weltinteresses und Sturmzentrum des nächsten Jahrzehnts" ennen, auf dem „die Augen der Welt ängstlich ruhten, von dem die Zukunft des Veltfriedens abhänge". Und das obendrein in einer Begrüßungsrede für Sir Frederik Vhyte, der in seiner Antwort Kuo-Tai-Chi als Botschafter nicht für Deutschland — das keine ungleichen Verträge mit China habe —, sondern für England wünschte! er Balboa-Tag, dessen Feier sich zusehends einbürgert, hat die Nebenwirkung, iplomaten- und Forscherzungen rings um den Pazifik zu lösen und Ausblicke zu

öffnen, die sonst verdeckt bleiben. W. sieht die Welt augenblicklich in einem labile Gleichgewicht zwischen West und Ost. Großräumige Abkommen seien nötiger al je. Das Viermächteabkommen von Washington (1922) sei überholt — aber auch di britisch-japanische Allianz könne nicht wiederkehren. Dem Völkerbund schrieb e mehr moralische als faktische Wirkung zu; es müßten für den Pazifik neue Weg internationaler Kooperation gefunden werden. Eine starke, wohlunterrichtete pazi fische öffentliche Meinung, ganze, nicht halbe Wahrheiten verbreitend, sei nötig dazu starke, innen und außen gefestigte Regierungen, die allein wirklich Friede halten könnten. Von diesem Gesichtspunkt begrüßte W. die Errichtung der neue Regierung der chinesischen Gemeinwelt (commonwealth).

Unter solchen Vorzeichen könnten sich die pazifischen Neuordnungsgedanken de britischen Chinakenners und des Chinesen Kuo-Tai-Chi sehr gut vereinen mit de Vorschlägen des jungliberalen Japaners Yusuke Tsurumi zu fortschrittlicher Ent wicklung Asiens durch eine engere politische und wirtschaftliche Verbindung vo China, Japan, den Philippinen, Insulinde und Französisch-Indochina, nach Ar anderer Pan-Zusammenschlüsse in Amerika und Europa. Er fußt dabei auf Mathe Arnolds Anschauungen vom Pendeln der Völker zwischen Konzentrations- un Expansionsperioden (Beispiel: Tokugawa und Meiji-Ära in Japan); er behaupte Japan sei seit 1906 wieder in einer Konzentrationsperiode objektiven Denkens, de Selbstkritik und wissenschaftlichen Neuordnung der Nation! Dieser Vorgang sei vo der Entwicklung sozialistischer und kommunistischer Tendenzen begleitet gewesen die das Volk aufgepeitscht und dazu gebracht hätten, die bestehende Weltordnun skeptisch, mit neuen Augen zu sehen!

Der Höhepunkt davon sei jetzt erreicht und zwei große neue Probleme ständen vo uns: das Ernährungs- und Bevölkerungsproblem (materieller Art) und die Notwendig keit des Schaffens einer neuen Weltanschauung, die in Japan weder die Reaktio noch der Radikalismus, sondern nur ein konstruktiver Liberalismus zustande brächte Dazu soll eine Liga der Ostvölker helfen, von der er vorsichtigerweise Indien aus nimmt, während er glaubt, die Vereinigten Staaten würden gegen dieses friedlich Abtriften der Philippinen ins groß-fernöstliche Fahrwasser nichts einzuwenden habe Wir sind gespannt, wie er bei seiner Rückkehr in den japanischen Reichstag a 16. Dezember über dieses Problem denkt, nachdem er seine Vortragsreise in Nord amerika hinter sich hat; und wir sind auch nicht einig mit ihm, wenn er Indie Bindungen nach dem Nahen Osten und Afrika für dichter hält als die zu Ostasie Wenigstens hat sich Chiang-Kai-Shek ganz entgegengesetzt darüber geäußer und ganz wird man das in England, aber auch in Frankreich, wegen Indochina noch nicht vergessen haben.

Entscheidend für die unentbehrliche Führereignung in einem solchen Bunde abe ist die Festigkeit, Starrheit oder anpassungsfähige Biegsamkeit der japanischen Reich struktur und Außenpolitik. Sicher ist die geopolitische Einstellung der Richtun Shidehara zu einer solchen Konstruktion ungleich mehr geeignet, als die auge blicklich an der Macht befindliche Richtung von Baron Tanaka. Die Frage ist dab auch, wie stark wir „Die neuen Kräfte in Japan“ (Transpacific, 15. 9. 28), die „a

rbierende Kraft und Widerstandsfähigkeit gegen Absorption des heutigen pragatischen Japan“ (Dr. Washio, Transpacific, 20. 10. 28), und endlich „Die marxische Durchdringung Japans“ und die Wucht seiner christlich-sozialen Gegenwegung, (Toyohiko Kagawa) der Spaltpilze in der japanischen Arbeiterpartei, einhätzen. Das ist einerseits im Vierteljahr der Thronbesteigung und Krönung (Kioto,). 11. 28) wegen der Loyalitätshochflut und besonders in den Vordergrund gerückten auerwerte der altjapanischen Staatskultur, auch wegen des Einflusses der an zwei ellen stark aktiv hervorgetretenen Armee (Schantung, Mandschurei) nicht ganz icht; es wird aber andrerseits wieder gerade durch gewisse Reaktionen auf die vorrgegangenen Übergriffe der Regierung Tanaka besser ermöglicht, als unter dem wandt ausgleichenden Außenminister Shidehara. Die Bedeutung einer für den Staatsythus ungebrochenen Kaiserlinie durch 125 Geschlechtsfolgen in zweieinhalb Jahrusenden im Augenblick der Übernahme der Symbole der Wahrheit und Weisheit Rundspiegel, Kagami), der Gnade und Güte (Juwel, magatama), der Macht (Schwert, urugi) hat nicht ihresgleichen auf der Erde; und der nationale Stolz auch sehr dikaler Japaner ist sich dessen bewußt. Aus der alten Krönungsstadt Kioto — icht dem Emporkömmling Tokio, dessen Größe erst seit 1600 stammt — leuchtet ich dem sehr wenig Feinfühligen die Größe und Bedeutung der altjapanischen aatskultur entgegen. Aber wieviel daran hat noch lebendige Kraft, wenn der eremonialglanz verglommen ist; wie stark ist noch ihr Glaube an sich selbst? hon bekämpfen sich selbst im Thronbesteigungszeremoniell alte und neue Hofacht, und seltsam wirkt uralter Tempelschreinbrokat am modernen Salonwagen.

Das sind Äußerlichkeiten, gewiß. Aber sie beleuchten blitzartig geopolitische Zerngen, die zwischen Japan, den insulindischen Fürstenlanden, den französischen hutzstaaten Indochinas einerseits, der neuchinesischen und philippinischen Demoratie andrerseits bestehen und die sich täglich erweitern. Auch ist es schwer, gleicheitig legitimistisch in Japan und imperialistisch-revolutionär in Korea und der Iandschurei zu sein.

„Japan, wie es heute ist, ist ein wahres Repositorium von Zivilisationen“, sagt ns Dr. Washio. „Nirgends sonst in der Welt kann man ein Land finden, in dem viele Sorten Zivilisationen, alte und neue, östliche und westliche, zusammenleben, einer unentwirrbaren Konfusion oder Harmonie, im allgemeinen Bewußtsein der evölkerung, in ihren Gedanken und Gewohnheiten als lebende Wirklichkeiten.“ aran ist Wahres! Dennoch ist alles irgendwie angepaßt oder umgeformt: Japaischer Buddhismus ist nicht Buddhismus schlechtweg; aber auch der chinesischen aatsphilosophie, dem Christentum, dem Sozialismus, dem Kommunismus geht es icht anders mit der Notwendigkeit nationaler Anpassung.

Wie weit haben die fremden Einflüsse dem zähen Inselstaatsvolk wirklich ans Iark gekonnt? Was bedeuten unter 61½ Millionen 220000 Christen in so langer Iissionierungszeit, bei soviel Bekehrungsarbeit? Die bitter untereinander hadernden rbeiterparteien haben 460000 Stimmen unter 12½ Millionen berechtigten Wählern ufgebracht; und die argwöhnische Polizei fand unter diesem Riesenwahlkörper anze 1000, die sie gefährlicher Gedanken beschuldigen konnte, und davon waren

schließlich keine 3—400 prozeßreif! Ihnen stehen allein einige 30 überpatriotische Gesellschaften mehr als 100%iger Japaner gegenüber, Nachfahren der „Ronin", denen jüngst die mächtige Zeitung Tokyo u. Osaka Asahi zum erstenmal mit Erfolg Widerstand zu leisten wagte. $4^1/_2$ Mill. Wurzellose mögen etwa die Anschauungen teilen, die uns Toyohiko Kagawa in seinem Selbstbespiegelungsroman „Auflehnung und Opfer" vermittelt. Gruppen, die eine Verständigung aufnehmen könnten, wären also für alle Spielarten Ostasiens da. Sicher sucht die überwältigende Mehrzahl der Japaner zwischen rechtem und linkem Radikalismus mittlere Wege, und General R. Isome hat für die japanische Armee klar umschrieben, wie weit sie mit dem chinesischen Nationalismus mitgehen kann.

Im japanisch-chinesischen Verhältnis liegt denn auch der Schlüssel zur Möglichkeit großräumiger ostasiatischer Vereinigungen.

Daher die Wichtigkeit des Nankinger Präliminarabkommens vom 25. 10. 28.

Die Schwierigkeiten der chinesischen Binnenstruktur lassen sich aus den bis jetzt bekanntgewordenen Zügen der Yuanverfassung erkennen, die den Boden für eine in einem Lustrum zu wählende verfassunggebende Versammlung erst vorbereiten soll. Vorläufig nimmt durch das am 4. 10. von Nanking aus veröffentlichte „Organische Gesetz der Nationalregierung der chinesischen Republik" ein erweiterter Parteiausschuß der Kuomintang mit fünf Räten als Träger der ausführenden, gesetzgebenden, richtenden, prüfungleitenden und kontrollierenden Gewalt, mit Chiang-Kai-Shek als Präsidenten, die Verantwortung auf sich; man zeigt damit, wieviel doch aus altchinesischen, bodenwüchsigen und geschichtserprobten Vorstellungen in die Neuordnung übergegangen ist.

Bemerkenswert ist dabei, wie geringe Zahlen in der Bevölkerungsmasse von rund 428 Millionen (1923), ca. 435 Millionen (1928) des eigentlichen China der achtzehn Provinzen 440 Millionen (1923), ca. 450 Millionen (1928) des gesamten beanspruchten Volks- und Kulturbodens des „Freistaats der blühenden Mitte" seine Strukturbewegungen tragen und befruchten. Kann man die Träger des großchinesischen Kulturgedankens im Stil etwa der in Mitteleuropa großdeutsch eingestellten Kreise auf höchstens 25—26 Millionen schätzen, so ist die Zahl der bewußten Kuomintang noch 1927 nur etwas über 900000 gewesen, heute etwas über eine Million; noch viel kleiner ist natürlich — bei der Verfolgung, die der linke Flügel der Kuomintang und die kommunistische Partei Chinas heute erfährt — der aufrecht gebliebene Anteil an diesen Bewegungen. Er wird für die Jungkommunisten (Far Eastern Rewiew, Sept. 1928, S. 388) auf etwas über 78000 angegeben, von denen freilich nur 22% Studenten und Intellektuelle, der Rest Arbeiter und Bauern waren, während sich die Bewegung 1925 in ihren ersten Ansätzen zu 90% aus Studenten zusammensetzte. Der Strukturwandel wird durch folgende Zahlen bezeichnet: Gründung 1920 als Jungsozialistenbund; vor dem Zusammenstoß in Schanghai Mai 1925, 90% Intellektuelle, Studenten; Sept. 1925 49%; Juli 1927 bei vierfacher Zahl 38%; März 1928 22%. Die örtlich stärksten Herde sind Kwantung und Schanghai; die Spaltpilze gedeihen, wie für alle chinesisch-radikalen Parteien, am meisten in dem Städtedreieck Wuhan (Hankau-Wuchang-Hanyang), in dem geo-

politisch und städtegeographisch die schärfsten Gegensätze aufeinanderprallen. Nanking und Chiang-Kai-Sheks Vormarschlinie von Kanton nach Norden ist ein Stützboden des rechten Flügels der Kuomintang, der dem linken wie dem kommunistischen als „Verräter" oder doch eine Zukunftsgefahr für China gilt. Über das Verhältnis des rechten zum linken Flügel der Kuomintang und zur Kommunistischen Partei in China unterrichtet besonders gut T. C. Woo: „The Kuomintang and the Future of the Chinese Revolution" in den Kap. V und VI. — (Lit. Ber. I/29.)

Ein geopolitisch lähmender Zustand, der baldmöglichst überwunden werden muß, wird in Jungchina selbst in den Verkehrsverhältnissen erkannt. Verkehrsminister Wang-Po-Chun hat die nächsten Zukunftsaufgaben zuerst am 18. 8. 28 in der Nationalverkehrskonferenz in Nanking zusammengefaßt und versucht nun weiterhin (u. a. Far Eastern Review, Sept.-Heft 1928, S. 389—593), das Weltkapital zu interessieren, neue Eisenbahnanleihen präludierend. Er beginnt mit Recht mit einer Captatio benevolentiae über den primitiven Zustand von 450 Millionen Menschen mit etwas über 7000 km Eisenbahn, einem ganz unzulänglichen Telegraphennetz, etwa 50 drahtlosen Stationen und etwas über 100000 Telephonen, mit einem zweifelhaften Besitz von 1140 Lokomotiven, 2169 Personenwagen und 17524 Güterwagen, von dem die Hälfte außer Gefecht gesetzt oder über Shanhaikwan in die Mandschurei verschleppt ist. Man wird wohl, mit dem Verkehrsminister übereinstimmend, von dringender Notwendigkeit der „Rehabilitation" der Verkehrseinrichtungen und Beseitigung der „Korruption" sprechen können. Auch die Selbsthilfe, namentlich der amerikanischen Hungersnotbekämpfer, die zu einigen Kraftwagenstraßen führte, hat zu neuen Anläufen für Autostraßen in Yünnan und Kweichau, von Yünnan nach Yanglin und von Anshunfu über Kweiyang, Tsunyi nach Chinhsui mit Flußverkehrsanschluß an den Yangtse geführt. Aber das sind Anläufe. Die Leidensgeschichte des Chinaverkehrs seit Sun-Yat-Sens Buch darüber, noch jüngst der Abschied v. Heidenstams in Schanghai beweist, wie weit der Weg vom Wunsch zum Werden in chinesischen Verkehrsfragen ist. (North China Herald 20. 10. 28.) Im Zusammenhang mit der Verkehrserneuerung kommt höchst zeitgerecht (North China Herald, 1928, S. 119) eine Übersicht über Chinas Bodenschätze und Kraftreserven durch Dr. Herbert Chatley. Er wies vor allem auf die Wichtigkeit eines einigermaßen befriedigenden Ostwestverkehrs mit Zubringerlinien zu den großen Wasserwegen hin, die bei Wang-Po-Chun sehr zurücktrat. Er unterstrich wie O. E. Baker in „Population, food supply and american agriculture" den Zusammenhang zwischen mächtig zu steigernder Bodenleistung und Bevölkerungswachstum (Far Eastern Review, 1928, S. 407—419, mit ausgezeichneten Diagrammen). Beide weisen China an, auf einer höheren Ebene den Zustand eines sich selbst genügenden Wirtschaftskörpers wieder anzustreben, nicht auf die hastige Industrialisierung und Verwertbarkeit ihrer Schleudererzeugnisse zu bauen.

Aber das bedeutet geopolitische und geoökonomische Wege auf lange Sicht, mehr für künftige, als die gegenwärtigen Geschlechter trostreich, mit geringer politischer Augenblickzugkraft! Vorsorgende Wassersparwirtschaft, Wiederaufforstung, damit indirekte Pflege und Erhaltung der durch Hochwasser aus abgeschwendeten Land-

schaften beständig bedrohten Wasserwege: das alles hilft nicht in Augenblicksnöten.

Ähnliches gilt für die Entwicklung der Länderfrage, der Agrikulturpolitik in Indien in einer Zeit, in der leidenschaftliche und raschwellige Bewegungen des indischen Volkskörpers diese Dauerfragen in den Hintergrund drängen. Viel kommt darauf an, ob die Simonkommission gegenwärtig — trotz dem üblen Empfang in Lahore, trotz dem Übergang Birmas bei den Wahlen an die Freiheitspartei, also dem Verlust zweier Landschaften, auf die man gezählt hatte, des Penjab und Birmas — ihre Nerven behält.

Den Verlust seines tatsächlichen Herrschers während der letzten vier Jahre, Lord Birkenheads, aus der Politik an die City „trägt Indien mit philosophischer Fassung" (Week, Bombay, 18. 10.). Nicht ebenso leicht wird seine starke geistige Persönlichkeit für die nicht gerade im Überfluß an solchen lebenden Tories gerade jetzt, angesichts der indischen Entwicklungen, ersetzbar sein.

Geben wir eine Gesamtübersicht über die Dynamik des indopazifischen Kraftfeldes im Jahre 1928, so zeigt die Erholungspause nach der Verkündigung der Yuanverfassung in China, wie sehr die volkreichste Lebensform des Fernen Ostens nun auf etwa 5—6 Jahre von Reorganisationsaufgaben in Anspruch genommen, außenpolitisch passiv und kapitalbedürftig wird bleiben müssen. An ihren Rändern hat sie Tibet und die Mongolei zunächst de facto verloren, und Sinkiang (Chin.-Turkestan) ist in höchster Gefahr. Die Mandschurei ist durch Kompromisse wieder etwas genähert worden, aber gerade hier offenbart sich — trotz einer japanischen Regierung, die viele Vorteile kluger Vorgänger durch zerfahrende und schwankende Politik entgleiten ließ — die latente Stärke der einzigen einheimischen Weltmacht Südostasiens: Japans. Alles kommt darauf an, wie seine Innenstruktur den großen Belastungsproben Stand hält, die gerade in der Ära des „leuchtenden Friedens" (Showa), deren Antritt sich am 10. 11. vollzog, an Japan herantreten werden. Auch die Regierung Tanaka sucht die Stellung des Inselreichs da, wo es am meisten überbaut ist, für solche Fälle zu stärken, vor allem durch Mitbeteiligung amerikanischen Großkapitals (Lamont, Morgan) an entscheidender Stelle, bei der gewinnbringenden, aber auch gefährdeten südmandschurischen Bahn und ihren Tochterbetrieben. Hier begegnet dem japanischen das chinesische Kapitalbedürfnis in dem reichen, ein Drittel des chinesischen Handelswerts bedeutenden Nordkolonialgebiet und schafft dadurch den Vereinigten Staaten eine sehr günstige Wahl, eine für Hoovers Regierungsantritt geradezu beneidenswerte politische und wirtschaftliche Ausgangsstellung in Ostasien. Aber gerade dadurch und durch die Tatsache, daß die amerikanische politische und Wirtschaftsausdehnung von den Philippinen her und über Singapur zunehmend auch ins südliche Herz der Monsunländer vorstößt, verbreitert sich die Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und den alten Kolonialmächten des europäischen Westens. Das sieht man in Japan und China wie Indien und benützt es zum Abstoßen der ungleichen Verträge und der Vormundschaft alten Stils.

Dieser hochgespannten, vom indopazifischen Standpunkt aus aber für die unterdrückten und ausgebeuteten Mehrheiten der Erdbevölkerung gar nicht hoffnungs-

osen Lage gegenüber — die nur den im innereuropäischen Blickfeld Befangenen iel dunkler scheint — steht die mangelnde Einsicht der schicksalbestimmenden Iassen in Mitteleuropa — aber auch leider vieler ihrer wissenschaftlichen Führer —, ie ihre Ausnützung hemmt.

In dieser Richtung muß die indopazifische Berichterstattung der Geopolitik, wenn e am Jahresende zusammenfaßt, sich die Bedenken zu eigen machen, die — sehr iit Recht — Werner Jantschge als „kritische Betrachtung" gegen die Herbstgung des Chinainstituts erhebt (Frkf. Ztg. Nr. 84, 29. 11. 28). Sie kann für Mitteluropas Verhältnis zu China, Indien, Japan, den Philippinen verallgemeinert weren. Gerade die hervorragendsten Spezialisten Mitteleuropas und einige seiner ersten achkenner arbeiten mit dem Mittleren und Fernen Osten fast rein retrospektiv, und ie Menge der Hörer und Leser läuft ihnen nach. Vergeblich erheben Männer, wie pethmann, oft in bewußter Überforderung übersteigernd, den Ruf nach dynaischer Länderkunde. Indologie und Sinologie zeigen zur Verzweiflung von Männern, die in der chinesischen und indischen Bewegung in den betreffenden Ländern ührend sind, ein Indien und China vor zwei und vier Jahrtausenden in bengalischer eleuchtung, und die Dynamik von heute und von morgen bleibt dabei im dunklen. abei wenden sich einige Organisationen bewußt nur an sehr zahlungsfähige und klektische Kreise, und doch führen sie die dem snobistischen Zug der Eklektik nachufende Menge mit. Das Nachrichtenbild über die indopazifische Welt von heute ber gehört nicht auf handgeschöpftes Büttenpapier und in kostspieliges Bibliophilenewand gekleidet, sondern in das Holzpapier der Zeitungen und Zeitschriften, wo s meist aber nur versprengt in unverstandenen Einzelnachrichten fremder Nachichtendienste zweckappretiert auftritt.

Ein Angebot indischer Kreise zur Errichtung eines deutsch-indischen Instituts, das nan von Indien aus zunächst sogar finanzieren wollte, mußte auf die lange Bank eschoben werden, weil man die Bedeutung dieser Anregung nicht erkannte.

Angesichts solcher Erfahrungen wird man die Befürchtung aussprechen dürfen, aß die zunehmende Engräumigkeit politischer Betrachtung der Welt in Mitteleuropa nd die einseitige Beanspruchung durch innere kleinräumige Fragen auch in Zuunft zu falschen Frontstellungen und zum Versäumen rettender Momente führen erden. Gerade die eklektische Freude an einer in China, Indien und Japan für nmer vergangenen, unwiederbringlichen Kultur- und Kunstperiode verfälscht das ild der indopazifischen Welt von heute und führt Fehlgriffe, Unterlassung und ersäumnis gegenüber ihren Kräftespiel von morgen herbei.

Dabei aber zeigt gerade dieses Kräftespiel eine immer mehr für die uns bedrückenen Mächte feindselige und gefährliche Richtung, führt das Interesse der Vereinigten taaten zunehmend von den alten Kolonialmächten hinweg und drängt diese in ine nur mit außerordentlicher diplomatischer und pressetechnischer Gewandtheit erschleierte Abwehr; es fehlte nur noch, daß wir uns dieser Abwehr für ihre auf ie Dauer unhaltbare Stellung in erneuter falscher Wahl für weltgeschichtlich zurückinkende Kräfte noch einmal zu unserm Schaden zur Verfügung stellten!

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Überschau über das Jahr 1928

Eine Rückschau auf die amerikanische Welt im Jahr 1928 zeigt keinerlei augenfällig packende Vorgänge. Weder zu dem dumpfen Grollen im fernen Asien noch zu den Aufbausorgen Europas, die durch die unverkennbaren Gegensätze seiner Vielheit politischer Gemeinschaften immer wieder gestört werden, gibt es dort eine Parallele. Sie kennt keine solchen Probleme, wie sie der Bolschewismus dem beobachtenden Geopolitiker stets aufs neue aufgibt, wie sie auch in Indien, Afrika und der Welt des Islams schlummern. Sie ist darum auch in dem Berichtsjahr frei von Überraschungen der verschiedensten Art gewesen, wie sie aus der Sphinxnatur der Alten Welt dauernd im einzelnen geboren worden sind. Der Ablauf des Jahres erscheint klar und nüchtern, zweckstrebend. Er ist der Ausdruck einer mächtigen Evolution, die die Neue Welt seit geraumer Zeit beherrscht, eines stetigen staunenerregenden Aufstiegs, der klarer in Wirtschaftszahlen seinen Ausdruck findet, als daß er sich auf Machtexperimente eingelassen hätte. Und doch geht es um die Macht auch hier. Es ist nur zunächst ein Kampf mit ganz anderen Mitteln, von denen man nicht zu lassen gedenkt, solange sie ausreichen. Es sind Handel, Kapital und die weltgewinnende Geste des Friedens, und erst für den Fall, daß diese nicht verstanden werden sollte, wird natürlich auch die Rüstung nicht vergessen. Weit weniger prägt sich natürlich diese Einstellung bei den lateinamerikanischen Staaten als bei der Führermacht der amerikanischen Staaten, bei den Vereinigten Staaten von Amerika, aus, die trotz aller inneren Gegensätze, die auch der amerikanischen Staatengesellschaft nicht fehlen, als solche praktisch zu gelten haben.

Das geopolitische Wetter des abgelaufenen Jahres, das über der amerikanischen Welt herrschte, ist darum am deutlichsten durch das vereinsstaatliche Barometer registriert worden. Aber bei der Schau von dort nach außen muß sofort bemerkt werden, daß die amerikanische Kontinentalmacht nicht nur ihr Wetter bestimmt, sondern auch viel Weltwetter gemacht hat. Auch jene riesigen kontinentalen Landmächte wirken in die Weite, genau so wie das die kontinentalen Landblöcke in physischem Sinne tun! Nicht immer Sonnenschein lag über Amerika und wurde von dort gespendet. Auch Trübung über dem Atlantik war zu beobachten; und wenn sich auch solche Schlechtwetterperioden nicht bis zur Sturmesstärke steigerten, so hatten doch die amerikanisch-altweltlichen Beziehungen sehr darunter zu leiden. Das machte sie gelegentlich recht undurchsichtig.

So hat die mißglückte Genfer Abrüstungskonferenz eine merkliche Trübung in dem Verhältnis Amerika-Europa am Anfang des Jahres ausgelöst. Flottenaufrüstungsprogramm war die Antwort der Vereinigten Staaten auf das Scheitern der Verhandlungen, so sehr das auch seinerzeit in der Jahresbotschaft des Präsidenten in Abrede gestellt und das selbstverständliche Bedürfnis nach einer starken Flotte als

andesverteidigungsmittel lediglich aus den langen Küstenlinien der Union zu klären versucht wurde. Im Grunde kann man sogar diesen Hinweis gelten lassen, enn die Wirkung dieser Küstenlinien stellt ein Glied in der Kette der Verursachungen m Weltmachtanstieg der Union dar. Sie wiesen dem Handel die Wege über das eer, sie forderten aber zugleich in ihrer Zweiheit der atlantischen und pazifischen inienführung nach Zusammenschluß auf dem Seeweg, leiteten zur Seemachtpolitik nd zum ozeanischen Reichsausbau der ursprünglichen Kontinentalmacht, einer eichsentwicklung, die ebenso die starke Flotte notwendig hat wie die Küsten selbst. vermag eine ausreichende Flotte ebenso gut der amerikanischen Defensiv- wie gressivpolitik zu dienen, zumal bei den Verhandlungen mit der Begründung, Amerika ntbehre der genügenden Flottenstationen, stets die Zustimmung zum Bau großer reuzer gefordert wurde. Eine Diskussion über ihre geplante Verwendung schien arum von vornherein müßig. Wie peinlich der politische Mißerfolg in England mpfunden wurde, hat am deutlichsten die gelegentliche englische Äußerung gelehrt, aß die Besprechungen nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen seien.

Amerikas Staatsmänner haben dagegen in einem zweiten Akt der Jahresentwickung rasch den Glauben an ihre Weltfriedensmission durch ein bewundernswertes bgleiten von der nicht zu beantwortenden Teilfrage zu dem Kernproblem aller olitischen Beunruhigungen zu stärken gewußt. Die Ächtung des Krieges wurde das hema der folgenden Diskussion, die die politischen Beziehungen zwischen der nion und den führenden Staaten bald für ein halbes Jahr in Atem hielt. Der nstoß war dazu in offenkundigem Bestreben, an den Vereinigten Staaten eine ückendeckung zu finden, von Frankreich ausgegangen. Mit äußerst beachtenswertem eschick hat es die vereinsstaatliche Diplomatie verstanden, allerdings in einem lanen, in seinen einzelnen Etappen ermüdenden Notenwechsel, aus einem einfachen ertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staten einen Weltfriedensvertrag u machen. Am 27. August ist dieser Pakt, den die Franzosen als den von Paris ezeichnet haben, dort im Uhrensaal des französischen Außenministeriums am Quai l'Orsay von den Vereinigten Staaten, Frankreich, England, Deutschland, Italien, Japan, Belgien, der Tschechoslowakei, Polen, Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland und rland unterzeichnet worden. Der Einladung zur weiteren Unterzeichnung waren am 1. November 58 Staaten gefolgt. Wenn man nicht aus den langen Verhandlungen die ffenen und verschleierten Vorbehalte hätte entnehmen können, so wäre es der Augenblick gewesen, nach allem Kriegsjammer an den ernsten Willen der Botschaft, die Friede auf Erden verheißt, zu glauben. Nichts hat schwerer diesen Glauben rschüttert, als die Geheimverhandlungen über einen englisch-französischen Marinevertrag, der trotz aller Erklärungen über seine Harmlosigkeit doch von dem Geist der alten Entente beherrscht wird und die Kurve der Hoffnungen auf friedlichen Ausgleich, auf die endgültige Abschaffung des Krieges als Mittel der nationalen Politik, jäh sinken läßt. Und wieder wie zu Beginn des Jahres ist auch die nicht ganz friedlich gestimmte Antwort Amerikas nicht ausgeblieben. Abermals hieß sie Marinebauprogramm. Daneben droht aber Amerika, wie die jüngste Rede Coolidges anläßlich der Gedenkfeier des Waffenstillstandstags lehrt, als der Weltgläubiger und

die größte Kapitalmacht mit der Drosselung der Geldzufuhr nach Europa im Hinblick auf die Regelung der Schuldabkommen. Offen gibt der Präsident als Vertreter der amerikanischen Regierung seinem Mißfallen Ausdruck über den Stand der Abrüstungsfragen. Amerika sei nicht geneigt, den europäischen Regierungen und Industrien finanziell zu helfen, wenn es die Vorbereitungen eines künftigen Krieges finanzieren solle. Aber auch der Kehrseite wird von Coolidge gedacht. In sehr dehnbaren Worten wird von einem angemessenen Heer und einer entsprechenden Flotte im Hinblick auf die Annahme des Flottenprogramms gesprochen. Wenn man zwischen den Zeilen der Coolidgeschen Rede zu lesen versteht, so kennzeichnet der scheidende amerikanische Präsident ungemein scharf das Verhältnis Amerika-Europa oder noch besser Neue Welt-Alte Welt. Amerika will nicht mehr, als nötig ist, zu tun haben mit den altweltlichen Verhältnissen. Es zieht bewußt den Schnitt zwischen seinem nüchternen Wirtschaftsimperialismus und den gärenden Problemen bald völkisch, bald territorial, bald wirtschaftlich, bald streng national, bald kulturlich-religiös orientierter altweltlicher Herrschaftsgedanken, die aus der Erbmasse der langen Vergangenheit immer wieder aufs neue aufsteigen und in ihrer Gesamtheit selbst dem europäischen Betrachter wie eine rätselhafte Sphinx erscheinen wollen. Im Gegensatz dazu ist die amerikanische politische Linie sowohl in Nordamerika wie in Lateinamerika einfach und gerade, das politische Gewebe ziemlich durchsichtig. Es ist die Politik der kräftig aufstrebenden Jugend, die mit fast starrer Konsequenz nur die große Zukunft will und sich wenig durch die Vergangenheit, die freilich auch hier nicht ganz fehlt, bekümmert fühlt. Darum wird die Linie im speziellen Fall der Vereinigten Staaten durch eine einfache Formel gefunden, die am Jahresanfang genau so Geltung hat wie am Jahresende. Sie heißt: Sicherung und Friede, natürlich Pax americana! Und es ist nicht zu erwarten, daß diese Kontinuierlichkeit der Politik auch im einzelsten zunächst nicht abreißt. Dafür bürgt der überwältigende Sieg der republikanischen Partei, die Hoover — wie wir voraussahen — zum Herrn im Weißen Haus in Washington gemacht hat. Doch auch wenn am 6. November der Sieg den Demokraten beschieden gewesen wäre, wäre vermutlich keinerlei wesentliche Änderung in dieser allgemeinsten Richtung eingetreten.

Zur Frage der Sicherung hat das Marinedepartement in einer grundsätzlichen Erklärung das Wort ergriffen, die die erste programmatische Erklärung seit der Washingtoner Abrüstungskonferenz vom Jahre 1922 darstellt. Die Stärke der Flotte müsse ausreichen, um die Politik und den Handel der Vereinigten Staaten zu unterstützen und ihre kontinentalen und überseeischen Besitzungen zu schützen. Darum dehnt die Union das in Washington für die Schlachtschiffe festgesetzte Verhältnis auch auf die Kreuzer aus. Zudem sollen die leichten Kreuzer durch moderne Schiffe von 1000 t mit 8-Zoll-Geschützen ersetzt werden. Innerhalb der Beschränkung des Washingtoner Abkommens soll jedes Schiff so gebaut werden, daß es die höchste Leistungsfähigkeit und den stärksten Aktionsradius innerhalb seiner Klasse verkörpert. Der künftige Präsident steht hinter dem Programm des Marinedepartements. Er wird vermutlich das ursprüngliche Schiffbauprogramm von 71 Schiffen befürworten, allerdings wohl erst dann, wenn sich die übrigen Seemächte auf einer

euen Abrüstungskonferenz immer noch nicht zu einer Revision ihrer bisherigen ottenpolitik bereit finden können.

Aus der Rede des bisherigen amerikanischen Präsidenten mögen einzelne Feststellun- n im besonderen entnommen werden. Die Friedensmission der Union seit Weltkriegs- de unterstreichend, betont Coolidge, daß sich die Vereinigten Staaten weder an der ufteilung des deutschen Kolonialbesitzes beteiligt, noch das fremde Eigentum zurück- halten hätten. Demgegenüber beliefen sich die Kriegskosten der Union nach Ab- g der Schulden der Alliierten auf 36,5 Milliarden Dollar, wozu noch weitere Milliarden Dollar Zinsen zu rechnen seien bis zur Tilgung der Schuld des Bundes. huldenabkommen mit den europäischen Staaten seien nicht unter Berücksichtigung r Höhe der Schulden, sondern der Zahlungsfähigkeit der Schuldner getroffen orden. Freund und Feind sei in der Nachkriegszeit die Hilfe und der Rat der Ver- nigten Staaten zugute gekommen. Besonders nachdrücklich beklagt er den Mangel gegenseitigem Verstehen zwischen Amerika und Europa; Amerika verstehe nicht e historisch entwickelten Voreingenommenheiten Europas, während Europa die nerikanischen Lebensideale nicht begriffe. Sehr eigenartig mutet allerdings neben viel Klarem und Treffendem die Äußerung an, daß Amerika am stärksten vom rieg betroffen worden sei. Gegenüber einem solchen Ausspruch muß allerdings uropa seine völlige Verständnislosigkeit bekennen.

Gegenüber dem Völkerbund ist die reservierte Haltung der Vereinigten Staaten blieben, wenn sie auch gewillt sind, an den technischen Fragen der Organisation itzuarbeiten; und auch unter Hoover wird in dieser Hinsicht kaum eine Ände- ng eintreten. Schiedsgerichtsverträge sind dagegen mit Deutschland, Frankreich d anderen Staaten abgeschlossen worden. Noch fehlen klare Richtungen für die ösung des Einwanderungsproblems, wenn sich auch bei den bisherigen Versuchen ne sehr deutliche angloamerikanische Tendenz geltend gemacht hat. Als recht instig muß nach den letzten Schätzungen die Ernte in den Vereinigten Staaten zeichnet werden. Damit ist freilich keinerlei Urteil über die Gesamtwirtschaftslage sgesprochen, die nicht in Bausch und Bogen mit dem allgemeinüblichen Urteil er die Wirtschaftsstellung Amerikas zu charakterisieren ist. Allerdings fällt eine äftige wirtschaftliche Entwicklung einzelner Industriezweige, der Automobil- zeugung, der Produktion der Eisenhütten und Walzwerke, der Entwicklung im ugewerbe, auf. Dagegen beherrscht aber den Kohlenbergbau und die Erdölproduk- n die Sorge vor Überproduktion. Der Gesamtindex für die Tätigkeit in Industrie d Bergbau zeigt keine Steigerung. Der Handel ist etwa auf dem gleichen Niveau blieben, und die Einnahmen der Eisenbahnen sind gesunken. Es sind alles mehr mptome einer wirtschaftlichen Stagnation als eines ungehemmten Aufstiegs.

Ruhig, in den alten Bahnen bleibend, hat sich das Verhältnis der Vereinigten aaten zu Kanada gestaltet. Fast beachtenswerter erscheinen manche Selbständig- itsregungen gegenüber dem Mutterland, die als gemeinamerikanisch gelten können. ich Kanada wird von der Tendenz beherrscht, nicht in die europäischen Sonder- teressen Englands hineingezogen zu werden.

Ihre deutlichste Formulierung haben die Beziehungen der Union zu Latein-

amerika als Ganzes im Panamerikanischen Kongreß zu Habana gefunden. Aller-dings allen unlösbaren Problemen ist dieser Kongreß geflissentlich aus dem Wege gegangen. Wunder gewirkt hat die Beruhigungsrede Hughes'. Einer glänzenden Stim-mungsmache ist es gelungen, jeden energischeren Angriff auf die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten zu vereiteln. Der Kongreß hat so eigentlich die Be-sprechung aller brennenden Fragen vermieden, was als unbestreitbarer Erfolg der Union zu buchen ist. Grund dieses Ablaufs war mit die Uneinigkeit einiger führen-der lateinamerikanischer Staaten, so z. B. Brasiliens und Argentiniens. Über die Spannung, die in ihrer ganzen Tiefe zwischen dem Norden und Lateinamerika besteht, darf man sich allerdings durch diesen Ausgang nicht täuschen lassen. Prak-tisch ist sie freilich in dem Berichtsjahr eher gemildert als gesteigert worden. Auf die Förderung solcher Entwicklung ist natürlich ganz die Lateinamerikareise Hoovers auf dem Schlachtschiff „Maryland" eingestellt. Sie will die „freundschaftlichen" Beziehungen zu den amerikanischen Schwesterstaaten betonen. Vor allem haben schon jetzt die Gegensätze an den kritischsten Punkten ihre bedrohliche Schärfe verloren.

Das gilt namentlich für Mexiko. Unter dem segensreichen Wirken des vereins-staatlichen Botschafters Morrow ist eine überraschende Entspannung im Ölkonflikt zwischen der Union und diesem nächsten lateinamerikanischen Nachbar eingetreten und damit ein Streit geschlichtet worden, der vorher die ernstesten Befürchtungen auslöste. Dagegen ist das ganze Jahr hindurch die innere Lage in Mexiko politisch wie wirtschaftlich eine recht unglückliche geblieben. Sie war politisch beherrscht von dem teils außerordentlich schroffen Gegensatz zwischen Staat und katholischer Kirche. Sie wurde aber auch unstreitig ebenso bestimmt durch das Andauern davon unabhängiger Unruhen, des lästigen Erbes der innerpolitischen Kämpfe früherer Jahre. Bandenkämpfe waren an der Tagesordnung. Der Rücktritt des Präsidenten Calles hat an sich wenig innenpolitische Störung verursacht. Die Wahl Obregons hat diesen aber zur Zielscheibe fanatischer Angriffe gemacht, denen er auch bald zum Opfer gefallen ist. Nach Obregons Ermordung hat Portes Gil die provisorische Präsidentschaft übernommen. Unter dieser Unsicherheit der politischen Verhältnisse hat auch die wirtschaftliche Lage sehr gelitten und zur wirtschaftlichen Stagnation geführt, unter deren Wirkung der Außenhandel zurückgegangen ist. Trotzdem hat es nicht an einer gesunden Wirtschaftspolitik der Regierung gefehlt, die darauf aus-ging, das an Wirtschaftsquellen reiche Land industriell vom Ausland möglichst un-abhängig zu machen. Doch aus Mangel an Kapital ist das in keinem Industriezweig gelungen, besonders da das ausländische Kapital infolge der Unsicherheit der poli-tischen Verhältnisse den mexikanischen Anlagemarkt gemieden hat.

Im Gegensatz zu Mexiko erfreut sich Guatemala einer gesicherten Wirtschafts- und Finanzlage. Ähnlich wie Mexiko und Kolumbien hat es seine Bodenschätze in kluger Voraussicht als Staatsbesitz erklärt. Dagegen muß die Wirtschaftslage von Honduras als recht unsicher bezeichnet werden. Ein Grenzkonflikt mit Guatemala verdient Beachtung, über den Sapper im Novemberheft dieser Zeitschrift kritisch gehandelt hat. San Salvadors Wirtschaftsgeltung hat eine mittlere Höhe erreicht

tzdem ihm eine kleine Revolution nicht erspart geblieben ist. Das Sorgenkind serer Berichterstattung war Monat für Monat Nikaragua, in dem die seit dem mpf der unionsfeindlichen Liberalen gegen die unionsfreundlichen Konservativen dauernden Unruhen kein Ende finden wollten und in einen zähen Guerillakrieg smündeten. Unter ihm hat die Wirtschaft natürlich gelitten. Doch ist zu hoffen, ß mit der Wahl des Generals José Moncado zum Staatspräsidenten eine Wandlung itreten wird, zumal die Vereinigten Staaten auch an eine Minderung ihrer Trupn in dem Staate denken. Wenn die vereinsstaatliche Regierung unbekümmert um Angriffe, die ihr aus dem eigenen Lande, besonders auch während des Wahlmpfes von den Demokraten gegen die Nikaraguapolitik gekommen sind, an dieser nsequent festgehalten hat, so läßt das deutlich erkennen, daß es hier um mehr ht als um den Schutz von Leben und Eigentum nordamerikanischer Staatsanhöriger. Die eigentliche Orientierung der vereinsstaatlichen Politik wird bestimmt rch das Problem eines zweiten interozeanischen Kanals, der quer durch Nikaragua rgesehen ist. Die Frage eines „zweiten Panamakanals" an Ort und Stelle zu idieren, wird auch einer der Programmpunkte der Hooverschen Reise sein. starica, einer der kleinen Musterstaaten Lateinamerikas, und das ganz unter m vereinsstaatlichen Einfluß stehende Panama traten während des Jahres kaum rker politisch in die Erscheinung. Kubas Wirtschaft hat sehr unter dem Einß der nordamerikanischen Zuckerzölle gelitten, während sich die Wirtschaftslage aitis und der Dominikanischen Republik von der wirtschaftlichen Depresn des Jahres 1926 langsam erholt hat. Venezuelas Landwirtschaft war den rkungen ungünstiger Witterungsverhältnisse sehr ausgesetzt, wogegen es durch ie starke Entwicklung seiner Petroleumproduktion überrascht hat. Mit starker and hat sein Präsident Gomez eine Revolution unterdrückt. Günstig hat sich gegen wieder die Wirtschaftsentwicklung Kolumbiens gestaltet. Auf dieser Basis t der Staat weitausgreifende Pläne zu seiner Verkehrserschließung gefaßt. Auch uador zeigt eine erfreuliche wirtschaftliche Erstarkung unter der Führung nes klugen und tatkräftigen Staatsoberhauptes. Ähnlich steht es in Peru, das in r Nachkriegszeit einen allerdings nicht ungebrochenen Wirtschaftsauftstieg zu rzeichnen hat, das allerdings kaum weiß, wie es der Beantwortung der brennenn Verkehrsfragen genügen soll. Über Tacna—Arica ist es ruhig geworden, doch kaum anzunehmen, daß Peru auf seinen Anspruch verzichten wird. Und auch liviens Drängen nach dem Meer ist unbefriedigt. Zunächst freilich scheint ihm r Chaco und der Anschluß an den Paraguay wichtiger zu sein als die Verbindung it dem Pazifik. Doch aus den laut geäußerten Forderungen schon Konfliktgefahren konstruieren, wäre verfehlt. Die innerpolitischen Unruhen haben die Wirtschaftsge kaum beeinflußt, die allerdings als ungünstig bezeichnet werden muß. Grund für ist die geringe Aufgeschlossenheit der Wirtschaftsquellen des an sich reichen ndes. Chiles Wirtschaftskrise war unter der kräftigen Regierung des Generals añez schnell behoben, so daß von einer guten Konsolidierung der Verhältnisse sprochen werden kann. Die im allgemeinen günstige Entwicklung Argentiniens t mit der Wahl Irigoyens, des wohl zur Zeit größten Staatsmanns Südamerikas, zum

Präsidenten eine vorteilhafte Krönung erhalten. Man wird auf die Auswirkung der Herrschaft Irigoyens gespannt sein dürfen. Während Uruguays Wirtschaftslage als die eines der fortgeschrittensten Staaten Lateinamerikas ein hohes Niveau erreicht hat, muß dagegen die Paraguays nur eine mittlere genannt werden. Brasilien steht die Lösung des Problems der endgültigen Währungsstabilisierung noch bevor. In ihm treffen sich die widerstreitenden wirtschaftlichen Strömungen. Etwas merkwürdig mutet die Drosselung seiner Einwanderung aus Furcht vor bolschewistischen Ideen an, die allerdings auch anderwärts in Lateinamerika Fuß gefaßt haben. Ablehnend hat sich Brasilien gegenüber der Aufforderung zur Rückkehr in den Völkerbund verhalten und bildet damit die Parallele zu Argentinien. Die Stellung des Acreterritoriums, eine Konfliktfrage zwischen dem Bund und dem Staat Amazonas, ist endlich im Sinne des ersteren gelöst worden. Merkwürdig schwach ist die wirtschaftliche wie politische Position der drei Guayanakolonien. Der letztere Zustand fand namentlich seine charakteristische Beleuchtung gelegentlich geringfügiger Unruhen in Cayenne, die die französische Kolonie in Abhängigkeit von Französisch-Westindien zeigte. Ein typisches Sorgenkind Hollands ist Surinam nach wie vor, obgleich sein Handel etwas gestiegen ist. Ungesund sind die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Britisch-Guayana hat sich eine Beschränkung seiner Selbstverwaltung gefallen lassen müssen.

KURT WIEDENFELD:

WELTWIRTSCHAFTLICHER JAHRESBERICHT

Für die weltwirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres ist wiederum als tscheidender Zug festzustellen, daß die Welt aus dem chaotischen Zustand, in den der Krieg wirtschaftlich geworfen hat, nicht irgend wesentlich herausgekommen ist. e Ziffern der Arbeitslosigkeit, die in England sich noch immer an den $1\,^1/_2$ Millien hält und jetzt auch in den Vereinigten Staaten von Amerika offensichtlich eine waltige, wenngleich zahlenmäßig nicht feststellbare Höhe erreicht hat, sprechen wohl an sich eine sehr deutliche Sprache, als auch vor allem durch die erheblichen nwankungen, in denen sie überall in den Industriestaaten der Welt sich bewegen; ch in Deutschland zeigen sie bekanntlich seit der Mitte des laufenden Jahres eine te und zunehmende Steigerung. Wir sind offenbar noch längst nicht wieder in es Verhältnis gleichmäßiger Bewegung eingerückt, das die Weltwirtschaft vor dem iege gekennzeichnet hat, und werden diese verhängnisvolle Erscheinung auf zwei sachenreihen zurückzuführen haben.

Zunächst machten jene Kapitalübertragungen, die aus den lediglich finanziellen iegsschuldverpflichtungen der europäischen Staaten und nicht aus den Bedürfsen des Güteraustausches, also auch nicht aus den Bedingungen der internatioen Gütererzeugung hervorgehen, keineswegs nur für die Beteiligten in höchst render Weise geltend. Gewiß zahlen einstweilen weder England noch Frankreich er Italien an die Vereinigten Staaten diejenigen Summen aus, die als Normalträge in den Sonderverträgen erst für spätere Zeit festgelegt sind, und diese Staaten nießen daher staatsfinanziell noch beträchtliche Erleichterungen gegenüber den ernommenen Verpflichtungen. Aber Deutschland ist am 1. September dieses Jahres näß dem Dawes-Plan in die Zeit der Normalleistungen eingetreten, muß also jetzt natlich rund 200 Mill. Goldmark an den Reparationsagenten entrichten, und es t auch in den vorhergehenden Monaten des laufenden Jahres immerhin beinahe je o Millionen abgeführt; der größte Teil dieser Beträge ist auch an die Reparationsubiger tatsächlich abgeführt worden, nicht in Deutschland verblieben. Dies beutet nichts anderes, als daß aus außerwirtschaftlichen Gründen von nationalem Wirtaftskörper zu nationalem Wirtschaftskörper allmonatlich gewaltige Kapitalbeträge ertragen worden sind, die in den Empfangsgebieten ebenso unabhängig von der rtigen Produktivkraft eine künstliche Aufblähung (Inflation) des Kapitalmarktes deuten, wie sie umgekehrt für das zahlende Deutschland — wiederum unabhängig n dessen Produktivkraft — eine künstliche Einengung (Deflation) des Kapitalgebots herbeiführen. Dort ist demgemäß der Zinsfuß niedriger, als es dem Ver-

hältnis zwischen eigener Kapitalneubildung und Kapitalbedarf entspräche, und b uns wird der Zinsfuß weit über das Maß hinausgehoben, das hier aus einem u beeinflußten Kapitalmarkt sich ergeben würde. Die Spannungen des Zinsfußes sin infolgedessen unnatürlich groß zu Lasten Deutschlands und lassen weder bei de Empfangsländern noch bei uns die natürlichen Wirtschaftskräfte sich auswirken. De planlosen Durcheinander der Produktionsgestaltung, das in der Welt die letzten zeh Jahre kennzeichnet, werden also vom Kapitalmarkt her immer neue Antriebe g geben. Von einer internationalen Produktionsteilung, die für die Dauer nur aus de natürlichen Kräften ersprießen könnte und die letzten Jahrzehnte der Vorkriegsze als entscheidendes Entwicklungsmoment charakterisiert hat, ist einstweilen nicht d leiseste Anfang zu sehen.

Die Fülle der staatlichen Maßnahmen — dies ist das zweite —, wie sie fast übera gehandhabt werden, verstärkt noch ganz wesentlich dieses Chaos. Es liegt ja in d Natur aller Gesetzgebung und staatlichen Verwaltung, daß sie auf die „Erhaltun des Bestehenden" gerichtet sind. Staatliche Organe pflegen wenig danach zu frage ob eine Erscheinung, die sich als gegeben darstellt, aus den natürlichen Kräften d Landes erwachsen ist und von ihnen getragen wird, oder ob sie ihre Entstehun lediglich den Bedürfnissen des Krieges, also — geschichtlich gesehen — ganz bestimm ten Zufälligkeiten verdankt; man will möglichst jeden Kapitalverlust und jeden Ve lust an Arbeitsgelegenheiten vermeiden und sieht nicht, will auch nicht sehen, da eine andere Leistung von Kapital und Arbeit häufig genug trotz jener Verluste dan besserer Ausnutzung der natürlichen Kraftrichtungen volkswirtschaftlich höhere E träge abwerfen würde. Man will auch — in den Zeiten der internationalen Abrüstung! all jene Fabrikationszweige rücksichtslos festhalten, die in späteren Kriegen wiederu eine bedeutsame Rolle spielen könnten. Und nicht zuletzt ist es das Bestreben d neugebildeten Staaten Mitteleuropas, durch wirtschaftliche Zusammenfassung ihr mannigfachen Einzelkräfte erst einmal ein einheitliches Staatsgefühl in ihren B völkerungen zu schaffen, vom wirtschaftlichen Boden her also sich staatlich zu ko solidieren, was in echt merkantilistischer Weise die Wirtschaftspolitik dieser Staat bestimmt. Auch Rußland ist in diesen Kreis einzubeziehen; gerade sein Außenhande monopol wird ja sehr stark unter politischen Gesichtspunkten gehandhabt und wür seinen merkantilistischen Charakter noch deutlicher zeigen, wenn dieses riesige G biet nicht immer noch wirtschaftlich so ungeheuer geschwächt wäre, wenn also se gewaltiger Bedarf nach ausländischen Hilfsmitteln der landwirtschaftlichen und ind striellen Produktion sich in eine wirksame Nachfrage umsetzen und auf eine en sprechend starke Ausfuhr der eigenen Produkte stützen könnte.

Nun ist gewiß auch die wirtschaftliche Entwicklung der Vorkriegszeit nicht etv in absoluter Ruhe und Gesetztheit verlaufen; immer wieder sind vor allem die G biete der Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion zur Aufnahme der eigenen Ve arbeitung ihrer Produkte geschritten und haben dadurch den west- und mitteleur päischen Industrien einen Teil ihres Absatzes immer wieder entzogen. Aber die Entwicklung trug doch sehr deutlich das Kennzeichen einer langsamen, nur ga allmählich sich vollziehenden Verschiebung und ließ daher den alten Industr

bieten Zeit, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Viel wichtiger war, daß ischen den Industriegebieten selber sich immer deutlicher eine Produktionsteilung ltend machte, die zum Teil auf die sachlichen Verschiedenheiten der Produktions-nterlagen, vor allem jedoch auf die Unterschiede der Menschen und der Richtungen rer Leistungsfähigkeit sich aufgebaut hat. Als gelernter Arbeiter, als irgendwie aus-bildeter Angestellter, als Unternehmer national bestimmter Eigenart hat sich in r Vergangenheit der Produktionsfaktor Mensch immer stärker und deutlicher in n Vordergrund geschoben — weit bedeutsamer, als etwa die staatliche Handels-litik die Entwicklung bestimmt hat. Und eben dieses entscheidende Element ist ötzlich wieder in den Hintergrund gedrängt worden. Die Allmacht des Staates läßt nirgends recht zu einer vollen Auswirkung gelangen. Man versucht in jedem ein-lnen Staat in rohester Form Planwirtschaft zu treiben und hat erreicht, daß nicht ır die Wirtschaft der ganzen Erde, sondern auch die der einzelnen Staatsgebiete in n chaotischen Zustand vollendeter Planlosigkeit gestürzt ist. Gerade weil die Staats-walten so nachhaltig in das Wirtschaftsgetriebe eingegriffen haben und immer ch eingreifen, darum verdient die heutige Wirtschaftsweise viel mehr als die letzten hrzehnte der Vorkriegszeit die Bezeichnung „anarchischer" Gestaltung, da früher nter nicht formulierten Gesetzen, nämlich sehr deutlich unter den Gesetzen der oduktionsteilung die wirtschaftliche Entwicklung vor sich gegangen ist.

Übrigens findet diese Anarchie der staatlichen Wirtschaftsleitung ihren formalen usdruck gerade in der Gestaltung der internationalen Handelspolitik. Es ist keine eziell deutsche Erscheinung, daß es noch immer für den weltwirtschaftlichen üteraustausch an jenen gesetzlichen Unterlagen fehlt, die ihm früher in den un-dlich zahlreichen Handelsverträgen gegeben war. Es ist aber für die Gegenwart zeichnend, daß gerade die sehr starken Bemühungen Deutschlands, zum Abschluß lcher Verträge wiederzugelangen, in fast allen anderen Staaten — trotz der eschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 — Widerstand stoßen, und daß lbst diejenigen Verträge, die zum Abschluß gekommen sind, gemessen an dem üheren Zustand der internationalen Vertragpolitik allesamt nur einen recht kümmer-chen Inhalt aufzuweisen vermögen. Man lebt in allen Staaten handelspolitisch zusagen von der Hand in den Mund.

Dieses Durcheinander wird auch nicht etwa von internationalen Abmachungen ivater Art irgend nennenswert geklärt. Gerade im letzten Jahr ist es einigermaßen ille geworden mit jenem Gerede, das eine Zeitlang in internationalen Kartellen ıd Konzernen das Heilmittel der Wirtschaft erblicken wollte. Was hat man nicht les z. B. von der kontinentalen Rohstahl-Gemeinschaft erwartet; und was ist tat-chlich in ihrem zweijährigen Bestehen daraus geworden? Ihr gehören noch immer cht alle kontinentalen Stahlproduzenten, geschweige denn England und die Ver-nigten Staaten an, und von einer Ausfüllung des Gemeinschaftsvertrages durch die ldung spezieller Verkaufsgemeinschaften ist schon gar nicht die Rede. Auf anderen chgebieten sieht es nicht anders aus. Der Kartelle, die wirklich international den arkt zu regeln vermochten, gibt es noch immer nur einige ganz wenige, und alle apitalbeteiligung, die sich von Land zu Land vollzogen hat, ist nur in seltenen

Ausnahmen kräftig genug gewesen, internationale Konzerne von entscheidende
Weltmarktstellung zu schaffen.

In dieses Chaos wird auch schwerlich Ordnung kommen, solange nicht gerad
die Kapitalbewegungen internationaler Art endgültig ihrer außenwirtschaftliche
Willkür und Unübersehbarkeit entkleidet sind. Hier liegt die entscheidend
Aufgabe, die sich mit einer Umgestaltung des Dawesplans verbindet. Bisher ha
Deutschland seine Verpflichtungen ausschließlich mit Hilfe internationaler Kredit
erfüllt und so die Übertragung der fälligen Summen an die Reparations
gläubiger vollzogen. Der Grundgedanke des Plans, daß die Übertragung aus Ausfuhr
überschüssen bewirkt werden solle und daß die ersten Jahre den Umfang diese
Möglichkeit erfahrungsmäßig ergeben sollten, ist dadurch hinfällig geworden. Jetz
wird es darauf ankommen, gerade diesen Grundgedanken in schärferer und dadurc
wirksamerer Form herauszuarbeiten, gerade um die weltwirtschaftlichen Wertüber
tragungen wieder in engsten Zusammenhang mit den Produktivkräften der ver
schiedenen Länder zu setzen und damit mit den Möglichkeiten des internationale
Güteraustauschs, da nur dann Kapitalübertragungen für die kapitalstarken Lände
genau so wie für die kapitalbedürftigen wirklich von nachhaltigem Vorteil sinc
Diese schwierige Fortführung der Dawesgedanken ist diejenige Aufgabe, die das jetz
zu Ende gehende Jahr dem neuen Jahre in die Hand gibt. Es wird alles darauf an
kommen, daß wiederum — wie bei der Aufstellung des Dawesplanes selbst — di
Kenner der weltwirtschaftlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten sich stark genu
erweisen, die außerwirtschaftlichen Wünsche und Gedankengänge auszuschalten. S
eng der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Staat in jedem Lande und zu jede
Zeit naturnotwendig ist — ein Übergreifen von der einen in die andere Sphäre wir
stets allen beiden überall in der Welt nur Schaden bringen.

Georg Mayer:

ENQUÊTEN

Eine der hoffnungsvollsten Tatsachen für den Erfolg der Wiederaufbauarbeit i
der Weltwirtschaft bildet der Umstand, daß nie zuvor ein so gründliches wissen
schaftliches Studium der Entwicklung der Wirtschaftslage und nie ein so intensive
Nachdenken dem Problem der internationalen Konjunkturentwicklung und der Kon
junkturbeeinflussung gewidmet wurde, als dies heute der Fall ist. Das laissez faire
Prinzip führte dazu, daß man die Wirtschaft möglichst sich selbst überließ und Wirt
schaftskrisen als eine Art unvermeidlicher Ereignisse hinnahm, als zwar zeitlich be
grenzte, aber der künstlichen Beeinflussung unzugängliche Vorgänge, die einen Aus
gleich von selbst finden mußten. Nach der furchtbaren, durch den Weltkrieg aus
gelösten Erschütterung in der internationalen Wirtschaft ist dies anders geworden
Wir streben heute danach, die Grundlagen unserer Wirtschaftsmöglichkeiten gena
kennenzulernen. Wir besitzen eine durchaus ernst zu nehmende Konjunkturbeob

htung, aus der die Möglichkeit einer Konjunkturbeeinflussung abgeleitet werden nn.

Es ist ein erfreuliches Zeichen für den Geist der Zusammenarbeit in der Weltirtschaft, daß solche Arbeiten auf internationaler Basis vorgenommen werden. Der ölkerbund widmet sich bekanntlich der Aufgabe der Untersuchung hochwichtiger ternationaler Wirtschaftsfragen, und das Wirschaftskomitee, das seit der Weltwirtaftskonferenz in Genf dem Völkerbund angegliedert wurde, hat sich mit den Erbungen verschiedener Enquêten befaßt, wobei seine Arbeiten nach den Beschlüssen d Empfehlungen des beratenden Wirtschaftskomitees orientiert wurden. So ist eine hlenenquête in Vorbereitung, auch eine Zucker- und Textilenquête sind in Arbeit griffen. Daneben hat das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes sich auch den sehr chtigen Arbeiten zur Verbesserung der internationalen Wirtschaftsstatistik gewidmet, eine solche fein organisierte Statistik die Grundlage jeder großzügigen Unterchung weltwirtschaftlicher Natur ist.

Neben diesen weltwirtschaftlichen Enquêten werden in den einzelnen Ländern beiten auf nationaler Basis durchgeführt. Sie bilden eine wertvolle Ergänzung r internationalen Erhebung, erleichtern und vervollständigen diese, während sie rerseits wieder durch jene internationalen weitausgreifenden Untersuchungen behtet werden. Eine Erhebung vorbildlicher Art ist die große Balfour-Enquête in gland, die durch das sogenannte Committee of Industry and Trade vorgenommen d deren erste Ergebnisse in 6 Bänden vorliegen. Von dem deutschen Enquêteaushuß wurde dieser Tage in einem Bande eine Übersicht über diese Veröffentlichunn herausgegeben. Dieser Übersicht soll im Laufe des Winters noch die Übertragung s Schlußberichts folgen.

In Deutschland wurden die Arbeiten des Enquêteausschusses bekanntlich im Juni 26 aufgenommen, nachdem durch das vom Reichstag am 15. April 1926 verabiedete Gesetz der Wunsch weiter Kreise Erfüllung fand, einen besonderen Aushuß zu besitzen, der die Grundlagen der deutschen Wirtschaft untersuchen sollte. e Arbeiten des deutschen Enquêteausschusses dauern jetzt also etwas über zwei hre. Sie haben sich als langwieriger und schwieriger erwiesen, als bei der Einrufung des Ausschusses zunächst angenommen werden konnte. Dehnte sich schon Beginn der Arbeiten infolge der Neuheit der Aufgabe die Festlegung der Methon des Vorgehens über einen verhältnismäßig langen Zeitraum aus, so nahm die rteilung der einzelnen Aufgaben und ihre Abgrenzung einen beträchtlichen Teil s Restes des Jahres 1926 in Anspruch. Gleichzeitig wurde auch die Sammlung des eifbaren Materials, das teils in Veröffentlichungen und teils unveröffentlicht bei hörden und wirtschaftlichen Organisationen auslag, durchgeführt. Hierbei zeigte h bald, daß über die bereits getroffenen Erhebungen hinaus weitere höchst umngreiche Feststellungen nötig waren. Das vorliegende Material war vielfach unter deren Gesichtspunkten, meistenteils im Zusammenhang mit bestimmten Anlässen, wonnen worden, so daß es für eine Enquête, die auf die Erfassung der gesamten undlagen der deutschen Wirtschaft gerichtet sein muß, nur teilweise in Frage m.

Die Ergänzung dieses Materials durch die Versendung von Fragebogen, durch un mittelbare Vernehmung des Enquêteausschusses, der hierzu ersuchten Behörden und wirtschaftlichen Organisationen, sowie der Ausbau der Methoden und die Verfeine rung der Fagestellung nahm das Jahr 1927 fast völlig in Anspruch. Die Ergebnisse dieser tiefschürfenden Arbeit sind größtenteils bereits in ausführlichen Berichten niedergelegt, zum Teil bilden sie noch den Gegenstand der Beratung und die Grund lage für anschließende Vernehmungen.

Die bisher vorliegenden 14 Veröffentlichungen enthalten bereits wertvolles Material so z. B. zwei grundlegende statistische Bände über den deutschen Außenhandel, di wichtigen Bände über Aktienrecht, Kartelle im Maschinenbau, Bau- und Baustoff industrie, der Arbeitsleistung im Steinkohlenbergbau und die Rohstoffgrundlagen de deutschen Eisenindustrie. Als einer der jüngsten Bände ist die obenerwähnte Über sicht über die englische Balfour-Enquête erschienen, die in ihren Feststellungen auch für die deutsche Wirtschaft interessant ist. Der landwirtschaftliche Unterausschuß der Enquêtekommission hat nach 2 Bänden über landwirtschaftliche Buchführungs ergebnisse einen Band über die Vermehrung der deutschen Kartoffelernten veröffent licht, der die Verwertung der Speise- und Futterkartoffel behandelt. Ein zweiter Band der sich mit der Stärkeindustrie und den Brennereien beschäftigt, soll baldigst nach folgen. In fortgeschrittener Vorbereitung befinden sich Veröffentlichungen über di Kartelle in der Textilindustrie, über Landarbeitsverhältnisse, die Kaliwirtschaft, übe den Einzelhandel sowie ein Band über die Reichsbank und ihre Politik.

In diesem Winter werden neben der Herausgabe einer Reihe von weiteren Berich ten die letzten Erhebungen beendet werden können, so daß das Jahr 1929 unte dem Zeichen der Auswertung der abgeschlossenen Ermittlungen und der Veröffent lichung ihrer Ergebnisse stehen dürfte. Zur Gewinnung der bisherigen Ergebniss fanden über tausend Sitzungen der Unterausschüsse und Arbeitsgruppen statt; etw 4250 Sachverständige wurden vernommen. Es handelt sich also um eine ganz außer gewöhnliche Arbeitsleistung.

Der Enquêteausschuß ist im allgemeinen dem größten Verständnis bei den zu Mitarbeit und Materialhergabe herangezogenen Wirtschaftskreisen begegnet. Di gegenteilige Stellungnahme, die kürzlich von seiten einer Sondergruppe der deut schen Industrie diesen Arbeiten gegenüber eingenommen wurde, war eine Ausnahm und ist nachträglich von diesen bedauert worden. Im allgemeinen konnte der Enquête ausschuß die Feststellung machen, daß, wenn seine Ziele und Arbeitsmethoden er kannt werden, das Vertrauen der beteiligten Kreise in seine Unparteilichkeit un die gewahrte Geheimhaltung vorhanden war. Wenn es auch unverständlich ist, da manche Unternehmer in den Erhebungen des Enquêteausschusses ein unliebsame Eindringen in interne Betriebsangelegenheiten erblicken, so tun sie doch gut daran diese Bedenken im Interesse der Gesamtwirtschaft zurückzustellen. Das Interesse de Gesamtwirtschaft ist es ja, das die Arbeiten des Enquêteausschusses vorwiegend be stimmt, denn nur wenn der Ausschuß in den Stand gesetzt wird, seine Erhebunge lückenlos durchzuführen, wird er in der Lage sein, ein zutreffendes Bild der deut schen Wirtschaft zu bieten.

Ein erfolgreicher Abschluß der Untersuchungen liegt im Interesse der deutschen irtschaft. Das Ergebnis wird die Schaffung des Gesamtbildes der deutschen Wirthaft sein, das in dreifacher Gliederung — Enquêteberichte, allgemeine Übersicht ıd umfassende Materialsammlung — niedergelegt wird.

Elemér Hantos:

IE GEOPOLITISCHEN GRUNDLAGEN EINES WIRTSCHAFTLICHEN ZUSAMMENSCHLUSSES IN MITTELEUROPA II

II.

Die allen Erfahrungen widersprechende Erscheinung, daß die Vergrößerung eines irtschaftsraumes mit der Verminderung der Lebensmöglichkeiten einhergeht, fint ihre Erklärung in der Neuaufteilung der europäischen Mitte, bei der auf die narliche, organische Gliederung von Raum, Volk und Wirtschaft wenig Rücksicht gemmen wurde. Zu den fehlenden geopolitischen Voraussetzungen gesellen sich nstlich errichtete Hindernisse, mit deren Hilfe die neuumgrenzten Staaten ihr wirthaftliches Eigenleben auf den durch machtpolitische Rücksichten bestimmten nmalen Grundlagen aufzubauen suchen. Innerhalb der bestehenden Grenzen läßt h aber ein erfolgreiches Eigenleben nicht denken, denn Autarkie bedeutet „den sitz eines ausreichenden Ernährungs- und wirtschaftlichen Kräftereservoirs, um die abhängige Machtstellung des Staates in Krieg und Frieden aus eigener Kraft zu haupten".*) Keinem Teile des neuen Mitteleuropas kommt in diesem Sinne ein beichtliches Maß von Autarkie zu, alle bedürfen des gegenseitigen Produktionsausısches, der gegenseitigen Ergänzung. Vorkriegs-Mitteleuropa kennzeichnete eine verltnismäßig große Selbstgenügsamkeit, weil es neben einem weiten Nahrungsspielım und einer genügenden Rohstoffbasis eine zielbewußte Organisation des von der tur gegebenen Wirtschaftsraumes darstellte. Innerhalb des handels- und verkehrslitisch organisierten Mitteleuropas besaß die Österreichisch-Ungarische Monarchie ne Selbständigkeit, wie kaum ein anderes Wirtschaftsgebiet. Ihr Anteil an dem Weltndel war eben deshalb weniger groß, als man nach der Volkszahl annehmen konnte. e Umsätze des Außenhandels der Monarchie betrugen im letzten Friedensjahr 913) in Goldmark 5206 Millionen, während allein die Tschechoslowakei im Jahre 27 einen Außenhandel von 4741 Millionen Goldmark aufweist.**) Die Ausfuhr s kleinen Österreichs hat im Jahre 1924 nahezu die Gesamtausfuhr der früheren onarchie erreicht.***) Die Monarchie war eben von Natur auf den Warenverkehr geringerem Umfange angewiesen, da sie selbstgenügsam war. Den aus ihr hergegangenen neuen Staaten dagegen fehlt allen irgendein lebenswichtiges Erzeug-

*) Walter Vogel, Wirtschaft u. Geopolitik, im Weltwirtschaftl. Archiv Bd. 23. S. 189 u. O. Maull, litische Geographie, Berlin 1925, S. 527. — **) Österreich-Ungarn hatte im Jahre 1913 eine fuhr von 2899 Mill. GM. und eine Ausfuhr von 2357 Mill. GM, die Tschechoslowakei im Jahre 27 eine Einfuhr von 2234 Mill. GM. und eine Ausfuhr von 2507 GM. — ***) Die Ausfuhrwerte erreichs betrugen im Jahre 1924 in Reichsmark 2038 Millionen, sind aber im Jahre 1927 auf Mill. GM. zurückgegangen, während die Einfuhr sich fast in demselben Maße erhöht hat.

nis, dessen Mangels man sich früher nicht bewußt war, dessen Mangel die Bevölkerung beunruhigt, ihre Arbeitslust hemmt.

Aber selbst mit dem wirtschaftlichen Kräftereservoir des früheren Deutschlands und der ehemaligen Monarchie wäre ein autarkes Auskommen nicht mehr zu finden. Denn das staatlich-wirtschaftliche Größenbedürfnis, dem vor dem Kriege jene Wirtschaftsgebiete genügten, erfordert derzeit andere Proportionen. An dem Maßstabe der neuentwickelten Weltwirtschaftsgebiete gemessen sind sie kleine Komplexe. Das Gesetz der wachsenden Wirtschafts- und Zollgebiete wird durch die größeren Standortsmöglichkeiten, durch die Entwicklung des Verkehrswesens und durch das Moment der Rationalisierung bestimmt. Zu einer Zeit, wo für Umfang und Bedeutung von Wirtschaftsgebieten diese Gesichtspunkte ausschlaggebend sind, haben sich auf der Enge des mitteleuropäischen Kontinents sieben Staaten mit eigener Wirtschaft, mit eigenen Währungen, mit eigenem Verkehrswesen etabliert.

Nach den Erfahrungen von nahezu 10 Jahren erscheinen die Versuche, auf dem Wege der wirtschaftlichen Selbstisolierung zur Blüte zu gelangen, als gescheitert. Die Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit und der unabwendbaren Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses drängt sich immer ungeduldiger auf. Erst wenn die gegenseitige Ergänzung ausgebaut und gesichert erscheint, wird Mitteleuropa sich weltwirtschaftlich neben den Riesenreichen behaupten können. Die Voraussetzungen hierzu sind vorhanden. Das durch die politische Neuordnung vergrößerte Mitteleuropa schließt raumwirtschaftliche Ausgleichsgebiete in sich, die imstande sind, die wichtigsten Bedürfnisse aller Völker zu befriedigen. In der Arbeitsteilung der mitteleuropäischen Volkswirtschaften haben Deutschland, Österreich und Böhmen ihre altbewährten Industrien zu behaupten, Ungarn und Polen eine großzügige landwirtschaftliche Industrie zu entwickeln, während der agrare Organismus der unteren Donauländer dieselben als Randstaaten des mitteleuropäischen Wirtschaftskörpers in den ersten Thünenschen Ring stellt.

Das eigentliche Rückgrat des mitteleuropäischen Wirtschaftskörpers ist die Nordwest-Südost-Achse, in deren Richtung sich der Ausgleich der stärksten wirtschaftlichen Spannungen vollzieht. „Je mehr wir uns von der Nordwestküste Europas südostwärts entfernen" — schreibt Hassinger*) —, „desto mehr geraten wir aus dem ozeanischen Klimagebiete in das kontinental gefärbte. Das bedeutet landwirtschaftlich den allmählichen Übergang aus kartoffel- und haferreichen und wiesengrünen Ländern in die Gebiete des vorwiegenden Roggenanbaues, dann in die sommerheißen Weizen- und Maisländer, die auch Wein und Tabak anbauen. Es bedeutet auch den Übergang aus den infolge reicher Kohlen- und Erzlager und ihrer weltmeernahen Lage entstandenen Großindustriegebieten hoher Volksdichte und vorwiegend städtischer Lebensformen in die, weil in geologisch jüngerem Lande gelegenen, darum auch minder kohlenreichen, dafür aber mit fruchtbarer Ackererde um so gesegneteren und klimatisch begünstigten Bauernländer des Ostens und Südostens, die mehr erzeugen, als sie verbrauchen, die für die Ernährung der Menschenmasse jener anderen Gebiete von der allergrößten Bedeutung, dafür aber auch der industriellen Produkte jener bedürftig sind."

*) a. a. O. S. 486.

Dieses natürliche Ergänzungsverhältnis, verstärkt durch gemeinsame Verkehrs-rånge der Eisenbahnen und Wasserstraßen, hat aus dem auch politisch organisier-ı Mitteleuropa ein wirtschaftliches Ganzes gemacht. Es war das Schicksal und Ver-ıngnis dieses von Natur und Technik zur Einheit bestimmten Wirtschaftsraumes, ß es dem allgemeinen Streben nach selbständigen Nationalstaaten und geschlos-ıen Handelsstaaten zum Opfer fallen mußte. Das Streben steht jedoch mit den orderungen der Geographie und einer rationalistisch orientierten Wirtschaftspolitik hoffnungslosem Widerspruch. Dem Zwang der geoökonomischen Verbundenheit onnten sich die sich handelspolitisch abschließenden Staaten tatsächlich nicht ent-ehen. Trotz aller Hemmnisse zeigt die Richtung des Warenverkehrs im neuen Mittel-ıropa kaum ein anderes Bild wie jenes der Vorkriegszeit, nämlich den starken rtschaftlichen Zusammenhang der Nachfolgestaaten der früheren Monarchie unter-nander und die große Rolle, die dem Handelsverkehr mit dem Deutschen Reiche fällt.*) In der Außenhandelsstatistik fast aller mitteleuropäischen Staaten steht der arenverkehr mit Deutschland an erster Stelle.

Es hat zwar nicht an Versuchen gefehlt, eine Umorientierung der Wirtschaftsbe-ehungen in die Wege zu leiten. Polen handhabte eine Zeitlang sein Einfuhrverbots-stem gegenüber Deutschland aufs schärfste. Die Tschechoslowakei verfolgte ur-rünglich die Politik, den Absatz nach den übrigen Nachfolgestaaten durch strenge usfuhrverbote zu hemmen, was beispielweise zur Folge hatte, daß in Österreich ja-nischer Zucker zeitweise billiger zu stehen kam als tschechischer. Diese Bestrebungen er Umorientierung des Exportes brachten jedoch keinen dauernden Gewinn an euen westlichen Absatzmärkten, dafür schmerzlich empfundene Einbuße auf dem üheren mitteleuropäischen Markte. Die geoökonomische Verbundenheit der ein-lnen Gebiete hat die Handelspolitik zur Kursänderung gezwungen.

Durch die Aufstellung der neuen politischen Grenzen wurde die Wirtschaftsstruk-r weniger in ihrem Wesen, als in formaler Hinsicht verändert. Polen, Ungarn, ıgoslawien und Rumänien sind trotz forcierter Industrialisierung weiter vorwiegend ndwirtschaftlich geblieben, exportieren infolgedessen Agrarprodukte und führen ertigwaren ein. Die Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland sind weiter In-ustriestaaten geblieben und auf landwirtschaftliche Einfuhr angewiesen. Der Unter-hied besteht hauptsächlich darin, daß diese Staaten jetzt untereinander Außenhan-el betreiben, wogegen der größte Teil von ihnen früher Innenmarkt war. Mit die-m Unterschiede hängen große Erschwernisse zusammen, die im Endergebnis die nwirtschaftlichkeit der Produktion, die Verteuerung der Lebenshaltung, die Ab-ahme des Warenverkehrs, die Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Daß die geoökonomischen Grundlagen für eine reichere Entfaltung des Wirtschafts-bens im heutigen Mitteleuropa nicht fehlen, kann an der Bilanz der Landwirt-chaft nachgewiesen werden. Die räumliche Verteilung dieses Wirtschaftszweiges, ine Ergebnisse und Möglichkeiten erfordern eine eingehendere Betrachtung, da die auptschwierigkeiten der mitteleuropäischen Länder in der Regelung und Verwer-

*) Für ausführliche Belege dieser These siehe Hantos, Die Handelspolitik in Mitteleuropa, Jena ı25.

tung der landwirtschaftlichen Produktion bestehen, während der zwischen den frü-heren Wirtschaftsgebieten leicht mögliche wechselseitige Austausch der landwirtschaft-lichen Erzeugnisse die landwirtschaftliche Produktion seit Jahrhunderten angeregt hat.

Unbeeinflußt von den Veränderungen politischer und wirtschaftlicher Natur stehen landwirtschaftliche Überschußgebiete und landwirtschaftliche Bedarfsgebiete in einem Verhältnis zueinander, das einen geregelten Warenaustausch und die früher bewährte Ergänzungswirtschaft ermöglicht. Die Gegenüberstellung des Bedarfs und der Deckung der wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel zeigt, daß in den sieben Staaten Mittel-europas Produktion und Verbrauch sich in auffallendem Gleichgewicht befinden.

Unter den Brotgetreidefrüchten hat der Weizen, der durch den geänderten „mittel-europäischen Geschmack" in den Vordergrund rückte, in dem wenig befriedigenden Erntejahr 1927 einen Mengenertrag von 123,3 Mill. dz geliefert. Der Verbrauch in den Jahren 1924—1926 betrug demgegenüber im Durchschnitt 128,3 Mill. dz. Gün-stiger lagen die Verhältnisse für Roggen, dessen Ernte im Jahre 1927 ein Ergebnis von 148 Mill. dz ergab, bei einem Durchschnittsverbrauch von 145,7 Mill. dz der drei vorhergehenden Jahre. An Gerste weist die mitteleuropäische Ernte im Jahre 1927 ein Erträgnis von 79,5 Mill. dz bei einem Durchschnittsverbrauch von 78,9 Mill. dz auf. Auch an Hafer hat die Ernte 1927 mit 122 Mill. dz die Menge erbracht, die den Verbrauch von 118 Mill. dz deckt. Die Produktion an Mais, die im Jahre 1926 auf rund 110 Mill. dz geschätzt wurde, überstieg den Verbrauch um 20 Mill. dz.

Der Bedarf der mitteleuropäischen Staaten hätte demnach trotz des ungünstigen Ausfalls der Ernte aus dem eigenem Reservoir gedeckt werden können. Wenn den-noch eine starke Einfuhr aus überseeischen Gebieten erfolgte, so liegt das eher an den Strukturwandlungen der Landwirtschaft und in der Desorganisation des mittel-europäischen Marktes. Strukturwandlungen der Landwirschaft und Verschiebungen der Absatzrichtung haben sowohl in den Bedarfs-, wie in den Überschußländern bedeu-tende Umstellungen zur Folge gehabt.

Die deutsche Landwirtschaft, die vor dem Kriege den inländischen Getreidebedarf zu etwa 90 v. H. decken konnte und von ihrem Hauptgetreide Roggen sogar beträcht-liche Mengen ausführte, um für dieselben mehr und mehr Weizen hereinzunehmen, ist heute in bedeutendem Maße einfuhrbedürftig. Die Nahrungsmitteleinfuhr Deutsch-lands erfolgt aber nicht oder nicht in erster Reihe aus den benachbarten Produzenten-ländern, sondern zum überwiegenden Teil aus Überseeländern. Da die Überschuß-länder Mitteleuropas um weitaus höhere Beträge deutsche Industrieprodukte kaufen, als sie nach Deutschland Lebensmittel liefern, wäre die Umstellung der deutschen Nahrungsmitteleinfuhr vom Westen nach dem Osten schon deshalb rationeller, weil sie die Kaufkraft jener Volkswirtschaften heben würde, die ihren industriellen Bedarf vorwiegend in Deutschland decken.

Die natürlichen Grundlagen weisen Deutschland den Weg der industriellen Be-tätigung und es wäre nur zum Nachteil der mitteleuropäischen Marktbeziehungen, wenn es zur Deckung seines Brotgetreidebedarfs künstliche Mittel in Anspruch neh-men würde. Diese zweifelhafte Richtung hat Österreich eingeschlagen, das nach dem Weltkriege kaum 40 v. H. seines Eigenbedarfs an Brotgetreide zu decken ver-

ochte und sich nun anschickt, den Gesamtbedarf aus der eigenen Ernte zu decken. ist nur allzu wahrscheinlich, daß der Ausschaltung des Passivpostens der Lebensitteleinfuhr das Verschwinden wichtiger Aktivposten folgen wird.

Das dritte Getreideeinfuhrland in Mitteleuropa ist die Tschechoslowakei, die ne der leistungsfähigsten Landwirtschaften Europas besitzt, ihre verhältnismäßig oße Bevölkerung jedoch mit agrarischen Produkten selbst nicht ausreichend verrgen kann. Ihren natürlichen Produktionsgrundlagen nach ist auch die Tschechoowakei ein ausgesprochener Industriestaat, dennoch sucht man die Getreidezufuhren urch Einführung von Zöllen zu drosseln. Die hohen Zölle auf Weizen und Weizenehl bereiten insbesondere der Ausfuhr des benachbarten Ungarns große Schwierigeiten und haben es bewirkt, daß der Getreidebedarf des Landes zum großen Teil is Kanada gedeckt wird.

An der Spitze der mitteleuropäischen Getreideausfuhrländer steht Ungarn, das otz seiner argen Verstümmelung Durchschnittserträge und eine Gesamtproduktion fweist, die die vorkriegszeitigen Ergebnisse nicht nur erreichen, sondern sogar übereffen. Der Ausfuhrüberschuß an Weizen wird im Jahre 1928 auf 60 Millionen ollar geschätzt. Infolge der fortwährenden Schwankungen der ungarischen Wirthaftspolitik zwischen Industrialisierung und landwirtschaftlicher Intensivierung onnte die landwirtschaftliche Produktion keinen festeren Halt bekommen und sich eine ständigen Märkte sichern. Ungarn, der natürliche Nahrungslieferant Mittelropas, ist heute gezwungen, für seine agrarischen Überschüsse in Italien und ferneren ändern Absatzmärkte zu suchen.

Mehr noch als in Ungarn bildet in Rumänien die Landwirtschaft die Grundlage er Volkswirtschaft. Mit Ausnahme kleiner hochkultivierter Gebiete hat die rumänische grarproduktion noch nirgends ihr Optimum erreicht. Die neue Wirtschaftsgesetzgebung ersucht dennoch, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in andere Bahnen zu nken. Das Berggesetz, das Kommerzialisierungsgesetz, das Energiegesetz und das 1920 f das ganze Reich ausdehnte Industrieförderungsgesetz bezwecken, die wirtschaftliche bhängigkeit vom Auslande zu vermindern und die Produktion fortschreitend so zu eigern, daß alle Bedürfnisse des Landes aus eigenem befriedigt werden können. Die ernachlässigung des vorhandenen zusammen mit dem durch die Agrarreform vorüberehend bewirkten Produktionsrückgang haben es bewirkt, daß Rumänien, dieses Überußland ersten Ranges, in der Versorgung Mitteleuropas seine Stellung eingebüßt hat.

Auch in Jugoslawien, das durch Aneignung fruchtbarer Gebiete zu einem der beeutendsten Produzentenländer Europas geworden ist, beeinflußen dieselben Ursachen e landwirtschaftliche Produktion aufs ungünstigste. Das Ideal der Selbstversorgung f der einen, die Agrarreform auf der anderen Seite haben den landwirtschaftlichen tensivierungsprozeß unterbrochen und das Exportinteresse vernachlässigt.

Während die drei nordwestlichen Staaten Mitteleuropas noch lange Zeit hindurch s Einfuhrländer, die drei südöstlichen als Überschußländer für agrarische Produkte ngesprochen werden können, zeigt die Entwicklung der Getreidewirtschaft im mittelropäischen Osten einen Übergangszustand, dessen Dauer nicht abzusehen ist. Die roduktion des polnischen Staates reicht nicht zur Deckung des eigenen Bedarfs

aus, so daß in den letzten Jahren eine steigende Einfuhr stattfand und in Polen bei dem augenblicklichen Produktionsstand und bei normalen mittleren Ernten von Getreideüberschuß zu Ausfuhrzwecken nicht die Rede sein kann. Für die landwirtschaftliche Produktivität Polens sind jedoch große stille Reserven einzusetzen, die sich mit der landwirtschaftlichen Entwicklung in Mitteleuropa um so stärker entfalten werden, als das polnische Getreide infolge seines billigen, weit unter dem Weltmarkte stehenden Preises leicht den Weg zu seinen westlichen Nachbarn finden wird.

Eine der wichtigsten Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung, das billige Brot, erscheint im Falle einer rationellen Produktions- und Handelspolitik in Mitteleuropa gesichert. Ähnlichen Schluß gewährt die Nährstoffwirtschaft auf dem Gebiete der Zucker- und Fleischproduktion.

Das Zentrum der Weltproduktion für Rübenzucker ist seit langer Zeit Mitteleuropa, das im Jahre 1926—1927 mit einer Rohzuckererzeugung von 4,2 Mill. Tonnen bei weitem mehr als die Hälfte der europäischen Produktion lieferte. Die Rübenkulturen Mitteleuropas erreichten bereits im Jahre 1924 wieder ihre Vorkriegshöhe und haben dieselbe seither beträchtlich überschritten. Deutschland hat zwar infolge der Gebietsverluste im Osten seine ehemalige Stellung als erstes Zuckerausfuhrland an die Tschechoslowakei abgetreten, das Gesamtergebnis der mitteleuropäischen Produktion blieb indes von der neuen Gebietsverteilung unberührt. Um so tiefgreifendere Veränderungen sind in den Absatzverhältnissen eingetreten. Der gesamte Zuckerverbrauch der österreichischen Hälfte der früheren Monarchie wurde vor dem Kriege von den böhmisch-mährischen Fabriken gedeckt. Heute gehören diese 186 Zuckerfabriken der Tschechoslowakei, die den Ausfuhrüberschuß, ungefähr zwei Drittel ihrer Erzeugung, nur mit großen Schwierigkeiten und mit staatlicher Unterstützung absetzt.

Die Republik Österreich macht große Anstrengungen zur Einrichtung von Zuckerfabriken, bleibt aber für absehbare Zeit einfuhrbedürftig. Dasselbe gilt, wenn auch in geringerem Maße, für Jugoslawien und Rumänien. Ungarn dagegen hat die Hälfte seiner Erzeugung im Auslande abzusetzen. Wie die Anbauflächen und Produktionsmengen, so haben auch die Ausfuhrmengen in Mitteleuropa den Vorkriegsstand überschritten. Mit der Zerreißung des früheren Wirtschaftsgebietes hat sich das Ausfuhrproblem der Staaten sehr verschärft, eine gemeinsame Bewältigung desselben würde das weitere Erstarken der mitteleuropäischen Zuckerindustrie außerordentlich fördern.

Während der Zuckerverbrauch Mitteleuropas den Vorkriegsverbrauch bedeutend überschritten und dadurch die Produktion belebt hat, ist durch den geminderten Fleischverbrauch der Nachkriegsjahre die Wiederauffüllung der Rinderbestände und die Entwicklung der Schweinehaltung gehemmt worden. Auch die Konkurrenz des Gefrierfleisches, die durch amerikanische Kredite gefördert wurde, wirkte auf die mitteleuropäische Viehwirtschaft zurück. Der Viehstand Mitteleuropas ist trotzdem heute nicht ungünstig. Deutschland, Österreich und die Tschechoslowakei sind zwar zur Deckung ihres Fleischbedarfes auf Einfuhr angewiesen, dagegen haben Polen, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn an Schweinen und Rindern einen Ausfuhrüberschuß, der den Bedarf der ersteren vollauf decken könnte. Im früheren Mitteleuropa war die überaus günstige Lage der Viehwirtschaft von der gegenseitigen Ergänzung

rch Zufuhr von Futtermitteln, beziehungsweise den menschlicher Nahrung dienenn Feldfrüchten aus den Teilen, wo sie überschüssig waren, bedingt. Nur durch diese gänzung war es möglich, die auf den wenig ertragreichen Böden der Alpenländer reiften Produkte für die Viehfütterung auszunützen.

Bieten die landwirtschaftlichen Grundlagen ein sicheres Fundament für das wirthaftlich fester zu fügende Mitteleuropa, so sichern die zwei Pfeiler der Industriertschaft: Eisen und Kohle dem ganzen Wirtschaftsgebäude tragfähige Stützen.

Die neuen Grenzführungen Mitteleuropas haben in keinem Rohstoffvorkommen so oße Veränderungen nach sich gezogen wie in der Eisenerzgewinnung. Durch n Verlust des lothringischen Reviers hat Deutschland etwa drei Viertel seiner Erzgerstätten eingebüßt. Auf der anderen Seite fallen auf das Gebiet der kleinen Repuik Österreich zwei Drittel der gesamten Erzförderung der Monarchie. Deutschland uß heute den größten Teil seines Erzbedarfs im Ausland decken, während Österich gezwungen ist, seine Produktion zu beschränken, weil das steirische Erz nicht ehr im alten Ausmaße in das tschechische Gebiet geliefert wird. Seit der Aufteilung r Monarchie ist ein volles Ausnutzen der technischen Kapazität der altösterreichihen Roheisenerzeugung nicht mehr möglich, weil die Produktionsanlagen auf die efriedigung des Bedarfs der Monarchie zugeschnitten waren, die Zollschranken der euen Staaten aber den Export an die nunmehr ausländischen Abnehmer außerorntlich erschweren.

Im ganzen sind die Eisenerzvorräte Mitteleuropas im Falle einer rationellen Beirtschaftung hinreichend, sie betragen insgesamt 1,7 Milliarden Tonnen. Auf Deutschnd entfallen 700, auf Polen 300, auf die Tschechoslowakei 293, auf Österreich 232, af Jugoslawien 168, auf Rumänien 29, auf Ungarn 16 Millionen Tonnen Eisenrervan. Der Roheisenverbrauch Mitteleuropas betrug im Durchschnitte der Jahre 920/26 rund 9,8 Mill. t (davon Deutschland 8,1 Mill. t) der durch die Produktion on 10,8 Mill. t (davon Deutschland mit Saargebiet 9,2 Mill. t) voll gedeckt wurde.

Von zentralerer Bedeutung als Eisen selbst ist die Kohlenwirtschaft für Mittelropa, da sie die Grundlage jeglicher industriellen Betätigung bildet. Für die Berteilung der Kohlenindustrie der einzelnen Länder für ihre zukünftige Entwicklung nd die Kohlenvorräte maßgebend. Von überragender Bedeutung für ganz Europa aren vor dem Kriege die Kohlenvorräte Deutschlands. Unter den Kohlenstaaten uropas stand Deutschland mit einem Gesamtvorrat von rund 423 Milliarden t an rster Stelle, während ihm die Österreich-Ungarische Monarchie mit rund 59 Milliaren t an vierter Stelle folgte. Die übrigen Gebiete, die dem neuen Mitteleuropa angliedert wurden, kommen bei der Inventarisierung der europäischen Kohlenvorräte aum in Betracht.

Nach dem Kriege hat Deutschland eines seiner wichtigsten Kohlenzentren in Oberhlesien an Polen verloren, wodurch die Nachkriegsreserven Deutschlands an Kohle uf 263,2 Milliarden t gesunken, die Polens auf 170 Milliarden t gestiegen sind. Für litteleuropa bedeutet nur die Abtretung des Reviers im lothringischen Saarbecken inen Verlust. Der Ausfuhrüberschuß Deutschlands, der im Jahre 1913 rund 33 Mill. t etrug, erreichte trotz der Verluste unter der Konjunktur des Jahres 1926 wieder

rund 37 Mill. t. Dem noch überaus kohlenreichen Deutschland steht das kohlenarme Österreich gegenüber, das nach fachmännischer Schätzung nur $^1/_2$% der Kohlenvorkommen der früheren Monarchie behielt, während die Tschechoslowakei 50% der österreichischen und 16% der ungarischen Kohlenreserven erhielt. Polen und die Tschechoslowakei sind Ausfuhrländer geworden, in Rumänien und Jugoslawien übersteigt der Verbrauch die Produktion, während sich in Ungarn Eigenförderung und Eigenverbrauch allmählich ausgleichen. Im Durchschnitt der Jahre 1920/26 blieb in den sieben mitteleuropäischen Staaten der Verbrauch von 298 Mill. t hinter der Produktion von 332 Mill. t wesentlich zurück.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Produktionsgrundlagen Mitteleuropas hinreichen, um ein einheitliches geschlossenes, sowohl in der Erzeugung als auch im Verbrauch auf sich gegenseitig abgestimmtes Wirtschaftsgebiet zu ermöglichen. Die „räumlich geordnete Inventur der Wirtschaftskräfte und -mittel"*) ergibt, daß die geoökonomischen Grundlagen für eine reichere Entfaltung des Wirtschaftslebens ebensowenig mangeln wie eine Fülle wertvoller Naturgaben und tüchtiger Arbeitskräfte. Wenn es in der Geopolitik der Erde, wie K. Haushofer annimmt, „gewisse Kernräume und Herzlandschaften" gibt, „zu denen die geschichtlichen Entscheidungen aus erdbestimmten Zügen immer wieder zurückkehren" **), so beansprucht der mitteleuropäische Raum eine solche natürliche Landschaft zu sein.

Mitteleuropa kann sich bei einer rationellen Bewirtschaftung seiner Anbauflächen und bei günstigen Ergebnissen seiner Viehwirtschaft nicht nur selbst ernähren, sondern durch Erweckung seiner schlummernden Reserven auch die Produktion des übrigen Europas beleben. In Ungarn, Rumänien und Jugoslawien sind noch viele Millionen Hektar unproduktive Flächen durch Meliorationen zu erschließen. Selbst auf der heutigen Anbaufläche könnte eine bedeutende Vermehrung der Lebensmittelproduktion ohne steigende Produktionskosten stattfinden, da der Anwenduug der technischen Fortschritte in der Tier- und Pflanzenwelt noch große Möglichkeiten geboten sind. Gelänge es nicht, die agrarische Produktion so zu beleben, daß das Gleichgewicht zwischen agrarischer und industrieller Produktionsentwicklung wieder hergestellt wird, dann würde die gegenwärtige Periode der Lebensmittelteuerung, stagnierender Reallöhne, lang anhaltender Arbeitslosigkeit und Überindustrialisierung weiter andauern und die Verkümmerung durch Verarmung breiter Volksschichten nicht zum Stillstand kommen.

Die Sorge um den Absatz, um die Rentabilität der Produktion ist auf die geringere Aufnahmefähigkeit der kleinen Binnenmärkte, die keine Möglichkeit des Marktausgleichs in sich bieten, zurückzuführen. Der mitteleuropäischen Produktion fehlt derzeit die berechnende Zweckmäßigkeit, sie ist nicht marktorientiert. Ein mitteleuropäischer Markt, entlastet von den bestehenden handels- und verkehrspolitischen Hemmungen, wäre ein beträchtlicher Ausschnitt des Weltmarktes, ein Stück Weltwirtschaft.

Heute ist Mitteleuropa das Zerrbild eines Großwirtschaftsraumes, eines Weltwirtschaftsgebietes. Trotz dieser kläglichen Verfassung reagiert es auf alle Bewegungen der Weltwirtschaft und ist auch nicht ohne Rückwirkung auf dieselbe geblieben. Die

*) Dix, Arthur, Geoökonomie, München 1925. — **) Bausteine zur Geopolitik, Berlin, 1928, S. 264.

urch die Zerreißung von überwiegend in sich geschlossenen, historisch überkommenen irtschaftlichen Einheiten bewirkte willkürliche und künstliche Gliederung des euroäischen Wirtschaftsraumes ist — nach Harms*) — wahrscheinlich die Grundlage ir die verhängnisvollsten und am nachhaltigsten wirkenden Strukturwandlungen der uropäischen Wirtschaft überhaupt.

Bei der Neuziehung der mitteleuropäischen Grenzen nach machtpolitischen Gechtspunkten wurden die natürlichen Zusammenhänge der „historisch überkomnenen wirtschaftlichen Einheiten" außer acht gelassen und die Wirtschaftskräfte öllig unorganisch verteilt. Alte Industriebezirke sind von ihren Rohstoffquellen geennt, Neugründungen weit über die Aufnahmefähigkeit der betreffenden Staaten urch Verlegung der Rohstoffbasis ermöglicht worden. Die territoriale Zerstückelung n sieben Länderkomplexe mit verschiedenen Zolltarifen macht jede wirtschaftliche raftentfaltung unmöglich.

Es wäre sicherlich gefehlt, die ganze Problematik des wirtschaftlichen Mitteleuroas unter den Gesichtspunkt der Arbeitsteilung oder einer internationalen Produkionsgemeinschaft zu stellen, noch verfehlter wäre es, einfach die Wiederherstellung es Zustandes von 1914 anzustreben. Man darf nicht übersehen, daß der Krieg ein Iitteleuropa mit geänderter Wirtschaftsstruktur zurückgelassen hat und daß die nunnehr 10 Jahre währenden Autarkiebestrebungen wichtige Voraussetzungen verschoen haben. Auf der anderen Seite wäre es jedoch gegen alle Vernunft, die künstlich eschaffenen Produktionsgrundlagen nicht wiederum nach Möglichkeit aufeinander bzustimmen und die gegenwärtigen unorganischen Proportionen unter jeweiliger erücksichtigung der natürlichen Produktionsgrundlagen abzubauen.

Die neuumgrenzten Staaten Mitteleuropas können sich nicht in ihren künstlich eschaffenen kleinräumigen Abhängigkeiten bescheiden, innerhalb deren Grenzen an in erfolgreiches wirtschaftliches Eigenleben nicht zu denken ist. Nur die Konfödeation aller produktiven Kräfte im Rahmen einer Verbandswirtschaft, die Ausgestalung des wirtschaftlichen Ergänzungsverhältnisses zu einem dauernden Verbande könnte en Forderungen der Geographie und einer rationalistisch orientierten Wirtschaftsolitik gerecht werden. Eine mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, ein mitteluropäisches Wirtschaftsbündnis wäre für die europäische Mitte die natürliche wirtchaftliche Lebensform im lebenswürdigen Raume.

GERHARD HERRMANN:

WELTWIRTSCHAFTLICHER LITERATURBERICHT

Virtschafts-Jahrbuch für Industrie und Handel les Deutschen Reiches und der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns. Jahrgang 1928/29. Mit 154 Diagrammen und Karten. Herausgegeben von Dr. Karl C. Thalheim. 2 Ganzleinenbände zu je ca. 1000 Seiten. Leipzig. Herbert Schulze Verlag. RM. 30.—.

Hiermit liegt ein großangelegtes Sammelwerk vor, das sich bemüht, auf ungefähr 1000 Seiten

*) Strukturwandlungen der Weltwirtschaft, im „Weltwirtschaftl. Archiv", V., Januar 1927.

über die bedeutendsten Entwicklungszüge der deutschen Wirtschaft im Jahre 1927 einen Überblick zu geben. Wenn auch diesem erstmalig unternommenen Versuch naturgemäß noch eine Reihe Mängel anhaften, so kann doch vorweggenommen werden, daß dieser Versuch grundsätzlich geglückt ist.

In 48 verschiedenen, nach Umfang und Wert allerdings recht ungleichen Aufsätzen werden von wissenschaftlicher Seite die allgemeinen Probleme der deutschen Wirtschaft behandelt (E. Schultze, Der deutsche Welthandel; Großmann. Finanzwirtschaft und Steuern; Fritz Tänzler, Die Sozialpolitik; Beckmann, Die deutsche Landwirtschaft; Manes, Das Versicherungswesen; usw.), denen sich Übersichten über die Einzelzweige der deutschen Wirtschaft durch eine Anzahl führender Fachleute anschließen. Besonders begrüßenswert sind drei in sich geschlossene Monographien über die Wirtschaft Österreichs, der Tschocheslowakei und Ungarns.

Abgesehen von den unvermeidlichen Nachteilen und Ungleichmäßigkeiten aller Sammelwerke, liegt eine besondere Schwäche des Ganzen in der ziemlich willkürlichen und unübersichtlichen Gruppierung der einzelnen Beiträge. Dem Mangel, daß z. B. ein ganz ausgezeichneter Aufsatz von Hugo Grothe über „Die wirtschafts- und verkehrsgeographischen Grundlagen der deutschen Wirtschaft" ganz am Ende des Werkes und nicht an der Spitze gebracht wird, sollte entschieden im nächsten Jahrgang abgeholfen werden. Die komprimierten, mit sehr instruktiven Kartenskizzen versehenen Ausführungen Grothes sind für den geopolitisch eingestellten Leser der weitaus bedeutsamste Beitrag dieses Werkes und enthalten auf nur 40 Seiten nicht weniger als eine Monographie über die raumwirtschaftliche Bedingtheit und Eigenart der deutschen Wirtschaft. Auch die Auswahl der gestellten Themen wäre mancher Revision zu unterziehen. So vermißt man z. B. eine besondere Behandlung der Seehäfen. Die Zugrundelegung eines gemeinsamen Dispositionsschemas, zum mindesten für die Bearbeitung der einzelnen Fabrikationszweige, würde die Übersichtlichkeit erhöhen.

So sehr trotz aller Mängel im Einzelnen der erste Band zu begrüßen ist und in Bibliotheken, für Lehrzwecke und für Orientierung des Nichtfachmannes ausgezeichnete Dienste leisten kann, um so entschiedener muß der zweite Band, der einen Bezugsquellennachweis enthält, in der heutigen Form abgelehnt werden. Die gebotenen Stichworte sind zwar einigermaßen ausreichend, doch ist die Auswahl der einzelnen Firmen derart unvollständig und willkürlich getroffen, daß dieser Bezugsquellennachweis nur Schaden stiften kann. Zudem ist an brauchbaren Nachschlagewerken auf diesem Gebiete kein Mangel und die Gefahr der Zersplitterung bereits groß genug.

Karl Hoffmann, Ölpolitik und angelsächsischer Imperialismus. Ring-Verlag, Berlin 1927.

Angesichts der für das Verständnis der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Ereignisse der Gegenwart oft ausschlaggebenden Bedeutung des Erdöls sei hier nachdrücklich auf das vorliegende glänzend ausgestattete Werk verwiesen. Die umfangreiche Darstellung Hoffmanns erhebt sich weit über den Durchschnitt der allzu zahlreichen Erdölliteratur. Die engen Grenzen einer rein fachwissenschaftlichen Darstellung, sei sie technischer oder wirtschaftlicher Natur, sind verlassen und es wird den letzthin entscheidenden Antrieben der internationalen Erdölpolitik nachgegangen, die machtpolitischer, insbesondere flottenpolitischer Natur sind. Der Versuch, „in bestimmten wirtschaftlichen Erscheinungen und Vorgängen dieses Industriezweiges einen politischen Gehalt klarzulegen, dessen Wechselbeziehungen zu anderen poltischen Fragebereichen zu erfassen und die Bedeutung davon in die größeren Zusammenhänge der Weltpolitik einzugliedern", ist entschieden geglückt.

Am bedeutsamsten ist der erste Teil des Buches, der „dem politischen Sinn der Ölfrage" gewidmet ist. In den vier Kapiteln: Raumpolitik und Produktionspolitik, Die Weltgruppen, Das Öl als Machtmittel, Ölpolitische Raumwirtschaft und ihre Gegensätze werden die dauernd gültigen Triebkräfte der Entwicklung aufgewiesen. Markante Formulierungen und geopolitische Bemerkungen von feinem Spürsinn über die Gegensätzlichkeit der beiden angelsächsischen Weltmächte machen die Lektüre sehr fesselnd.

In den übrigen Teilen versucht der Verfasser

auf Grund sehr reichen, teilweise neuen Materials eine Geschichte des Ringens um die Petroleumvorräte im letzten Jahrzehnt zu geben. Hieraus ergibt sich die ausschlaggebende Bedeutung des Erdöls in der letzten Phase des Weltkriegs. Auch die meisten Nachkriegskonferenzen, vor allem Versailles selbst, gewinnen durch die Einbeziehung der Erdölfrage erst den rechten Hintergrund. Wenn auch dieser historische Teil der Darstellung in fesselnder Form viel interessantes Material vermittelt und manche Anregung gibt, so läßt doch die Schärfe der Gliederung und die Übersichtlichkeit zu wünschen übrig. Die Entwicklung der letzten Jahre ist wohl noch zu sehr im Fluß, um eine objektive, stets über dem Stoff stehende Darstellung zu geben. Trotz dieser Einschränkung gehört dies Buch zum Besten, was es über diese Materie gibt.

Dr. Wilhelm Grotkopp, Der schwedische Zündholztrust, Band VIII der „Nordischen Studien", Verlag Georg Westermann, Braunschweig 1928.

Eine ausgezeichnete, teilweise geradezu fesselnd geschriebene Studie des als Berichterstatter über nordeuropäische Wirtschaftsfragen bereits bekannten Verfassers. Wohl ist über den Zündholztrust in Zeitungen viel berichtet worden, doch fehlte bisher solch eine zusammenfassende Monographie, die in diesem Falle besonders zu begrüßen ist, weil der Schwedentrust gegenüber verwandten Gebilden, wie der Standard Oil Co. oder I. G. Farbenindustrie, deren Verhältnisse offener zutage liegen, eine „getarnte Macht" darstellt. Freilich sind auch jetzt noch nicht alle Schleier gelüftet. Bei der mangelnden Publizität wird man dies aber in Kauf nehmen müssen. Der ganz besondere Wert der Darstellung liegt darin, daß alle Fragen in allgemeine Zusammenhänge hineingestellt sind. Die Zündholzindustrie wird im Rahmen der schwedischen Volkswirtschaft gesehen und nicht weniger als ein Aufriß der Zündholzwirtschaft der ganzen Welt gegeben. Der Zündholztrust selbst wieder ist eingegliedert in das komplizierte System von Schachtelgesellschaften, das Ivar Kreuger, die Seele des Ganzen, aufgebaut hat und dessen Kernstück der Zündholztrust nur ist. Aus dem Bauwesen kommend, hat Kreuger außerdem große Finanzierungsgesellschaften errichtet, die z. B. einen großen Teil der amerikanisch-deutschen Kreditgeschäfte vermittelten, und verfügt als Hauptaktionär der Grängesberggesellschaft über entscheidenden Einfluß auf die schwedische Eisenerzwirtschaft. Schließlich hat er auf dem Umwege über das polnische Zündholzmonopol und Gewährung einer Anleihe an den notleidenden polnischen Staat auch die zukunftsreiche, wenn auch noch in den Kinderschuhen steckende polnische Kaliindustrie in seine Hand bekommen. Weniger die Höhe des im Kreugertrust investierten Kapitals — mindestens eine Milliarde Mark — als vielmehr seine engen Beziehungen zu fast allen Staatsverwaltungen der Welt haben Ivar Kreuger, bei dem alle Fäden zusammenlaufen, zu einer höchst bedeutenden politischen Macht gemacht. Dieses Kernproblem, die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft in concreto nachgewiesen zu haben, ist ein besonderes Verdienst der Darstellung. Der Kampf des Trusts um eine Reihe von Zündholzmonopolen gegen nationale Oppositionen ist eines der interessantesten Kapitel aus dem vielschichtigen Problem Staat und Wirtschaft, auf das hin ja die meisten brennenden Wirtschaftsfragen der Zukunft tendieren. So gewinnt das obige Thema eine über den speziellen Anlaß weit hinausreichende Bedeutung.

Burghard von der Decken, Die Wirtschaft der Tschechoslowakei, Verlag Dunker & Humblot, 1928, 368 Seiten. Geheftet RM. 12.50.

Diese Publikation gehört zu den 1926 vom Deutschen Industrie- und Handelstag angeregten, durch eine Reihe deutscher Handelskammern durchgeführten Monographien über den wirtschaftlichen Aufbau der kontinentaleuropäischen Staaten*). Das verspätete Erscheinen der vorliegenden Arbeit ist sachlich nur von Vorteil gewesen, denn wir haben dadurch eine ungemein sorgfältige, in der Urteilsbildung und der Zusammenfassung der Ergebnisse freilich allzu zurückhaltende Arbeit erhalten, die zwar nicht die erste auf diesem Gebiet, so doch die solideste ist.

Die Methodik dieses Buches ist — leider — ausgesprochen statischer Natur. In der üblichen

*) Vergl. Z. f. G. Heft 3, 1928. Literaturbericht Seite 221 ff.

Einteilung Landwirtschaft, Bodenschätze, Industrie, Handel usw. werden Punkt für Punkt die einzelnen Wirtschaftszweige in sehr übersichtlicher Form nach Produktionsleistung und Bedeutung für die Handelsbilanz analysiert. Landwirtschaft und Industrie stehen hierbei weit im Vordergrunde. Es hätte die etwas spröde Darstellung sehr belebt, wenn auf die organisatorischen Probleme der tschechoslowakischen Wirtschaft eingegangen worden wäre. Es ist bedauerlich, daß etwa die Frage der Kartellierung, wenn überhaupt, nur bei dem betreffenden Spezialzweig erwähnt wird, während z. B. die zahlreichen Verknüpfungen der verschiedenen Industrien untereinander und mit verwandten Zweigen des Auslandes kaum erwähnt sind. Das Problem der internationalen Konkurrenz kommt dadurch zu kurz. Es fehlt ferner eine zusammenhängende Behandlung der Sozialpolitik und vor allem eine geschlossene Darstellung der staatlichen Wirtschaftspolitik, wie überhaupt die strenge Ausschaltung politischer Probleme wichtige Fragestellungen unter den Tisch fallen läßt, so z. B. die Donau- und die Elbschiffahrtsfrage. Auch hätte eine wirtschaftsgeographische Einleitung neben der vom Verf. gegebenen bevölkerungspolitischen eine breitere Basis für die Gesamtdarstellung gegeben und manche Wiederholung vermieden.

Der Verfasser sagt manches n i c h t: Die wirtschaftsgestaltenden Kräfte kommen entschieden zu kurz, doch was er sagt, ist sehr klar, übersichtlich und zuverlässig. Hierin liegt trotz aller Bedenken der Wert dieser Arbeit. Das wirtschaftliche Sein der Tschechoslowakei ist uns hier vor Augen geführt; ein Buch über das Werden und die Triebkräfte der tschechoslowakischen Wirtschaft fehlt uns noch.

Max Sering, Deutschland unter dem Dawes-Plan, Entstehung, Rechtsgrundlagen, wirtschaftliche Wirkungen der Reparationslasten, Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1928.

Angesichts der Verhandlungen über die Einberufung einer zweiten Sachverständigenkonferenz zur Neuregelung der Reparationsfrage, die dadurch in eine neue Phase tritt, ist es besonders erfreulich, jetzt zwei Neuerscheinungen über dieses Zentralproblem des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts anzuzeigen.

Für den hier gegebenen Leserkreis dürfte in erster Linie die Darstellung Serings in Frage kommen, dessen Ausführungen sich an breitere Kreise wenden. Unter sorgfältiger Benutzung der umfangreichen, in Deutschland nur teilweise bekannten amerikanischen Reparationsliteratur, sowie der Vorarbeiten von Bergmann, Simon und anderen weist Sering im ersten Teil überaus klar und übersichtlich die historische Entwicklung der Reparationsfrage von Versailles bis zum Dawes-Abkommen auf. Hieran schließt sich eine genaue Analyse des deutschen Außenhandels in den letzten Jahren; chronische Passivität ist an Stelle der zur Abdeckung der Reparationsverpflichtungen notwendigen Aktivität getreten, die für den Export entscheidend wichtigen Fertigwarenindustrien haben gegenüber der Vorkriegslage sogar schwere Einbußen am Weltmarkt erlitten. Die Ursachen dieser steigenden Passivierung des Außenhandels liegen in dem verschärften Wirtschaftsnationalismus des neuen Europa, im Verlust wichtigster Rohstoffgebiete durch das Versailler Diktat und in dem Zustrom der Auslandsanleihen, der großenteils in Warenform erfolgt. Wenn trotzdem die bisherigen Reparationsverpflichtungen formal ohne Störungen erfüllt worden sind, so nur deswegen, weil durch die Auslandsanleihen dem Reparationsagenten die von ihm benötigten Devisen immer wieder ohne Währungsstörungen zur Verfügung gestellt werden können. Der im Dawes-Plan vorgesehene Transferschutz ist hierdurch illusorisch geworden. Die tatsächliche Unmöglichkeit, die von Deutschland verlangten Tribute an die Gläubigermächte zu übertragen, kann sich erst zeigen, wenn der Zustrom ausländischer Gelder versiegt oder mindestens erheblich geringer wird als die deutschen Zahlungsverpflichtungen.

Reparationssabotage durch die Weltwirtschaft von Dr. Walter Mahlberg, G. A., Gloeckner Verlag, Leipzig 1928. Geheftet RM. 4.80.

Geht Sering h i s t o r i s c h vor, stellt er die Frage des deutschen Außenhandels in den Vordergrund und verneint er aus der Passivität der deutschen Handelsbilanz die Möglichkeit einseitiger Wert-

bertragungen, so geht Mahlberg, von Haus aus etriebswirtschaftler, finanztheoretisch vor nd leitet aus der Unmöglichkeit für die Gläuigerländer, ohne Störung ihrer eigenen Wirtchaft die Reparationszahlungen in Empfang zu ehmen, die innere Sinnlosigkeit der einseitigen Vertübertragungen ab. Im Kernpunkt, der Frage er Auslandsanleihen, berührt er sich stark mit ering.

Der erste Teil dieser logisch sehr klar aufgeauten, stilistisch manchmal etwas manierierten rbeit gibt nicht weniger als eine in sich völlig eschlossene, bis in letzte technische Einzelheiten urchgeführte Theorie des internationalen Zahungsausgleichs, gegen die Grundsätzliches kaum inzuwenden ist, deren nähere Erörterung aber veit über den hier gegebenen Rahmen gehen vürde.

Im Hauptteil gelangt der Verf., ausgehend von er These, daß die Reparationszahlungen letzten Endes eine Art Weltzwangswirtschaft darstellen, u dem Ergebnis, daß die Aufbringung der Reparationssumme eine zwangsmäßige Kapitalbilung von Seiten Deutschlands bedeutet und nangels faktischer Übertragungsmöglichkeiten lie Reparationssumme zwangsläufig wieder in Deutschland selbst investiert werden muß, daß lso eine Stärkung des deutschen Produktionspparates erfolgt, die freilich mit wachsender Überfremdung erkauft werden muß. Da diese ausländische Kapitalinvestierung in Deutschland unentrinnbar ist, kommt es für Deutschland jetzt nur darauf an, dem fremden Kapitalsangebot gegenüber die kalte Schulter zu zeigen und dadurch eine Senkung des Zinsfußes zu erzwingen. Die Reparationsfrage spitzt sich auf einen Kampf um den Zinsfuß zu.

Es ist hier leider unmöglich, auf die geistvollen, immer anregenden, oft allerdings überspitzten und zum Widerspruch herausfordernden Ausführungen des Verf. näher einzugehen. Die Hauptschwäche des Buches liegt, bei aller logischen Geschlossenheit, in einer subjektivistischen und liberalen Denkweise, die das kapitalistische Wirtschaftssystem in Reinkultur als gottgegeben für alle Ewigkeit hinnimmt. Aus nationalwirtschaftlichem Denken kommende „Störungen" können sehr wohl eine streng kapitalistisch aufgebaute Wirtschaftslogik wie die Mahlbergs über den Haufen werfen. So kann es beispielsweise für Frankreich vorteilhafter sein, in seinen Kolonien als Sachlieferung irgendeine Kapitalsanlage zu erstellen, die sich vielleicht nur mit 2 % verzinst, anstatt sein Reparationsguthaben zu höherem Zinsfuß im Ausland, beispielsweise in Deutschland, unterzubringen, denn die Reparationsfrage ist — trotz Mahlberg — mehr als ein Kampf um die Zinssätze.

Hans Steffen:

ARABIEN TRITT IN DIE WELTPOLITIK EIN

Wie eine Brücke schiebt Asien seine Arabische Halbinsel an den Afrikanischen Kontinent heran. Ihre westliche Küste bespülen die Wogen des Mittelländischen Meeres und den Süden der Indische Ozean. Gleichsam als hätten in grauer Vorzeit gewaltige Dammbrüche stattgefunden, so drängen durch die Straße von Bab el Mandeb westlich von Aden die dunkelgrünen Wasser des Roten Meeres nach Norden bis an den Sinai und durch die Enge von Hormus der Persische Golf hinauf bis zum Schatt el Arab vor die Mündung des Euphrat. Von hier nach Nordwesten bis an die Osthänge des Taurus durchschneidet der gewaltige Lauf des Euphrat die Landverbindung zwischen der Arabischen Halbinsel und dem Asiatischen Block, um dann auf schmaler Strecke bis zum Mittelländischen Meere, an der Pforte bei Aleppo, Arabien gegen Asien offen zu lassen.

Den Übergang nach Ägypten bildet die Halbinsel des Sinai, in ihrem spitzen Auslauf nach Süden das Rote Meer wie eine Gabel teilend — im Osten mit der Bucht von Akaba, im Westen mit der von Suez. Von beiden Hafenorten aus laufen nach Norden die kürzesten Landverbindungen zwischen den europäischen und asiatischen Meeren, Suez—Port Said und Akaba—Gaza. Zwischen dem Massiv des Sinai und dem Mittelländischen Meer bildet die Ebene der Wüste et Tih die südwestliche Pforte Arabiens zum Afrikanischen Kontinent.

Hier drangen vor Jahrtausenden die Ägypter nach Norden, Babylonier und Assyrer durch die Pforte von Aleppo nach Süden. Hier marschierten die Myrmidonen Alexanders des Großen auf ihrem Wege von Indien durch Mesopotamien und Palästina nach Ägypten — versuchten Bonapartes Divisionen, Englands Weg nach Indien zu unterbrechen und dem britischen Weltreich in das Herz zu stoßen. Die Landenge von Suez durchbrachen schon vor zweieinhalbtausend Jahren die Perser unter Darius, um das Mittelländische Meer mit dem Indischen Ozean zu verbinden und damit den kürzesten Wasserweg von der westlichen Kulturwelt zu der des Ostens zu schaffen. Was im Laufe der Jahrtausende verfiel, erneuerte erst um die Mitte des letzten Jahrhunderts Ferdinand von Lesseps' grandioses und

wiges Werk. Der Suezkanal verkürzt die Strecke von Southampten um das Kap er Guten Hoffnung bis nach Bombay von 11000 Seemeilen auf 6000, also fast auf ie Hälfte des alten Seeweges — 5000 Schiffe mit 26 Mill. t Ladung fuhren 1926 urch den Kanal. Wie einst vor Jahrtausenden, so geht auch heute vom Mittelieer der kürzeste Weg nach Indien über Arabien. Wer es beherrscht, hat den chlüssel zum Osten. Das ist das Kennzeichen dieses Landes im Rahmen weltolitischen Geschehens.

Rings um seine Halbinsel erbeben sich hinter niederen schmalen Landstreifen on Sand und Felsgeröll die zerklüfteten, unwegsamen und unfruchtbaren Randebirge Arabiens. In einer durchschnittlichen Höhe von 1000—1200 m steigen sie stlich des Jordan bis zu 2000, bei Medina, Mekka und weiter südlich im Yemen is zu 2500 m und bilden einen natürlichen Schutzwall um das Innere des Lanes. Nur wenige, beschwerliche Karawanenstraßen führen hinein — sonst nur chmale Saumpfade, über die, entlang an steilen Hängen und schroffen Abgrünen, Kamel und Maultier ihren Durchgang suchen.

Dahinter dehnt sich wasserarm und fast vegetationslos, in unendlichen Weiten nd Wüsten das Hochland, auf dem nur wenige Wasserstellen und Oasen einer evölkerung von 6 Mill. Arabern ein dürftiges und entbehrungsreiches Leben ieten. — Wenige seßhaft, meist nomadisierende Beduinen, ausgedörrt durch die lut der Wüste, zähe und bedürfnislos, wie der Heimatboden sie aufgezogen, abeschlossen, stolz und feind dem Fremdling, ein Volk von Kriegern. So blieb das nnere des Landes vor dem Eindringen erobernder Kulturvölker verschont. Das lte Ägypten, das Reich der Babylonier, Assyrer und Meder, hielt an kurz östlich es Jordan und südlich des Euphrat. Das Reich Alexander des Großen und Rom rieb seine Grenzen nur bis dahin vor, wo auch zu unserer Zeit das Britische mperium haltgemacht hat.

Das tiefe Arabien liegt heute noch fast unberührt, kaum erforscht und geheimisvoll vor uns. Noch nicht ein Dutzend europäischer Forschungsreisender haben s durchquert; den Südosten kennt niemand. Nur da, wo es in seinen Küstenindern Syrien und Palästina mit Europa in Verbindung kam, erschloß es sich bendländischer Kultur und moderneren Ideen. Hier war es auch, wo unter dem ruck der türkischen Herrschaft, die seit dem Sturz der Kalifen über die Araische Halbinsel regierte, der Gedanke nationaler Freiheit zuerst fruchtbaren oden fand. Man hatte auf Erleichterung der Lage gehofft, als zu Stambul im ahre 1907 die Jungtürkische Bewegung zum Siege gelangte, und war enttäuscht, ls sie ausblieb. Vor den drakonischen Maßnahmen der Unterdrücker flüchtete edanke und Arbeit für die nationale Befreiung nach Ägypten, wo sie bei den

Brüdern unter englischem Joch Asyl und Verständnis fand. Der Weltkrieg brachte entscheidenden Wandel.

Die deutsch-türkische Armee stand mit ihren Têten am Suezkanal, bedrohte Ägypten und Englands Wasserweg nach Indien. England suchte nach Hilfe. Der Araber, soweit er nicht unmittelbar unter den Bajonetten der Türken stand, war der natürliche Bundesgenosse. Er war dort zu suchen und zu finden, von wo es weit war bis nach Stambul und wo der Beduine, freiheitsgewohnter Nomade, im Kriege nichts anderes sah als seine liebste und einbringlichste Beschäftigung.

Von Akaba am Sinai herunter nach Süden bis zu den Bergen von Assir, von der Küste des Roten Meeres bis dahin, wo die Randgebirge übergehen in die weiten Wüsten des Hochlandes, mit den heiligen Orten Mekka und Medina, lag Hedschas, das Heilige Land des Islam. Sein kirchliches Oberhaupt war Hussein Ibn Ali, Großscherif in Mekka.

Als Nachbar im Osten bis zum Persischen Golf regierte in seiner Hauptstadt El Riad Abdul Asiz Ibn Saud al Faisal al Saud, Imam der Wahabiten und Sultan des Nejd sowie der ihm angeschlossenen Gebiete.

Ibn Saoud und Hussein waren die beiden Männer, die England für seine Zwecke gewann und gegen die Expeditionsheere der Mittelmächte in Palästina und Meso-potamien einsetzte. Den willfährigsten Bundesgenossen fand es in dem alten Hussein. Sein Ehrgeiz war die weltliche Macht. Aus dem Geschlechte Moham-meds, ehrgeizig, verschlagen und erfüllt von phantastischen Plänen, fühlte sich Hussein trotz seiner fast 80 Jahre berufen, Führer des arabischen Volkes zu wer-den, um das alte Reich des Propheten wieder aufzurichten. Als Oberhaupt der Kirche hatte er Namen und Einfluß weit über die Grenzen des Hedschas hinaus. Die Fühlung, welche bereits vor Ausbruch des Weltkrieges mit ihm bestanden hatte, nahm England jetzt wieder auf; Mac Mahon war sein Unterhändler — und im Jahre 1915 trat Hussein Ibn Ali für Millionen englischer Goldpfunde, für Waffen und Munition, die ihm unentgeldlich geliefert wurden, und für das Ver-sprechen auf ein freies Arabien vom Mittelmeer bis zum Indischen Ozean, vom Persischen Golf bis zum Roten Meer offen auf die Seite der Alliierten. Sein zweiter Sohn Faisal, der begabteste der vier Söhne, führte unter Colonel Lawrence in dem „Aufstand der Wüste“ starke Beduinenkorps gegen die linke Flanke der deutsch-türkischen Armee in Palästina. 1916 setzte sich Hussein die Königskrone des Hedschas auf sein Haupt und Ende 1918 zogen die Beduinen von Faisal und Lawrence siegreich in das befreite Damaskus ein. Ägypten und der Suezkanal waren für England gerettet, die Mittelmächte und ihr türkischer Bundesgenosse zusammengebrochen.

Auch der alte Hussein setzte als König eines Siegerstaates seinen Namen unter en Friedensvertrag von Versailles und — wartete nun auf seinen Lohn. Er blieb us. Bereits im Jahre 1916 hatte England und Frankreich, ungeachtet der von Iac Mahon eingegangenen Bindungen, durch ihre Unterhändler Sykes und Picot ıre Interessengebiete auf der Halbinsel verteilt. Dunkle Gerüchte waren seit ıngem darüber im Umlauf. Als der Krieg zu Ende ging, ließ England den etzten Schleier fallen. Palästina wurde unter geschicktem Appell an die christche und jüdische Welt englisches Protektorat, das Land östlich des Jordan und Iesopotamien an den fruchtbaren Ufern des Euphrat zu den britischen Manaten Transjordanien und Irak. Frankreich bekam Syrien. Der Friedensvertrag on Sèvres brachte für das Britische Imperium die Erfüllung eines langgehegten Vunsches, vom Sinai hinüber bis zum Persischen Golf auf breiter Bahn den andweg nach Indien — für Hussein tiefste Enttäuschung. Von dem Großarabien, as er sich unter seiner Herrschaft erträumt hatte, blieb ihm nur Hedschas als reies und selbständiges Reich. Die reichsten und fortgeschrittensten Länder rabiens, die am stärksten die Freiheit erhofft und verdient hatten, waren unter er Form von Protektorat und Mandaten nichts anderes geworden als Kolonien uropäischer Mächte. Die arabischen Völker verfluchten den Mann, der ihr Blut ür diesen Weg geopfert hatte, und England ließ ihn im Stich.

Nur einer hielt ihm die Treue — der ritterliche Colonel Lawrence lehnte alle Ehrungen und Auszeichnungen, die der englische König ihm für seinen arabischen 'eldzug zugedacht hatte, ab, „because the part he had played in the Arab Revolt vas dishonourable to himself and to his country and government. He had, by rder, fed the Arabes with false hopes . . .“

Es war wohl auch mit der Einfluß von Lawrence, der England veranlaßte, 'aisal den Thron von Irak und Husseins anderem Sohne Abdullah das Emirat on Transjordanien zu geben — billige Geschenke, die den Alten nicht versöhnten. Er forderte sein Recht. Ohnmächtig gegenüber der eisigen Ablehnung Londons, chrieb er in rührend schlechtem Englisch Briefe an den König von England, velche die ganze Tragik seines Schicksals enthüllen. Ein solcher Brief vom 24. November 1923 (Kopie aus den Akten des Ausw. Amts in Mekka) ist in meinem Besitz:

. . . .

I rose with my people — after taking certain guarantees to safeguard their interests and their future — and fought with them in the common battle side by side. I was then absolutely convinced that we were fighting on the side of the noble British nation and its honour as a whole and not on the side of a few individuals so that the ties which bound us together could be severed as soon as these certain individuals disappeared. My imagi-

nation incarnated before my eyes the honour, nobility and greatness of the noble British Nation and that is why I embarked on the struggle full of faith at a time when the balance of war was in favour of the opponent at Kut El Amara, at the Canal, in the Dardanelles and in all the European theatres. My participation together with my people continued till the end and until the dark clouds threatening with a religious war in the East of far reaching consequences cleared away. I gave the world the highest example of tolerance and defence of the sublime ideals. The Arabs responded to my call in the Irak, in their Palestine and in their Syria while in my own hands were the documents of responsible politicians and their various official and private declarations in full publication, all affirming that the Arabs would attain their unity and independence as a recompense to their loyalty. Having put their utmost trust, after God, in the honour of the British Nation, their misfortunes were believed to remain no more.

. . . .

The unity of the Arabs has been torn to pieces, their countries disintegrated and occupied. The Moslem World especially, and most of my people charge me with selling their countries to Great Britain and to her allies — a charge which is sufficient to stigmatize the honour of my family and blacken its history and which even those who are devoid of all sense of honour can not tolerate. I know of no sin they did commit deserving such a fate except their absolute trust and loyalty to Great Britain — if this is really a sin.

. . . .

I am not threatening, but I am reminding. The fame of Great Britain is the foundation of her real greatness in the East and is of more influence than the Fleets and great Armies she possesses, and she stands in great need of renewing the fame she enjoyed. I say this with the frankness and sincerity of the Arab — and she has to begin by her treatment of the Arabs who allied themselves with her and kept loyal to her until the present time in spite of all eventualities since the time when the war was an actual actuality until it has become a hidden one. I do not to dwell any further, but I trust that the dear British nation will begin to relieve herself of all these responsibilities and do justice to her loyal allies the Arabs. It is by far better for her to have an united, strong and independent ally than to have him shattered and disintegrated and degraded as the Arabs are at present, and no one but God knows where their despair will lead them having come to this intolerable state of affairs.

Aber niemand erhörte den alten Mann. Seine tiefe Enttäuschung wich bitterem Haß gegen England. Aus dem Freunde von einst wurde ein Feind, der mit den verschlagenen Mitteln seiner orientalischen Diplomatenkunst unter den Stämmen der Arabischen Halbinsel gegen England zu wühlen begann. Hussein wurde gefährlich und mußte beseitigt werden. Im Ringen mit England nahm des alten Königs stiller und zäher Kampf um das Recht sein tragisches Ende in Akabah, seiner letzten Zufluchtsstätte auf arabischem Boden, als ihm dorthin im Mai 1925 englische Kreuzer das Ultimatum Seiner Britischen Majestät überbrachten.

In diesen, seinen schwersten Stunden war ich bei ihm. Seine Hände zitterten vor Erregung, als er mir die Botschaft zum Lesen gab. Sie ist ein klassischer Zeuge für die britische Politik in Arabien:

His Britannic Majestys Ship "Cornflower"
at Akabah
28. May 1925.

The following communication has been received
for His Majesty King Hussein
from His Britannic Majestys Principal Secretary
of State for Foreign Affairs

. . . .

His Britannic Majestys Government have been informed that His Highness The Sultan of Nedj has despatched a force to attack Akabah.

They understand that his reason for taking this step is his conviction that Your Majesty and the Hejaz Government are engaged both at Maan and Akabah in activity against Him.

As Your Majesty is aware His Britannic Majestys Government have always regarded the territory of Transjordania, for which they are responsible under mandate for Palestine, as including Maan and having access to the sea in the neighbourhood of Akabah.

When Your Majesty took refuge there, they informed King Ali and Emir Abdullah of this, and invited them to open negociations for the delimitation of the frontier between Transjordania and Hedjaz.

It was not however found possible to conduct these negotiations during the unsettled state of affairs at Hedjaz, and so long as it appeared unlikely that hostilities would extend to the neighbourhood of Transjordania His Britannic Majestys Government were prepared to leave the question of future settlement.

But matters have now reached a point where His Britannic Majestys Government can no longer permit the present undefined state of affairs to continue.

They are accordingly taking steps to etablish the authority of the Transjordania Administration in the area for which they regard themselves responsible to the League of Nations.

This area includes both Maan and Akabah and they have no alternative but to invite Your Majesty to leave Akabah before Your presence there leads to difficulties between themselves and Sultan of Nedj.

In the event of Wahabi attack they may find themselves compelled to insist on Your immediate departure, and they cannot in any case contemplate Your remaining at Akabah for more than another three weeks.

(Signed) Chamberlain.
His Britannic Majestys Principle Secretary of State for
Foreign Affairs.

. . . . , ...

Delivered to His Majesty King Hussein at Akabah on the Twentyeight day of may 1925 by the commanding officer His Britannic Majestys Ship "Cornflower".

Nichts anderes besagte dieses Schreiben, als daß der alte, 84jährige Mann, Helfer und Freund in der Not, jetzt verdammt wurde, die Heimaterde zu verlassen. Drei Wochen später brachte ihn der englische Kreuzer in die Verbannung nach Zypern — wo er einsam sterben wird, Opfer seines Ehrgeizes und nicht zuletzt seines Glaubens an die Vertragstreue seiner Alliierten.

Kein einziger „Tommy“ war marschiert, um den gefährlichen Alten aus dem Wege zu räumen. Wie immer, suchte und fand England einen anderen, der die blutige Arbeit besorgte — in Husseins Nachbarn und großen Rivalen, Abdul Aziz ibn Saud, dem „Herren der Wüste“.

Es ist etwas Wunderbares um den Aufstieg dieses ungewöhnlichen Mannes, auch wenn England ihm dazu verhalf. Die Geschichte des inneren Arabien im Verlaufe des 19. Jahrhunderts war beherrscht von der Gegnerschaft zwischen den Familien der Ibn Sauds von Nejd und der Ibn Raschids von Schammar, den beiden großen Emiraten, welche mit ihren Hauptstädten El Ryad und Hail den Raum zwischen Mesopotamien, Transjordanien und Hedschas einnahmen, Nejd im Osten und Schammar im Westen. Die Ibn Sauds unterlagen und Abdurrahman, der letzte Herrscher ihres Hauses war vernichtend geschlagen worden; er hatte Land und Thron verloren und lebte im Exil zu Kuweit am Persischen Golf. Das war gegen Ende des letzten Jahrhunderts. An einer Wendung seines Schicksals durch eigene Kraft verzweifelnd, übertrug Abdurrahman seine Rechte auf Thron und Reich von Nejd dem fähigsten seiner Söhne, Abdul Asiz ibn Saud al Faisal al Saud — in Arabien Abdul Asiz, bei uns kurz Ibn Saud genannt, heute der unumschränkte Herrscher eines Reiches, wie es Arabien seit seinem Niedergang im 12. Jahrhundert nicht mehr gesehen hat. Vor nunmehr 30 Jahren war er ausgezogen, das Land seiner Väter zurückzuerobern. Ohne Geld, ohne Heer, ohne Macht hatte er nichts als den Glauben an sich selbst und seine gute Sache. Begleitet von nur wenigen, ihm treu ergebenen Freunden, ritt er unerkannt durch Nacht und Wüste bis vor die Hauptstadt El Ryad, überkletterte bei Dunkelheit die Mauern und verbarg sich nahe der Moschee. Im grauenden Morgen überfiel er den ausreitenden Statthalter Ibn Raschids, tötete ihn mit eigener Hand — die Leibwache wurde erschlagen. In wenigen Minuten war Ibn Saud Herr der Stadt, in wenigen Monaten Herr des Nejd, dessen Stämme ihn 1902 zum Emir von Nejd und Imam der Wahabiten machten. Türkische Truppen mußten eingreifen, um im Jahre 1904 das Vordringen Ibn Sauds gegen Ibn Raschid aufzuhalten. 1914 fühlte sich Ibn Saud bereits stark genug, auf eigene Faust einen Schlag gegen die Türkei zu führen; in überraschendem Angriff eroberte er die Provinz Hasa und damit einen breiten Landstreifen bis an den Persischen Golf, seinen ersten Zugang zum Meere. Das Vordringen der Bagdadbahn, welche „die deutschen Streitkräfte bis auf Schußweite an das Nervenzentrum des britischen Reiches heranbrachte“, und das deutsch-türkische Bündnis ließ ihn erkennen, daß es in dem bevorstehenden Kampfe auch um seine eigene Existenz und Sicherheit gehen würde. Er pflegte die Freundschaft mit England, welches ihm der gegebene

Bundesgenosse schien — war aber vorsichtig und klug genug, sich im Weltkrieg nur so weit gegen die deutsch-türkische Front in Mesopotamien einzusetzen, als es seinem eigenen Interesse genügend schien. England war froh, ihn nicht zum



Feinde zu haben. Als Faisal, Husseins Sohn, im Jahre 1921 König vom Irak wurde, proklamierten die Scheiks und Chefs des inneren Arabien Ibn Saud zum Sultan von Nejd und der im angeschlossenen Gebiete; sein Reich stieß im Norden an den Persischen Golf, im Süden an die Grenzen des Hedschas. Noch im Herbst des gleichen Jahres führte Ibn Saud seinen letzten vernichtenden Schlag gegen

Ibn Raschid. Hail und Djebl Schammar wurde erobert und dem Nejd einverleibt, die überlebenden Mitglieder der Dynastie Raschid nach El Ryad gebracht. Juli 1922 nahm Ibn Saud die Oase von Djuf und das Land der Ruala-Beduinen, das sich wie ein Keil zwischen Transjordanien und Irak bis an die syrische Grenze nach Nordwesten schob. Sein Nachbar im Norden und Westen war England, dazwischen das französische Syrien und im Süden sein alter, erbitterter Feind und Rivale um die Vorherrschaft in Arabien, Hussein Ibn Ali.

In jedem Jahre hatte Ibn Saud von England eine Summe von 60000 Goldpfund erhalten, dazu einmal eine Lieferung von 35000 Gewehren, damit er Hedschas in Ruhe und Frieden ließe. Als es galt, Hussein zu beseitigen, stellte England die Zahlung ein — und am Hofe von El Ryad befand sich Harry Philby, der beste Arabienkenner, vertrauter Berater des Sultans und Beamter des Foreign Office. Ibn Saud war der Mann, den England jetzt brauchte. Zwischen ihm und Hussein bestand ein alter, tiefgehender Haß. Die puritanische Lehre Abdul Wahabs, der um die Mitte des 18. Jahrhunderts am Hofe der Sauds Rückkehr zur reinen Lehre Mohammeds und zur strengen Auslegung des Korans gepredigt hatte, erfüllte die Bewohner des Nejd und ihren Führer mit der fanatischen Glut des Wahabitismus. Sie sahen mit Verachtung, mit Ekel, mit Haß aus der Armut ihrer Wüste auf das reiche Hedschas, dem in jedem Jahre gläubige Pilger des Islam das Geld mühelos in den Schoß warfen, auf Oberhaupt und Bewohner des Heiligen Landes, die für ihr strenggläubiges Empfinden entsittlicht, verderbt und entmannt waren, Abtrünnige vom reinen Glauben und nicht würdig, Hüter der heiligen Kaaba zu sein.

Als mit dem Ausbleiben der englischen Subsidien die Fesseln fielen, die ihn bisher zurückgehalten hatten — wahrscheinlich auch auf stillen Rat Englands, ritt Ibn Saud mit 21000 Beduinen, Cromwell mit seinen Eisenreitern, zum heiligen Kampf gegen Mekka. In vernichtenden Reiterschlachten wurden Husseins Heere geschlagen. Mekka und Taif erobert, Hussein entsagte dem Thron und ging nach Akabah, im äußersten Norden des Hedschas, wo er sich vor dem Zugriff der Wahabiten sicher fühlte. Ali, sein ältester Sohn, der die Nachfolgeschaft übernahm, zog sich nach Djeddah, dem Hafen von Mekka am Roten Meer, zurück. Ibn Saud belagerte selbst mit einem Teil seines Heeres die Stadt; der Rest lag vor Medina. Während Hussein von Akabah aus für seinen Sohn Ali den Nachschub von Kriegsmaterial und Kampftruppen organisierte, begann in dem für Beduinen ungewohnten Grabenkampf vor Djeddah und Medina ein beide Gegner aufreibender Zermürbungskrieg.

England benutzte meisterhaft die Lage. Ende 1925 schloß Sir Gilbert Clayton

nit Ibn Saud den Vertrag von Hadda und Bahria; er verschaffte England das Land der Ruala-Beduinen, nordwestlich von Djuf bis an die syrische Grenze, und damit eine gemeinsame über 150 km lange Grenze zwischen seinen Mandaten Transjordanien und Irak. Der Weg nach Indien wurde hier geschlossen.

Dafür waren kurz vorher die englischen Kriegsschiffe vor Akabah erschienen und hatten im Namen Seiner Britischen Majestät dem alten Hussein das Ultimatum überreicht, welches ihn zwang, innerhalb drei Wochen arabischen Boden zu verlassen und in die Verbannung nach Zypern zu gehen. Das war die Entschädigung an Ibn Saud für das Land der Ruala-Beduinen.

Gleichzeitig tat England einen letzten Schachzug, um seiner Brücke nach Indien den Pfeiler einzufügen, der noch fehlte — es zwang den im verzweifelten Kampf um Djeddah stehenden König Ali, auf den Hafen Akabah und sein Hinterland um Maan zugunsten seines jüngeren Bruders Abdullah, des Emirs von Transjordanien, Verzicht zu leisten. Transjordanien als britisches Mandat hieß England.

Hussein war beseitigt; von der Linie Gaza—Akabah über Palästina, Transjordanien, Irak bis zum Persischen Golf ging ein breiter Weg, eine geschlossene Landverbindung vom Mittelmeer bis zum Indischen Ozean, und war in Englands Hand — Ersatz für Ägypten, das stärker denn je um seine Freiheit ringt und nicht für die Ewigkeit unter englischen Bajonetten niedergehalten werden kann, und Ersatz für den Suezkanal, dessen Konzession in 40 Jahren erlischt. Medina fiel, Ali floh an den Hof seines Bruders Faisal nach Bagdad, Djeddah öffnete seine Tore, und die Wahabiten waren Herren des Hedschas. Am 10. Januar 1926 wurde Abdul Asiz Ibn Saud zum König von Hedschas, im Januar 1927 zum König von Nejd und seiner ihm angeschlossenen Gebiete proklamiert. Im Süden an der langen Küste des Roten Meeres, im Nordosten am Persischen Golf, war er nach Westen und Norden auf breiter Front Nachbar Englands geworden — hinter sich im Osten die unendliche Wüste. Dreimal hunderttausend wohlbewaffnete Beduinen, ein Volk von Kriegern, geeint durch den starken Glauben Abdul Wahabs, Brüder eines Stammes, stehen hinter ihrem großen Führer, den sie achten, lieben oder — fürchten. England hatte eine gefährliche Macht groß werden lassen. Aus dem Mann, der vor 30 Jahren mit nur einer Hand voll Beduinen ausgezogen war, um das Land seiner Väter zurückzuerobern, war jetzt der mächtigste Herrscher Arabiens geworden, die Hoffnung der 70 Millionen stammverwandter Brüder, die von Tanger entlang der Nordküste Afrikas, bis über den Lauf des Euphrat hinaus, auf Befreiung warten, König und Beschützer des Heiligen Landes und Vorkämpfer des Islam.

Im Mai 1927 schloß Sir Gilbert Clayton mit Ibn Saud den Vertrag von Djeddah, nach welchem „auf 7 Jahre Friede und Freundschaft herrschen sollte zwischen Seiner britischen Majestät und dem König von Hedschas, Nejd und der ihm angeschlossenen Gebiete". Es war die Anerkennung der neuen arabischen Großmacht.

Aber schon bei den ersten Verhandlungen tauchten Gegensätze und Schwierigkeiten auf. England verlangte die Anerkennung der Abtretung von Akabah und Maan an Transjordanien — Ibn Saud weigerte sie; er konnte und wollte nicht den Verzicht aussprechen auf ein Gebiet, das unveräußerlicher Teil eines dem ganzen Islam geheiligten Landes war. Aber beide Teile brauchten und suchten die Einigung, und so erklärte Ibn Saud in einem ergänzenden Notenwechsel, „daß er es für unmöglich halte, diese Frage unter den gegenwärtigen Umständen zu einer endgültigen Lösung zu bringen". Die Entscheidung wurde hinausgeschoben.

Im Frühjahr dieses Jahres überfiel der Scheik Faisal ed Dauisch, einer der Getreuen Ibn Sauds auf seinem Zuge gegen El Ryad vor 30 Jahren, mit 5000 seiner Muteirbeduinen die Blockhauslinie, welche die Regierung des Irak entgegen den Abmachungen des Protokolls von Ukair als militärische Befestigung gegen die südliche Wüste zu bauen begonnen hatte; in der Leidenschaft des Kampfes drangen seine Reiter über die Grenze in das Innere des Mandatsgebietes. Auch die Beduinenstämme vor der Grenze Transjordaniens wurden unruhig. Irak und Transjordanien entsandten starke Abwehrkolonnen mit Fliegergeschwadern, Tanks und Panzerwagen — englisches Material unter englischen Offizieren — zu Strafexpeditionen aus. Sie stießen ins Leere; Beduinendörfer, in denen nur Greise, Frauen und Kinder zurückgeblieben waren, lagen unter englischen Bombenangriffen. Eine Welle des nationalen Hasses, der den wahren Feind längst gewittert hatte, ging durch die Wüsten Arabiens. Die europäische Presse sprach von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Ibn Saud und England.

Wieder suchten beide die Einigung — der Marsch der Truppen vom Irak und Transjordanien wurde auf Englands Geheiß gestoppt, Ibn ed Dauisch und seine Beduinen durch schärfste Befehle Ibn Sauds zurückgerufen. Aber die Wahabiten behielten die Gewehre schußbereit im Arm; Ibn Saud verbot ihnen, zum ersten Male in seiner Geschichte, die Pilgerfahrt zu den heiligen Stätten, um kampfbereit zu sein. Vier Wochen später, im Mai dieses Jahres, erschien Sir Gilbert Clayton in Djeddah, um die Grenzstreitigkeiten zu bereinigen. Ibn Saud hatte seine Hauptstadt El Ryad verlassen und war selbst nach Djeddah gekommen, um die Verhandlungen zu führen. Er klagte Irak an, daß es gegen die Vereinbarungen seine Grenze zum Nejd militärisch befestige, und darüber hinaus stellte er jetzt

ie Forderung, die im vergangenen Jahre aufgeschobene und offengelassene Frage on Akabah und Maan endgültig zu regeln. Drei Wochen lang gingen erregte 'erhandlungen hin und her. Man sprach von tiefer Mißstimmung des Königs, ler unannehmbare Forderungen der Engländer abgewiesen habe — Sir Gilbert Clayton reiste resultatlos ab.

Spätere Verhandlungen im Lager von Shemési vor Mekka, geführt durch den ritischen Konsul von Djeddah, scheiterten ebenso wie die letzten unter Sir Gilert Clayton im August dieses Jahres, als er mit neuen Instruktionen von London urückgekommen war.

Es ist schwer zu sagen, wie die Dinge auslaufen werden. Eine Einigung scheint nmöglich. Ibn Saud spricht als Vormacht Arabiens und verteidigt die heiligsten Güter des Islam — England kämpft um Sicherung seines Weges nach Indien.

Der König ist klug und kennt die Grenzen seiner Macht. Sein Reich ist jung nd bedarf des Ausgleichs der Gegensätze im Innern und der Festigung nach ußen; es braucht Jahre der Ruhe. Seine Finanzen sind durch die fast ununterrochenen Kriege von drei Jahrzehnten erschöpft; sie verlangen Erholung und Ergänzung. Die Fahrten der Pilger nach Mekka und Medina sind neben unbeleutenden Zoll- und Steuereinkünften bis jetzt die einzige Finanzquelle des Reihes; bei einer durchschnittlichen Jahresziffer von 300 000 Pilgern starben bisher lurch Mangel der Organisation und Hygiene über 10 % — Beseitigung dieser Mißstände, an die der König mit aller Energie herangeht, Förderung und Mehrung ler Hadsch durch Bau von Straßen zu den heiligen Stätten und Einrichtung von Automobillinien, durch Besserung von Hygiene, Unterbringung und Verpflegung ler Pilger bedeutet Stärkung ihrer Zahl und Hebung der Einkünfte, aber auch ahre der Arbeit. Ein Krieg stört den Aufbau und die Entwicklung des Landes, velche dieser ungewöhnliche Mann — geboren und aufgewachsen in der Wüste, ern dem technischen Fortschritt der europäischen Kulturwelt, aber begabt mit infachem klaren Sinn für den Wert von Dingen und Menschen, mit schöpferischem Verstand und hoher staatsmännischer Einsicht — in unerhörter Arbeitsraft zu fördern begonnen hat. Ibn Saud weiß, daß er jetzt und allein auf sich selbst gestellt die Fehde mit England nicht bestehen kann. Die Zeit muß für ihn arbeiten.

Aber die Krisis ist da. Der ungeheuere und von Jahr zu Jahr wachsende Gegenatz zwischen den Interessen der arabischen Völker und England läßt sich nicht nehr verschleiern. Der Verlust seines Einflusses in Ostasien ließ sich verschmerzen, veil China nur an den Grenzen seines Imperiums lag. Aber der Länderblock, ler zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean liegt, gehört zu seinen nneren Organen; sein Verlust wäre nicht zu ersetzen.

Heute noch steht Ibn Saud allein. Aber sein Einfluß geht schon hinaus über die Grenzen seines Landes, bis zu den Beduinenstämmen im Inneren von Transjordanien und Irak. Sein Name hat nationalen Klang vom Rif bis zum Euphrat. So wurden Ibn Saud und sein Reich, das er in der knappen Spanne eines Menschenalters geschaffen, in ihrer Begegnung mit England Faktoren der Weltpolitik.

KONRAD BRICHTA:

MITTELEUROPÄISCHE RAUMPOLITIK II

So mußte sich in kürzester Zeit das Bedürfnis nach irgendeiner Organisation des chaotischen Zustandes in Mitteleuropa geltend machen. Zuerst unternahm es Dr. Benesch, die Frage zu lösen. Seine Schöpfung, die kleine Entente, vereinigte die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien miteinander unter dem Protektorat Frankreichs und hatte die Aufrechterhaltung der Friedensverträge, vor allem gegen Ungarn, zum Zwecke. Diesem Gebilde wurde dann halb und halb Polen angeschlossen und dann auch mit teilweisem Erfolge versucht, Österreich, besonders wirtschaftlich, anzugliedern. Das ganze Gebilde hatte vor allem den Grundmangel, daß es keine mitteleuropäische Schöpfung war und so tat, als ob Deutschland überhaupt nicht in Mitteleuropa läge. Es war daher nur in einer Zeit möglich, als Deutschland keine selbständige Politik betreiben konnte. Als diese Zeit mit Locarno um war, mußte man sich nach anderen Lösungen umsehen, und da waren keine anderen möglich als zeitgemäße Umbildung der beiden früheren: die Donauföderation oder Mitteleuropa.

Die Donauföderation hat sicher manches für sich. Als Erneuerung der alten Habsburgermonarchie in neuer Form bietet sie zum großen Teile die gleichen Vorteile wie ihre Vorgängerin. Sie gewährt als Zollunion zunächst den Segen eines großen Wirtschaftsgebietes und übernimmt die alte Tradition der Donaumonarchie. Raumpolitisch ist sie geschlossener als ihre Vorgängerin, da sie es vermeidet, in den bodenlosen Sumpf des Balkan hinüberzugreifen. Als Schönheitsfehler bleibt freilich die Zerteilung der ungarischtn Tiefebene bestehen, das schwerste Gebrechen aber ist das Fehlen der Küste. In nationaler Hinsicht bringt sie zwar keine Lösung, da ja der jetzige Zustand aufrecht bleibt, aber immerhin eine Erleichterung, besonders für Europa, da die nationalen Kämpfe wieder zu inneren werden, letzteres freilich auf Kosten der Deutschen und besonders der Ungarn, denen die nationale Vereinigung unmöglich gemacht wird. So spricht manches für diese Lösung. Trotzdem ist sie für absehbare Zeit, wenn die poli-

ischen Verhältnisse sich nicht von Grund auf ändern, unmöglich, aus äußeren ınd inneren Gründen.

Zunächst die ersteren entscheidenden! Für die Donauföderation sind England ınd vor allem Frankreich, die beide davon eine Konsolidierung der Verhältnisse Aitteleuropas in Politik und Wirtschaft erwarten und — für Frankreich die Hauptache —, eine Vermeidung des Anschlusses. Da das Ganze wohl unter tschechischranzösischer Leitung stünde, hätte es etwa den Wert eines slawisch orientierten Österreich, was ja die Ententemächte sich wohl als Ergebnis des Krieges ursprüngich gedacht hatten. Aber aus eben diesem Grunde ist diese Lösung für Italien ınannehmbar. Denn mit dieser Auferstehung Österreichs in neuer Form würde ler alte Gegensatz noch verschärft wieder zum Ausbruche kommen, da das neue Gebilde notwendig dazu getrieben würde, an die Adria zu gelangen, was, ob es nun nach Triest gerichtet wäre oder auf dem Umwege über einen Anschluß an ugoslawien nach der dalmatinischen Küste, auf jeden Fall für Italien den Kriegsall bedeutete. Und eben so scharfem Widerstande würde das Projekt in Deutschand begegnen, da, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Nachteilen, die Donauöderation nicht nur den Anschluß dauernd verhindern würde, sondern eine Kombination, die, sei es unter französischem, sei es, was bei einer Wandlung der Dinge in Rußland leicht möglich wäre, unter russischem Einflusse stünde, im Osten Mitteleuropas für Deutschland bedrohlich wäre.

Aber auch innere Gründe lassen den ganzen Plan heute aussichtslos erscheinen. Denn in keinem der Staaten selbst ist die Stimmung dafür, überall sind es nur inzelne interessierte Kreise, die dieses Projekt fördern. In Österreich treten die Kreise des Großhandels und besonders die Großbanken, zum Teil auch einzelne ndustrien dafür ein, weil sie sich von einer wirtschaftlichen Gemeinsamkeit er Wiederherstellung der alten Stellung Wiens versprechen. Aber weder das Volk, das in seiner weit überwiegenden Mehrheit den Anschluß an Deutschand wünscht, noch die Parteien, auch die christlich-soziale nicht, wollen etwas avon wissen. Ganz und gar ablehnend verhält sich Ungarn, das nicht den geingsten Vorteil hätte und das damit seine Zustimmung zur Zerreißung seines lten Landes geben müßte, das überdies in seiner jetzigen wesentlich gefestigten Position gar keinen Anlaß hat, auf solche Pläne einzugehen. Aber auch die Tschechoslowakei, die im ganzen noch das meiste davon zu erwarten hätte, hat isher diesen Plänen gegenüber sich sehr spröde gezeigt. Nur der Großteil der ndustrie ist dafür, weil er sich davon eine Sicherung seiner gegenwärtigen chwierigen Lage verspricht. Aber zunächst müßte, wie immer bei solchen Plänen, eder Teil im Interesse des Ganzen Opfer bringen — in diesem Falle wäre es die

Rückverlegung des wirtschaftlichen Zentrums nach Wien auf Kosten Prags —, vor allem aber bedeutete die Donauföderation das Ende der vollen Souveränität der Teilstaaten. Denn aus der Zollunion folgt notwendigt die Gemeinschaft der Währung, der Handelspolitik, dann in weiterer Folge aber auch der äußeren und großer Teile der Verkehrspolitik und so manches andere, wie auch gewisse psychologische Rückwirkungen in nationaler Beziehung unausweichlich wären, wenn der Bund nicht nach kurzem Bestande zusammenbrechen sollte. Diese Befürchtungen sind es, die alle Vertreter des vollständig souveränen, nationalen Staates mit Mißtrauen gegen alle derartigen Pläne erfüllt.

Alles in allem: Die Zeit für die Durchführung dieser Pläne ist heute vorbei. Gleich nach dem Umsturze, als Deutschland noch ohnmächtig und Italien vor dem Aufkommen des Faszismus im Inneren ganz zerrüttet war, als Österreich und Ungarn in ihrer verzweifelten Lage nach jedem Strohhalm gegriffen hätten, der sie über Wasser halten konnte, damals wäre die Möglichkeit gewesen, damals aber scheiterten diese Pläne an dem Hochmute, mit dem die Tschechoslowakei an ihrer vollen Souveränität festhielt, und an der Verständnislosigkeit der Westmächte. Heute sind alle historischen und auch wirtschaftlichen Voraussetzungen, auf denen diese Kombination sich aufbaut, in raschem Schwinden, und damit ist über alle jetzt auftauchenden Pläne dieser Art das entscheidende Urteil gesprochen.

Erst in der letzten Zeit, als die Unmöglichkeit aller zentraleuropäischen Projekte erkannt wurde, traten die mitteleuropäischen hervor. Ihre Urheber sind fast durchwegs Deutsche, allerdings meist nicht Reichsdeutsche, sondern Österreicher und namentlich Sudetendeutsche. Der Eintritt der Deutschen in die Regierung, eine gewisse Abschwächung der inneren nationalen Gegensätze, dann auch eine leichte Schwenkung der tschechischen Außenpolitik, die eine notwendige Folge des Locarnoabkommens war, wie sie in dem vielbesprochenen und vielgedeuteten Besuche Benesch in Berlin zuerst deutlich zutage trat, all das hat Kombinationen hervorgerufen, die, über alle vorliegenden Tatsachen weit hinausgehend, eine enge Verbindung nicht bloß der Tschechoslowakei, sondern auch anderer mitteleuropäischer Kleinstaaten mit Deutschland als Programm der Zukunft verkünden. Freilich sind sie alle reichlich unklar, — kein Wunder bei dem Umstande, daß es reine Zukunftskombinationen sind, die weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart irgendeine Stütze finden. Wenn etwa nach allerdings sehr zweifelhaften Zeitungsberichten jüngst in Berlin eine wirtschaftliche und politische Kombination besprochen worden sein soll, in der Deutschland mit Österreich, Ungarn und der ganzen Kleinen Entente zusammengekoppelt werden sollte, so leuchtet die innere und vor allem außenpolitische Unmöglichkeit dieses wahrhaft monströsen Gebildes

o klar ein, daß sich jedes nähere Eingehen erübrigt. Ernster sind jene Stimmen zu nehmen, die für ein Zusammengehen Deutschlands mit Österreich und der Tschechoslowakei allein eintreten. Das wäre die Zusammenfassung des nach Sprache, Kultur und Geschichte deutschen Mitteleuropa, ein Gebilde, das im ganzen der nationalen, geschichtlichen raumpolitischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen nicht entbehrt. Aber auch dagegen müssen sich schwere Bedenken erheben. Denn was wäre das Ganze anderes als die Wiederherstellung des deutschen Zentrums, diesmal unter der Leitung Berlins, aber unter ganz anderen Verhältnissen als in den Zeiten der römisch deutschen Kaiser. Denn die damals schwachen Randstaaten beherrschen jetzt Europa und würden eine derartige Stärkung des deutschen Zentrums nur sehr schwer zugeben, besonders Frankreich, von dem gänzlich unbestimmten X, dem zukünftigrn Rußland, ganz abgesehen. Nur unter zwei Voraussetzungen ist eine derartige Kombination überhaupt denkbar. Zunächst müßte Deutschland annähernd seine Vorkriegsmacht wiedergewonnen haben, und dann müßte vor allem die Aussöhnung mit Frankreich so weit vorgeschritten sein, daß dieses das Gefühl völliger Sicherheit hätte und Deutschland ruhig seine Wege im Osten gehen lassen könnte. Von beidem aber sind wir, wenn auch die Gegenwart unzweifelhaft eine Tendenz in dieser Richtung zeigt, noch sehr weit entfernt. Dazu kommen noch beträchtliche innere Schwierigkeiten. Eine freiwillige Einfügung der Tschechoslowakei in ein unter deutscher Führung stehendes Gebilde würde einen vollständigen Bruch mit allen nationalen Überlieferungen bedeuten, mit dem wenigstens heute von allen tschechichen Politikern und Historikern verkündeten Sinne der ganzen Geschichte; sie bedeutete eine noch viel schmerzlicher empfundene Einschränkung der Souveränität, als bei der Donauföderation, sie wäre schließlich das Ende der Fiktion vom Nationalstaate, von der wirtschaftlichen Bedrohung durch die größere deutsche Industrie nicht zu reden. Halten doch auch nüchterne Politiker, wie der tschechische Sozialist Modraček, der die gegenwärtige Lage seines Staates ohne Illusionen betrachtet und eine Neutralisierung verlangt, eine einseitige Anlehnung an Deutschland für psychologisch unmöglich. Freilich bietet die mitteleuropäische Kombination den Tschechen einen großen Gegenwert, die absolute Sicherheit ihres Staates, wie sie sonst nichts anderes in gleichem Maße bieten kann, etwas, was den tschechischen Politikern mehr Sorge macht, als sie öffentlich zugeben. Aber es ist klar, daß nur der äußerste Notfall die tschechische Politik auf diesen Weg führen kann, das heißt, wenn Frankreich sich damit abgefunden hätte und von Rußland nichts zu erwarten wäre. Das ist, wie das frühere, eine zwar nicht unmögliche, aber jedenfalls sehr fernliegende Möglichkeit.

So sind beide Kombinationen auf absehbare Zeit aussichtslos, die eine gehört der Vergangenheit an, die andere einer fernen, ganz unbestimmten Zukunft. Und so kommen wir zu dem Ergebnisse, daß der jetzige Zustand, so unbefriedigend und schwankend er in jeder Hinsicht ist, noch eine geraume Zeit andauern wird. Das Chaos, das die Friedensverträge in Mitteleuropa geschaffen haben, ist eben so groß, daß eine Entwirrung bei den ganz ineinander verflochtenen Interessen der Einzelstaaten unmöglich ist, um so mehr, als die Westmächte, besonders Frankreich und Italien, mit dem jetzigen Zustand ganz zufrieden sind und kein starkes geeinigtes Mitteleuropa wünschen. Wie lange freilich das andauern kann, muß dahingestellt bleiben. Bedenklich nahe liegt auch hier die Analogie mit dem Balkan, an dem auch so lange herumgedoktort wurde, bis die Explosion erfolgte, die dann alles über den Haufen warf. Hoffentlich täuscht hier die Analogie und macht eine einsichtigere und vor allem weitsichtigere Staatskunst das wieder gut, was die Politiker der Gegenwart so gründlich verdorben haben.

Katharina Oppenheim:

ZUSAMMENHALTEN GEGEN ASIEN!

Beobachtungen und Gedanken zur Weltlage aus den malayischen Staaten

Diese vielfach treffenden Beobachtungen aus Südostasien bringen wir, obwohl wir selbst auf den Standpunkt stehen, daß es nicht Sache der Deutschen ist, eine weiße Front herstellen zu wollen, die nicht sie, sondern andere zerschlagen haben, als sie schwarze Truppen am Rhein zur Niederhaltung eines weißen Kulturvolks verwendeten und nach dem sogenannten Friedensschluß Deutsche unter schimpflichen Bedingungen aus China deportierten.

Auch eine gegensätzliche Parole: „Unterdrückte Völker der Erde, vereinigt Euch"; läßt sich verteidigen — und zwar mit besseren ethischen Gründen! Aber, da wir die Anschauung haben, daß Geopolitik nur feste Unterlagen zur Kunst der Politik bieten, nicht den ausführenden Künstler Wege vorschreiben soll, bringen wir Wahrnehmungen aus allen Lagern, wenn sie gut gesehen sind und geopolitisch Brauchbares enthalten. Nur darf der Leser dieser Ausführungen nie vergessen, daß sie aus einer ganz bestimmten — anti-eurasiatischen, pro-eur-amerikanischen — Einstellung und der Annahme eines tatsächlich geopolitisch nicht vorhandenen europäischen Solidaritätsgefühls entstammen. K. Haushofer.

Wir fuhren von Zeylon nach Singapore auf einem japanischen Schiff. Der Dampfer hatte 8000 t und war natürlich einfacher als die großen europäischen Dampfer eingerichtet. Es schien uns alles zunächst sauber und gut, ehe wir die Ratten in unserer Kabine entdeckt hatten. Durch ein Empfehlungsschreiben an den Kapitän wurden wir mit einigen japanischen Herren bekannt und kamen

päter mit ihnen in recht interessante Gespräche. Sie sprachen alle recht gut nglisch und einige auch Deutsch. Einer von ihnen war 2 Jahre in Berlin an der otschaft tätig gewesen, ein anderer hatte London, Paris und Berlin als Studieender besucht. Außerdem war ein sehr feiner älterer Herr, ein in Japan angeehener Maler, mit seiner liebreizenden Tochter auf dem Dampfer. Einen starken indruck machten auf mich die Japaner. Sie haben nichts von der Weichheit und ıtalistischen Passivität des Inders; ganz im Gegenteil, sie sind fast alle intellekıell sehr regsam und körperlich höchst vital. Äußerlich durch diese ihre starke ntellektuelle Mentalität, durch Aufnahmebereitschaft für jede moderne Errungenchaft und Sportbegeisterung scheinbar dem Europäer verwandt und dennoch so anz anders. Man fühlt bei diesen Menschen eine Kraftreserve, eine geistige und eelische Disziplin, die dem heutigen Europäer so erschreckend fehlt; die innere eherrschtheit scheint den Japaner davor zu bewahren, im Hochtakt des moderen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens sich selbst zu erlieren. Er will alle diese für den Konkurrenzkampf mit Europa notwendigen Dinge beherrschen und wird sie wohl auch, wahrscheinlich für uns gefährlich chnell beherrschen. Denn der Japaner ist durchschnittlich arbeitsam, ehrgeizig nd konzentriert. Diese Dinge werden aber doch nur äußerlich den Zuschnitt ıpanischen Lebens und Denkens ändern. In ihrem tiefsten Wesen bleiben sie Drientalen und als solche letztgültig seelisch nicht zu verwirren von den Gütern ieser Welt, selbst den geistigen. Es wäre daher nach meiner Meinung ein großer rrtum zu glauben, daß die westliche Zivilisation, die von den Japanern immer ifriger studiert und benutzt wird, sie uns angleichen werde. Es ist ihnen nur lles Mittel zum Zweck und dieser Zweck heißt: Weltmachtstellung Japans! Es teht eine Energie des Wollens, eine Fähigkeit des Wartens und eine Klugheit inter ihrem Handeln, die man instinktiv erleben muß, um ihre Bedeutung zu rfassen. Dennoch scheint die letzte Kraftquelle ihrer Energie in ihrer Überlegeneit und Gleichgültigkeit gegenüber Enttäuschung oder Erfolg zu liegen. Weil nnen das Leben ohne Ziel unerträglich ist, so schaffen sie sich ein solches, aber leiben sich dieser zufälligen Willensentscheidung und Wahl stets bewußt und amit jederzeit gleichmütig bereit, sowohl den bisherigen Lebenszuschnitt für ne andere Lebensform zu ändern, wie auch den ideellen Inhalt ihres Lebens für ne neue Idee aufzugeben oder das Leben selbst zu verlieren. Japanern wie Inern ist die Wirklichkeit nur Schein und Täuschung, und die Passivität des einen ie die tatbedürftige Energie des andern ist nur Ausdruck eines Temperamentsnterschiedes, aber nicht einer Wesensfremdheit. Wichtig für Europa ist auch as japanisch-chinesische Verhältnis. Die zwischen den beiden großen mongo-

lichen Reichen bestehenden Interessenunterschiede und die daraus entstehenden Konflikte der beiden Staaten werden in Europa von unserer Hoffnung und Angst diktiert sicherlich übertrieben. Denn obwohl auch Japan in einem geeigneten und erstarkten China einen gefährlichen Rivalen erblickt, so ist doch Amerika der Erbfeind und die Blutsverwandtschaft zwischen beiden mongolischen Völkern eine zu große, als daß Japan zugunsten der weißen Rasse sich nicht dem Brudervolk anschließen würde, wenn China wirklich innerpolitisch, sozial und wirtschaftlich so weit sein wird, um die seiner ungeheuren Bevölkerungszahl entsprechende Weltstellnng behaupten zu können. Als Kaufleute und Arbeitskräfte spielen schon jetzt die Chinesen z. B. in den malayischen Staaten und den holländischen Kolonien eine erhebliche Rolle. Der Chinese ist von Natur intelligent, sehr arbeitsam, mäßig, ehrlich, ungeheuer anspruchslos und hat einen ausgeprägten Geschäftssinn. Bisher haben die innere Uneinigkeit Chinas, die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit des Landes und die Hemmungen alter lebensunfähiger Traditionen dies alte Kulturvolk am Fortschritt gehindert; die Himmelssöhne konnten dem Europäer als billige Arbeitskräfte gelten. Es wirken aber schon jetzt die verschiedensten Kräfte dahin, das Schlagwort der gelben Gefahr zur Wahrheit werden zu lassen. Einerseits die nationalen Bestrebungen überall in der Welt unter den farbigen Völkern gleichzeitig mit dem Schwinden des europäischen Ansehens, andererseits die starken demokratischen und sozialen Strömungen, die besonders von Rußland her ins Reich der Mitte eingedrungen sind und dort innerpolitische Gärungen hervorgerufen haben. Die Forderungen sozialer Gerechtigkeit, einer der Zeit entsprechenden Schulung und Ausbildung aller Schichten, der nationalen Einigkeit und politischen Selbständigkeit werden schon jetzt in China laut; ihre Verwirklichung kann nur eine Frage der Zeit sein. Die jetzigen revolutionären und chaotischen Zustände in China darf man mit Recht nur als Übergangssymptome und natürliche Folgen des Erwachens eines großen Volkes ansehen. Das chinesische Volk erlebt jetzt eine durchgängige, alle Gebiete des Lebens berührende Umwälzung, Entwertung des Alten, und die geistigen Wehen neuer Wert- und Formgebung. Neben Rußland wird die fortschrittliche Weltmacht Japan der Bahnbrecher für das große chinesische Brudervolk sein. Denn die weitsichtigen Politiker Japans wissen jetzt schon, wenn auch widerstrebend, sehr wohl, daß die Zukunft für Japan nur im Anschluß an China liegen kann.

Da in den letzten 3 Tagen ein heftiger Föhn geweht hatte, kamen wir erst nach 6 Tagen mit 36 Stunden Verspätung in Singapore an. Unser Anschlußdampfer nach Java war schon fort, und so mußten wir in Singapore auf den nächsten warten.

Singapore ist eine englische Kronkolonie und gehört zu den „Federated-Malay-States“. Die Stadt wie auch das umliegende Land haben kaum eine geschichtliche oder kulturelle Vergangenheit und bieten daher auch keine altertümlichen Sehenswürdigkeiten. Dafür ist Singapore aber desto interessanter als moderne Stadt und voller regsten Lebens. Auf einem verhältnismäßig kleinen Flächenraum vereinigen sich hier alle Rassen: Chinesen, Malayen, Tamylen, Hindus, Araber und Europäer und dieses nahe Nebeneinander bringt notgedrungen eine gesteigerte wirtschaftliche intellektuelle aber auch soziale Anspannung mit sich, wie auch ein Abschleifen der Rassen, Glauben- und Kastengegensätze. Auf dem Gebiete des zivilen Rechtes wie der sozialen Gesetzgebung ist Singapore äußerst fortschrittlich und besonders als Kolonialland bahnbrechend. Es gilt hier das gleiche Recht für alle Rassen und Konfessionen. Die Arbeitergesetzgebung ist sehr genau, nach modernsten europäischen Grundsätzen ausgearbeitet und geregelt und alle sozialen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser sind vorzüglich eingerichtet, meist staatlich; das angestellte Personal ist bestens für den betreffenden Posten geschult. Die Krankenhäuser, Schulen und ähnlichen Einrichtungen sind Simultananstalten für alle Stände, Rassen und Konfessionen; außerdem steht ihre Inanspruchnahme entweder kostenlos zur Verfügung oder es wird von dem Vermögenden ein geringes Entgeld gefordert. Auch gesellschaftlich gibt es in Singapore keine Unterschiede zwischen Weißen und Farbigen. Die gesellschaftliche Scheidung geht hier wie in Europa und Amerika nach der Stellung und dem Geld, wobei die gegenwärtige Entwicklung sich schnell ansteigend zugunsten der Chinesen verschiebt. Außerdem gibt es hier weder Zölle noch Steuern! Dazu kommt, daß es ein außerordentlich reiches Land ist mit schnell anwachsender Bevölkerungszahl, allerdings mehr durch jährliche Einwanderung wie durch eine hohe Geburtenziffer, und trotzdem drohen hier noch nicht die Gefahren der Übervölkerung. Es gibt noch Ansiedlungs- und urbar zu machendes Land genug, um bis auf weiteres jede Bevölkerungszunahme uneingeschränkt positiv bewerten zu können, allerdings nicht für eine größere weiße Zuwanderung. Europäische Mechaniker, Ingenieure, Wissenschaftler wird das Land noch brauchen können, um mit ihrer Hilfe seine eigenen Leute auszubilden. Die größeren Vermögen sind aber jetzt schon in chinesischen Händen und damit die Kontrolle des Geschäftes.

Bis zu 80% der bebauten Fläche nehmen die Gummiplantagen ein, so daß das Land für seine Ernährung ganz auf den Import angewiesen ist. Die neueren Regierungsbestrebungen wollen dieses Überwiegen der Gummiindustrie einschränken, um die Existenz des Landes nicht ganz auf diese eine Karte zu setzen; es ist somit schwer, neue Konzessionen für den Gummianbau zu erhalten; da-

gegen wird jeder Versuch mit einer andern Bodenkultur leicht staatliche Unterstützung finden. Die Zustände, wie ich sie für Stadt und Insel Singapore schildere, gelten auch mehr oder weniger für das ganze Gebiet der F. M. S., und es hat sich ein ganz eigenartiger Patriotismus ausgebildet, der nicht national und nicht einmal rassenmäßig ist, sondern einerseits das Gemeinsamkeitsgefühl des neu entstehenden eurasischen Volkes zur Basis hat und anderseits die Liebe zum Lande und den ihnen allen gemeinsamen starken fortschrittlichen Willen. Ein Analogon findet man in Amerika. Die Umgangssprache ist malayisch, die Religion überwiegend mohammedanisch, aber das religiöse Bewußtsein ist hier nicht sehr ausgeprägt. Wie es keinen Rassenfanatismus, keine sozialen Traditionen gibt, so ist auch in religiöser Hinsicht die moderne Toleranz und Laxheit hier zu Hause. Singapore und die malayischen Staaten sind eine ideale Beobachtungsstation zur Verfolgung der modernen asiatischen Entwicklung; sie werden in absehbarer Zeit Ausgangspunkt sein für die asiatische Befreiung von europäischer Herrschaft. Eine Befreiung, die in diesem wirtschaftlich wie geistig fortgeschrittenen Land wahrscheinlich kaum merkbar und unkriegerisch vor sich gehen wird. Aber darum nicht weniger sicher erfolgreich und bahnbrechend. Nimmt man die F. M. S. als Beispiel, so wird die kommende Selbstbefreiung Asiens eine unbezweifelbare Tatsache; die Antwort und Vorbereitung auf diese Tatsache muß für Europa eine starke Solidarität der weißen Rasse sein, wenn eben nicht der „Untergang des Abendlandes" unvermeidbares Schicksal werden soll. Jeder europäische gegeneinander gerichtete Rivalitätsgeist und so aufgefaßte Nationalismus ist in heutiger Zeit Provinzialismus; geht man noch einen Schritt weiter, so wird man wohl auch das Schwinden europäischer Hegemonie anerkennen müssen, — der letzte Erbe Roms wird Amerika sein. Diese Entwicklung würde nur noch beschleunigt und gründlicher vollzogen werden, wenn das europäische Ressentiment gegen amerikanische Vorherrschaft zu einem wirtschaftlichen oder bewaffneten Kriege führen würde. Dieser letzte „weiße Krieg" könnte möglicherweise auf dem Wege über Japan die Gelegenheit für Asien werden, seine eigene Vorherrschaft zu begründen. Denn ein Sieg oder auch nur eine nicht empfindliche Niederlage der gelben Rasse gegen die Weißen könnte ganz Asien gegen uns vereinigen und würde vielleicht sogar eine gelbe Invasion weißen Grenzlandes zur Folge haben. Wenn aber Europa-Amerika noch rechtzeitig die Lebensnotwendigkeit der weißen Solidarität einsieht, dann wird die nächste geschichtliche Epoche eine Zweimächte-Konstellation aufweisen, d. h. Asien-Ameuropa, die sich im Gleichgewicht halten. Das erwachende Selbstbewußtsein und die Kräfte Asiens werden voraussichtlich stark genug sein, um die europäische Herr-

schaft in ihrem Lande nicht mehr lange zu dulden; in diesem Kampfe wird auch eine braungelbe Einigung zeitweise erzielt werden können. Dagegen wird Asien innerlich wieder in die verschiedenen Rassen, Völker und Länder zerfallen, sobald der Druck der Fremdherrschaft fehlt. Gegenseitiger Konkurrenzkampf, Partikularnationalismus werden eine asiatische wirtschaftliche Weltherrschaft oder gar eine Eroberung weißen Landes unmöglich machen. Vielleicht sind deshalb die englischen Schwierigkeiten in den Kolonien, die englische Unsicherheit eine Rettung für Europa; denn England ist im Zusammenspiel europäischer Mächte noch ausschlaggebend und durch die größte Erfahrung am ehesten befähigt, einsichtsvolle Weltpolitik zu treiben; außerdem ist England trotz starker Rivalität gegen Amerika doch rassenmäßig und kulturell zutiefst den U.S.A. zu sehr verbunden, um den Krieg mit Amerika nicht als Bruderkrieg zu empfinden. Es liegt nicht allein in Paneuropa die weiße Zukunft, sondern in Ameuropa; das zukünftige patriotische Bewußtsein muß alles Land weißer Rasse und weißer Kultur umfassen. In Amerika findet man ein solches seelisches und geistiges Bewußtsein weißer Kulturmission ausgedrückt in den Idealen menschenwürdiger Lebensbedingungen, angespannter Leistung, starken verantwortungsbewußten Bürgersinns des Einzelnen und einer energievollen intellektuellen Regsamkeit auf allen Gebieten der praktischen Wissenschaften; nicht am geringsten zu achten ist ihr Ideal des „sauberen Lebens". Allerdings scheint der geistige und seelische Inhalt amerikanischer Anständigkeit dem Europäer oft als flach, äußerlich, unecht und zuweilen lächerlich. Diese Kritik ist von uns aus gesehen auch berechtigt, wenn wir ihrem religiösen, intellektuellen, moralischen und staatlichen Ideal eine tiefere Religiösität, eine echtere Wissenschaft, eine stärkere und weitherzigere Moral und ein zweckvolleres Staatswesen entgegenhalten können und wenn wir bereit sind, unseren Idealen zu leben, wie sie es sind, den ihren zu leben. Entspringt aber unsere Kritik nur der tiefen und lebenzersetzenden Schwäche völliger Wertungläubigkeit und Wertgleichgültigkeit, deren einschmeichelnde Kehrseite die Gleichbewertung aller Dinge ist, dann sind wir keine berufenen Richter.

Neben dem rationellen intensiven Zusammenarbeiten aller europäischen Völker und engen Anschluß an Amerika ist es auch notwendig, daß die europäischen Menschen aus der Kraftquelle dieser Einigung und des Friedens nicht nur allmählich zu einer wirtschaftlichen Regeneration kommen, sondern auch eine geistige und moralische Erneuerung erreichen. Sollen wir gegen das Erwachen Asiens gerüstet sein, so brauchen wir vor allem ein erstarktes Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein, allgemeinen guten Willen gegeneinander und erneuten Glauben an uns selbst.

Zurückschrauben läßt sich die Zeit nicht und die unabänderliche Entwicklung der Dinge nicht hemmen. Weitschauende europäische Politik muß schon jetzt mit der Aufgabe Indiens als Kolonialland und der entstehenden indischen und mongolischen Selbständigkeit und Konkurrenzfähigkeit rechnen. In Indien sind es vor allem die beiden Kräfte des Mohammedanismus und des Ghandiismus, die das indische Volk auf seine Mündigkeit vorbereiten. Der ihnen allen gemeinsame nationale Wille hat diese bisher sich bekämpfenden Parteien schon jetzt zu einer kraftvollen Einigung geführt. Trotz allem braucht aber die weiße Rasse nicht mit resigniertem Fatalismus in die Zukunft zu sehen oder nur mit den von Furcht diktierten Mitteln der Grenzsperrungen, ungerechter und ungleicher Handelsverträge oder gar mit brutaler Gewalt sich ihre schwankende Vorherrschaft und Macht gegenüber der farbigen Welt zu erhalten suchen. Noch ist Afrika eine Reichtumsquelle. ein Betätigungsfeld und Auswanderungsland für Europäer und die dortige Eingeborenenbevölkerung in absehbarer Zeit weder zahlenmäßig noch wirtschaftlich und kulturell eine Gefahr für uns. Auch in Kanada, in Rußland und Südamerika liegen weite Landstriche brach, können segenbringend vom weißen Mann bebaut werden und in ihrem Reichtum an Mineralien und sonstigen Bodenschätzen ausgebeutet werden. Vielfältige Aufgaben harren auch in Lateinamerika der Lösung durch amerikanische und europäische Tatkraft. Nun dürfen allerdings diese Länder nicht als Beute und Zankapfel Amerikas und der europäischen Staaten unter- und gegeneinander angesehen werden, sondern als gemeinsames Wirkungsfeld.

Curt-Milliges v. Einem:

AMERIKAS WAHRE REGIERUNGSMETHODEN II

II.

Die Zunahme des amerikanischen Vermögens der letzten zwei Jahrzehnte seit der Jahrhundertwende war derart phänomenal, wie es unter normalen Verhältnissen und ohne sehr energische und tätige Mithilfe der Regierung, die zum Teil die Vorbedingungen dazu schaffte, nicht erreicht werden konnte. Bis 1916 war Amerika immerhin noch Schuldnerstaat Europas. — Vom Jahre 1916 ab neigte sich die Wagschale zugunsten Amerikas. Seit diesem Jahre ist Amerika der größte Gläubiger Europas, da es inzwischen einen Ausfuhrüberschuß von 12 Milliarden Dollar erreicht hatte. Das Nationalvermögen Amerikas betrug 1912 186,3 Milliarden Dollar, 1922 320,8 Milliarden Dollar. Dagegen hatte Deutschland ein Nationalvermögen im Jahre 1912 von 77,8 Milliarden Dollar und 1922 von

5,7 Milliarden Dollar. Der Rückgang Deutschlands ist natürlich auf Krieg und Revolution, Versailler Vertrag usw. zurückzuführen. Immerhin war die Steigerung bei anderen Ländern, trotz ihrer „Siege“, lange nicht derart, wie bei Amerika. — Das Nationalvermögen Großbritanniens stieg z. B. von 1912—1922 von 79,3 auf 8,8 Milliarden Dollar, bei Frankreich von 57,1 auf 67,7 Milliarden Dollar, bei Italien von 23 auf 25,9 Milliarden Dollar. Man sieht daraus, daß der größte Nutznießer und eigentlich der einzigste Sieger im Weltkrieg die Vereinigten Staaten von Nordamerika waren. Das Gesamteinkommen Nordamerikas betrug 1912 3 Milliarden Dollar, 1920 72 Milliarden Dollar. Aus der Bevölkerungssteigerung, die 1912 93 Millionen, 1920 106 Millionen betrug, läßt sich eine derartige Steigerung des Gesamteinkommens absolut nicht erklären. Die einzigste Erklärung ist eben Amerika als Kriegslieferant Europas.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die U. S. A. der einzigste Staat waren, der mit den Verbündeten Deutschland, Österreich, Bulgarien, Türkei keinerlei Reibungsflächen hatte, die irgendwie von Einfluß auf das Leben Amerikas waren. Alle anderen Staaten, die mit uns im Krieg standen, hatten politische Expansionsbedürfnisse, oder wir drohten ihnen durch unseren Fleiß und durch die hohe Entwicklung unserer Industrie weite Einfuhrgebiete abzunehmen, oder wir zerstörten bzw. gefährdeten die Verbindung des Mutterlandes mit ihren Kolonien. Alles das fiel bei Amerika vollkommen fort. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat unter dem Druck ihrer Industrie und ihrer Banken den Krieg mit dem Vierbund bewußt und ohne wirklichen Grund vom Zaun gebrochen, um von einem Großverdiener zum Größtverdiener an Europas Not zu werden. Die Stimmung innerhalb der Vereinigten Staaten wurde durch Jahre hindurch bewußt und ohne wirklichen Grund aufgepeitscht, bis sie so weit war, daß die geistige Einstellung der Bevölkerung für den Krieg vorhanden war.

An sich verdienten Amerika und seine Schwerindustrie sowie die mit ihr verbundenen Banken als Kriegslieferanten der Entente schon genug. Diejenigen, die bis zum Eintritt Amerikas in den Krieg nicht in dem Maße mitverdient hatten, wollten nun auch an dem Goldsegen teilhaben und waren infolgedessen für den Krieg. Das Volk in seiner Masse wurde durch Phrasen betört und in den Krieg gehetzt. Ob Lusitania-Fall, U-Bootkrieg oder nicht, war für das Hineingehen der Vereinigten Staaten in den Krieg gänzlich gleichgültig. Da Amerika alles Interesse daran hatte, Kriegslieferant zu sein und späterhin von den ihm dafür verschuldeten Staaten sein Geld zu erhalten, so ging es so oder so unter allen Umständen in den Krieg gegen den Vierbund. Das muß auf alle Fälle festgestellt und nicht vergessen werden.

Bis 1904 hat sich Amerika mit seinen Kapitalanlagen innerhalb des amerikanischen Kontinents gehalten. 1904/5 wurde zum erstenmal in den U. S. A. zusammen mit den europäischen Staaten eine große japanische Staatsanleihe aufgelegt, die vollen Erfolg hatte. Von diesem Augenblick an datiert das Herausgehen des amerikanischen Kapitals in die übrige Welt. 1911 war die Nettoverschuldung an Europa noch 7 Milliarden Dollar, dagegen die eigenen Anleihen in Europa 500 Millionen Dollar groß. 1924 waren an Europa an langfristigen Geldkrediten als reine Kapitalausfuhr 567 Millionen neu gegeben, an kurzfristigen Krediten hatte Amerika mindestens das Dreifache begeben. Die Gesamtforderung an das Ausland war auf über 20 Milliarden Dollar gestiegen.

Es ist interessant, bis zum Weltkriege, zum Teil bis in ihn hinein, die wirtschaftliche Ausbreitung, teilweise unter starker militärischer Hilfe, der U. S. A. auf ihrem Kontinent zu beobachten. Die Mittel und die Methoden, die dabei angewendet werden, sind in den wenigsten Fällen schön, in den meisten Fällen von einer Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit, die ihresgleichen sucht. Es ist notwendig, einmal nach einem ungefähren Schema das Vorgehen Amerikas gegen fremde Staaten und die wirtschaftlichen Vorbedingungen für ein politisches und eventuell machtmilitärisches Eingreifen anzuführen.

1. Das im Überschuß vorhandene Privatkapital sucht sich im Ausland neue wirtschaftliche Möglichkeiten, ohne vorerst politische Ansprüche zu machen.

2. Das über die Grenze gegangene Kapital hat inzwischen Konzessionen und Unternehmungen unter fremder Regierung erworben und erhebt den fremden Regierungen gegenüber Ansprüche.

3. Die großen wirtschaftlichen Interessenten und ihre Führer nehmen Teil am politischen Leben ihrer Gastländer und mischen sich in ihre innere Politik. Es kommt zur Entfachung von Unruhen und Revolutionen und ihrer Begünstigung zugunsten des amerikanischen Kapitals.

4. Nicht überall wird durch Revolutionen und durch unmittelbaren Druck des amerikanischen Kapitals auf die fremden Regierungen bei diesen das erreicht, was das amerikanische Kapital will. Es wendet sich deshalb um Hilfe an die Regierung der Vereinigten Staaten. Zu ihren Gunsten greift die militärische Macht der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten von Haiti, San Domingo, Nicaragua z. B. ein.

5. Die militärische Beherrschung fremder Gebiete hört auf, wenn die betreffende Regierung die Oberherrschaft der Vereinigten Staaten bzw. ihres Kapitals anerkannt hat.

6. Die verschiedenen Formen der Einflußnahme beschränken sich nicht nur

auf Übernahme wirtschaftlicher Konzessionen durch Druck, sondern auch auf Eroberung durch militärische Macht, wie bei den Philippinen, und durch Gebietsankauf ohne Rücksicht auf die Wünsche der Einwohner, wie bei den Virgin-Islands.

Als neueste Form der Versklavung kommt noch eine ungeheure Pfandverschuldung Europas an die Vereinigten Staaten hinzu.

Wenn man das Vorgehen der amerikanischen Regierung gegen seine Nachbarländer auf dem amerikanischen Kontinent betrachtet, so muß man als erstes den Norden, Kanada, ausschalten, weil dieses noch seinen Rückhalt an England besitzt. Wie lange dieser Rückhalt kräftig genug sein wird, um Kanada von Nordamerika fernzuhalten, ist ungewiß. Daß der wirtschaftliche Einfluß der U. S. A. in Kanada heute schon größer ist wie der von England, ist durch die Verdienste des Krieges einerseits, und andererseits durch die Nähe Kanadas und der Vereinigten Staaten erklärlich. Wie weit daraus politische Folgerungen gezogen werden können, läßt sich heute noch nicht übersehen. Doch ist wohl anzunehmen, daß eine Klärung dieser Frage innerhalb dieses Halbjahrhunderts noch stattfinden wird.

Gegen die mittelamerikanischen Gebiete, die im Süden an die Vereinigten Staaten stoßen, braucht — ihrer Schwäche und ihrer Zerrissenheit wegen — Amerika wenig Rücksicht zu nehmen. Tatsächlich erstreckt sich der politische Einfluß Nordamerikas schon über ganz Mittelamerika mit seinen gesamten Inselgruppen bis zur Nordküste des südamerikanischen Kontinents.

Wir selbst leiden heute derartig unter dem Dawes-Vertrag und seinen Folgen, der aus dem Versailler Vertrag und den berühmten 14 Punkten Wilsons entstanden ist, daß es von Wert ist, in einzelnen Fällen zu sehen, welche Methoden die U. S. A. zur Eroberung ihrer südlichen Republiken angewandt hat. Da diese Fälle schon zum Teil der Geschichte angehören, so ist anzunehmen, daß unser auswärtiges Amt und unsere auswärtigen Vertreter diese Fälle und die Handlungsweise der amerikanischen Regierungen — ganz gleichgültig welcher Art und welcher politischen Einstellung innerhalb des Landes sie waren — gekannt hat. Es war daraus die Lehre zu entnehmen, wie die amerikanischen Regierungen, ob sie Roosevelt, Taft oder Wilson heißen, handelten, um weitere Völker unter ihre Macht zu bringen. Man darf dazu nicht vergessen, daß die amerikanischen Präsidenten mehr oder weniger auf die pekuniäre Unterstützung des Kapitals bei ihrer Wahl angewiesen sind, und daß nicht anzunehmen ist, daß das unterstützende Kapital sie ohne jegliche Bindungen in ihre Regierung hineinlassen wird. Die Wahl des Herrn Wilson war zum Teil finanziert von Morgan, Schwab und Konsorten. Morgan ist der größte und rücksichtsloseste Finanzmann der Wallstreet und Mitinhaber

der Betlehem-Steal-Company Carnegies, deren Direktor Schwab ist. Die Betlehem-Steal-Company, als größtes Stahlunternehmen, sowie Morgan, als größtes Bankunternehmen, waren beide deutschfeindlich eingestellt und hatten beide ein großes Interesse an Amerikas Kriegserklärung gegenüber dem Vierbund.

Es ist immerhin von Interesse, einzelne Fälle der sogenannten „Regelung" der nordamerikanischen Staaten gegenüber den mittelamerikanischen in kurzen Stichworten hier anzuführen. Es ist aus Platzmangel leider unmöglich, ausführlich auf diese interessante Sache einzugehen. Immerhin wird man am Schluß zugeben müssen, daß es erstaunlich ist, daß unsere Regierung und mit ihr unser ganzes Volk, auf die Versprechungen der amerikanischen Regierung und eines Mannes wie Wilson hereinfiel.

Panama — bösen Angedenkens à conto des Panama-Skandals, der Frankreich im trauten Verein mit besonders tüchtigen Amerikanern vorbehalten blieb — sollte im Jahre 1903 als Zone für den Kanalbau in den amerikanischen Eigenbesitz übergehen. Die Regierung Panamas wehrte sich dagegen, war jedoch mit einer eventuellen Pacht einverstanden. Da die amerikanische Regierung aber Besitzer werden wollte, so wurde nach berühmtem Muster eine Revolution in Panama finanziert. Offiziell sollte die amerikanische Regierung selbstverständlich nichts von einer Revolution in Panama wissen. Nur passierte dabei ein kleines Versehen, das die Tragödie zur Komödie machte. Die Revolution war auf einen bestimmten Tag festgesetzt. Sie verzögerte sich aus irgendwelchen Gründen. Darauf drahtliche Anfrage vom Staatssekretariat in Washington bei dem eigenen Vertreter in Panama: „Bericht über Aufstand liegt vor, halten sie uns auf dem laufenden." Der Vertreter telegraphiert zurück: „Noch kein Aufstand, soll noch stattfinden." Einige Stunden später von dem Gleichen das Telegramm an dieselbe Adresse: „Aufstand nachts erfolgt, Regierung kommt heute Nacht zustande." Die neue Regierung übernahm gegenüber Amerika die Verpflichtung, die Kanalzone an Amerika zu übergeben. Damit war der Zweck erreicht. Immerhin gestand Roosevelt in einer öffentlichen Rede in Kalifornien im Jahre 1910: „Ich interessiere mich für den Panamakanal, weil er mir seine Entstehung verdankt. Ich habe mir die Kanalzone einfach verschafft, und das Debattieren dem Parlament überlassen." (Man vergesse dabei nicht, daß es fremdes Eigentum war, was sich Herr Roosevelt verschafft hatte.) Nach dieser Rede entstand ein Sturm in der Öffentlichkeit, da das Dekorum so wenig gewahrt war. Darauf gab Herr Roosevelt die Antwort: „Es ist grundfalsch, sich zu einem Ziel zu bekennen und dabei die einzigsten Mittel abzulehnen, mit denen es erreicht werden kann." Das ist die klare Lehre vom Zweck, der die Mittel heiligt.

Der nächste Fall betrifft San Domingo. Aus militärischen Gründen waren Marinehäfen und Kohlenstationen zum Schutze des Panamakanals notwendig. San Domingo war der geeignete Ort dafür, und diese Häfen hätte man ohne Blutvergießen durch Einigung mit der dortigen Regierung erhalten können. Nun war aber zugleich die Insel San Domingo ein reiches Land. Um dort Fuß zu fassen, kaufte ein amerikanisches Syndikat 1893 die Summe von 170000 £ auf, die eine holländische Gesellschaft der Regierung von San Domingo geliehen hatte mit dem Recht, alle Zölle für den Zinsendienst zu vereinnahmen. 1903 ernannte der Präsident der Republik San Domingo eine einheimische Behörde, die diese Zölle für die Zinsen einziehen sollte. Daraufhin sofort Beschwerde der amerikanischen Gesellschaft an das Staatssekretariat in Washington mit der Bitte um Schutz, da sie selber die Zölle vereinnahmen wolle. Vertrag zwischen San Domingo und Amerika, diese Schuld für 4500000 Dollar zu kaufen. Im Falle der Nichtbezahlung sollte Amerika gewisse Zollämter in Verwaltung nehmen.

Finanzielle Schwierigkeiten hinderten San Domingo an der Bezahlung seiner Schulden. Daraufhin sofort 1905 Übernahme sämtlicher Zollämter und Verwaltung aller Finanzen durch die Vereinigten Staaten unter schweren Bedingungen. Zu gleicher Zeit die Bestimmung im Vertrag: San Domingo muß sich eine Zwangsanleihe von 20 Mill. Dollar zur Tilgung der Staatsschulden gefallen lassen. Sämtliche Staatseinkünfte waren in erster Linie für die Unkosten der Zolleinnahme, Zinsendienst der Obligationen, Bezahlung der jährlich fälligen Tilgungsrate, für Kaufeinlösung und Anullierung der Obligationen bestimmt. Das Übrige wurde großmütig der Regierung von San Domingo überlassen. Genau wie im Versailler-Vertrag und im Dawes-Vertrag wurde eine Frist von 50 Jahren vorerst festgesetzt.

1911 wurde der Präsident von San Domingo erschossen. Der neuernannte Präsident mußte auf Veranlassung der amerikanischen Kommissare abdanken. Darauf revolutionäre Ausbrüche in San Domingo, Besetzung durch amerikanische Marine- und Armeetruppen, wiederum neue zwangsweise Verwaltung durch die Militärregierung der Vereinigten Staaten, erneutes Aufzwingen von weiteren Krediten. 1916 Einrichtung der Militärdiktatur, Entwaffnung der Einheimischen. Die Folge davon „öffentliche Versammlungen wurden nicht geduldet, jedes Haus wurde nach Waffen untersucht, Heimstätten wurden niedergebrannt, Eingeborene getötet, Torturen verübt, Konzentrationslager eingerichtet“. 1921 ist San Domingo durch diese Diktatur gebrochen und unterschreibt nunmehr alles, was man von ihm verlangt. Gutheißung aller Maßnahmen der Militärregierung, Gültigkeitserklärung aller Anleihen usw. Dabei tritt der militärische Kommandant, ein

amerikanischer Marineoffizier, vollständig als Vertreter der Banken Speyer & Co., Equitable Trust, Kuhn, Loeb & Co., National-City-Bank usw. auf. Die Banken befinden sich meistens in jüdischen Händen. Nochmals Versuch San Domingos, sich gegen die unerhörten Zinsen bis zu 19% zu wehren, bis im Jahre 1924 endlich ein Vertrag zwischen San Domingo und den Vereinigten Staaten zustande kommt, der zum Protektorat führt.

Ein noch üblerer Fall ist Haiti. Ab 1804—1915 war Haiti ein souveräner Staat republikanischer Verfassung, mit einer Bevölkerungsziffer von 3 Mill. Menschen, von dem 24 hervorragende amerikanische Juristen folgendes erklärten:

„Haiti neigt gelegentlich zu politischen Unruhen. Trotz dieser Unruhen ist niemals ein amerikanischer Staatsangehöriger dort an seiner Person und seinem Eigentum geschädigt worden. Selbst während revolutionären Aufständen ist keinem Ausländer ein Leid widerfahren. Die Beziehungen Haitis zu anderen Regierungen sind niemals in abfälligem Sinne beurteilt worden. Kapitalanlagen des Auslands wurden allezeit rücksichtsvoll behandelt. Der Zinsendienst wurde stets pünktlich erfüllt. Nie hat Haiti eine feindliche Haltung eingenommen und es hat keine Veranlassung gegeben, daß wir uns in eine solche Angelegenheit einmischten . . .“

1847 versuchten die Vereinigten Staaten sich in den Besitz einiger Häfen zu setzen, 1891 desgleichen, doch ohne Erfolg. Erst mit dem Eintritt der National-City-Bank in Haitis Gebiet wurde es durch die Einmischung des Staatssekretariats eine politische Angelegenheit. Die Nationalbank von Haiti sollte mit Hilfe französischer Banken 1910 umorganisiert werden. Eine sofortige Beschwerde des Staatssekretärs Knox erfolgte, die erklärte, es müßten dabei auch einige amerikanische Banken vertreten sein, trotzdem die Angelegenheiten doch nur Haiti und Frankreich unmittelbar angingen. Haiti gab nach und es beteiligten sich an der neuen Nationalbank der Republik Haiti die amerikanischen Bankfirmen: National-City-Bank, Speyer & Co., Hallgart & Co., Ladenburg, Tahlmann & Co. 1917 erwarb die National-City-Bank alle französischen Anrechte an der Nationalbank Haitis und wurde damit Eigentümerin der Nationalbank. Um die Kapitalanlage der Bank sicherzustellen, wandte sie sich 1914/15 an die Haitische Regierung wegen Übernahme der Zollverwaltung. Der Staatssekretär Bryan unterstützte die Bank in ihren Forderungen dabei. Als Vorwand mußten innere politische Unruhen gelten.

Ein revolutionärer Aufstand in der Nordprovinz wurde von den Vereinigten Staaten dazu benutzt, um dem Präsidenten das Anerbieten zu machen, er könne mit Amerikas Hilfe an der Macht bleiben, falls er ein Übereinkommen unterschreibe, nach dem die Zollverwaltung an die Vereinigten Staaten überginge. Der Präsident wie sein

Nachfolger lehnten das Anerbieten ab. Kurze Zeit darauf landete ein Kontingent Marinetruppen der Vereinigten Staaten in Haiti und beschlagnahmte am hellichten Tage 500 000 Dollar in Gold und überführte sie an Bord eines amerikanischen Kanonenboots. Das Geld wurde nach New York zur National City Bank gebracht, trotzdem es die Golddeckung der Haitischen Regierung für ausgegebenes Papiergeld war. Durch diese Entziehung von barem Geld sollte die Regierung von Haiti gezwungen werden, den Vertrag zu unterschreiben. Eine 1915 ausgebrochene Revolution, bei der keinem Amerikaner oder Ausländer ein Haar gekrümmt wurde, wurde sofort von Amerika benutzt, um wieder erneut Truppen zu landen. Es war die „erwartete Gelegenheit" des Staatssekretariats. Unter dem Druck der Marine-Bajonette wurde von dem Präsidenten nicht nur die Oberaufsicht über Zölle und Finanzen verlangt, sondern auch die Schaffung einer Polizeitruppe, die von Amerikanern befehligt werden müßte. Gleichzeitig wurden die Hauptzollämter besetzt und der Regierung jegliches Geld gesperrt. Die öffentliche Ordnung und Verwaltung lag ganz und gar in den Händen des Staatssekretariats der Marine. Nach der Verfassung Haitis mußte jedoch der Senat jeden Vertrag ratifizieren; doch der Senat widerstand. Darauf beschlagnahmte einer der amerikanischen Admirale auf Weisung von Washington ungezeichnete, für die Regierung Haitis bestimmte Banknoten und erklärte, sie erst nach Ratifizierung des Vertrages herausgeben zu wollen. So wurde am 11. November 1915 der Vertrag ratifiziert. Der Druck der amerikanischen Truppen blieb bis Juni 1918 bestehen, zu welcher Zeit alle Regierungshandlungen der Vereinigten Staaten während der militärischen Besetzung als zu Recht bestehend bestätigt wurden.

In Wahrheit war die National-City-Bank die Regierung Haitis. Wie nötig die Ratifizierung des Vertrages war, geht daraus hervor, daß 3250 so gut wie unbewaffnete Haitier durch Marinesoldaten oder Angehörige der Gendarmerietruppe getötet wurden. Die Besatzungstruppen ergriffen Männer, wo sie sie nur trafen, um sie zum Baudienst in Haiti an öffentlichen Wegen zu zwingen. Kein Bewohner Haitis war vor solchen Überfällen sicher, die eine große Ähnlichkeit mit afrikanischen Sklavenjagden vergangener Jahrhunderte hatten. Aus dem Schoße der Familie, aus kleinen Bauernhäusern, oder wenn sie friedlich auf der Landstraße wanderten, wurden die Bewohner ergriffen und für Monate durch Gewalt in entlegene Teile verschleppt. Wer sich auflehnte oder Widerstand leistete, wurde geprügelt, bis er sich fügte; wer den Versuch machte, zu fliehen, wurde erschossen. Man kann wohl behaupten, daß das die reine Sklaverei war unter Führung der Vereinigten Staaten, der Staaten der Gerechtigkeit und Freiheit. Unter einem gebildeten Haitier, namens Charlemagne Perald, der gezwungen war, in Sträf-

lingskleidern auf den Straßen von Cap Haitien zu arbeiten, kam es zu einem kurzen Aufstande. Während er friedlich an seinem Lagerfeuer stand, wurde er kalten Blutes aus dem Dunkeln von einem amerikanischen Marineoffizier niedergeschossen. .

Der Bericht eines Amerikaners (1920) lautet:

„Falls die Vereinigten Staaten heute die Insel verließen, würden sie dort mehr als 1000 Witwen und Waisen auf dem Gewissen haben, Haß, Groll und Verzweiflung im Herzen eines ganzen Volkes und ein Banditenwesen hinter sich zurücklassen, schlimmer als es ein Jahrhundert früher bestanden hat; gar nicht zu erwähnen den nicht wieder gut zu machenden Schaden, den die Vereinigten Staaten dem eigenen Namen als Beschützer der Menschenrechte zugefügt haben."

Nicht zufrieden damit, verstärkte die National-City-Bank ihren Würgegriff an der Kehle der kleinen Republik zusehends. Immer neue Anleihen wurden aufgezwungen, bis über 40 Mill. Dollar der kleinen Republik aufgepackt waren und schließlich 1924 Haiti vollkommen übergeschluckt wurde. Es ist unmöglich, hier die einzelnen Schritte zu verfolgen.

Man wird sich nach allen diesen Vorkommnissen fragen: wie ist es möglich und wie kommt die amerikanische Regierung dazu, sich in eine derartige Abhängigkeit von den Banken zu begeben? Alles hat seine Vorgeschichte! Die Gründe allgemeiner Natur sind einmal die allgemeine Einstellung des Landes gegenüber dem Geldverdienen und zweitens vielfach die persönliche Abhängigkeit der Präsidenten der Vereinigten Staaten von dem Kapital ihres Landes. Es ist dabei gleichgültig, wie der Präsident heißt und als Vertreter welcher Partei er auftritt; die Art der äußeren Politik ist unter den verschiedensten Präsidenten, ob sie Roosevelt oder Wilson heißen, die gleiche rücksichtslose, imperialistische und machtbewußte und wird motiviert mit den verlogensten Gründen.

Von Zeit zu Zeit lassen die Banken die Regierung ihre Macht fühlen, und halten sie in dem Gefühl der Abhängigkeit. Ein Beispiel für viele: Im Jahre 1895 trat wieder einmal die periodisch wiederkehrende Zahlungsschwierigkeit des amerikanischen Schatzamtes bei Zahlungen an Europa ein. Das Schatzamt hatte noch Silberwährung, während schon in Europa die Goldwährung allgemein herrschte und die auf Amerika von europäischen Staaten gezogenen Wechsel natürlich auch auf Gold lauteten. An bestimmten Terminen häuften sich die Schuldzahlungen in Gold. Da keine genügende Reserve davon vorhanden war, traten diese Zahlungsschwierigkeiten von Zeit zu Zeit ein. Ein amerikanisches Bankkonsortium unter John Pierpont Morgan tritt an die Regierung heran und bietet Cleveland und dem Parlament die Vermittlung einer Auslandsanleihe zu ziemlich schweren Bedingungen an. Fremdes Geld hereinzunehmen erscheint den

amerikanischen Banken vorsichtiger wie die Hergabe von eigenen Mitteln. Um die Schwierigkeiten des Schatzamtes zu erhöhen, hatte Morgan wohlweislich vorher möglichst viel Gold aufgekauft.

Cleveland und das Parlament lehnten dieses Angebot ab, da sie lieber im Inland Anleihen auflegen wollten. Morgan kaufte unter der Hand Goldschatzwechsel in sehr hoher Summe auf und präsentierte sie zur sofortigen Zahlung. (Ähnlich machte er es einmal der Londoner Staatsbank gegenüber durch Aufkauf von Banknoten und verlangte die Auszahlung in Gold.) Dadurch war die Gefahr des Bankrotts für das Schatzamt in fühlbare Nähe gerückt.

Unter diesem finanziellen Druck erklärten sich nunmehr Cleveland und das Parlament bereit, Morgan und seinen Banken die Anleihe zu übergeben. Die aufgelegte Auslandsanleihe von 62 Mill. Dollar war schnell gezeichnet, doch bis zum Hereinkommen des Geldes dauerte es einige Zeit und ein Zwischenkredit war notwendig. An diesem Zwischenkredit, sowie an der sehr hohen Provision verdiente Morgan mehrere Millionen Dollar und hatte zu gleicher Zeit der Regierung seine Macht gezeigt.

Das zeigt deutlich, wie machtlos die Regierung gegenüber den großen Geldmagnaten ist und wie diese skrupellos es verstehen, sie in Abhängigkeit zu halten.

Andererseits wäscht aber auch eine Hand die andere. Die Regierungsmitglieder haben oft genug persönlich recht erhebliche Vorteile durch diese Bindungen. Das haben Prozesse wiederholt bewiesen, in letzter Zeit erst wieder die höchst angreifbare Stellung des früheren Staatssekretärs Mellon auf Seiten des großen Ölschiebers und Staatsbetrügers Sinclair und des Dohenykonzerns.

(*Fortsetzung folgt.*)

Alois Robert Böhm:

WELTWIRTSCHAFT UND WELTLUFTPOLITIK IV

Die Luftpolitik der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken

So schwierig es ist, für die über die ganze Welt zerstreuten britischen Gebiete ein einheitliches großes luftpolitisches Programm auszuarbeiten, bei dessen Durchführung wegen der naturbedingten geographischen Hindernisse einschränkende Zugeständnisse gemacht werden müssen, so verhältnismäßig einfach ist die Aufstellung eines luftpolitischen Programms für den massierten Landkomplex der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken. Der Zusammenhalt dieser Staatenblocks, der schon durch die Überlieferung einen inneren Halt besitzt, und der durch eine gewiße Gleichartigkeit der Lebensformen eine Gemeinsamkeit schafft,

die über die Grenzen der einzelnen föderativen Staatengebilde hinwegreicht, wird noch durch die Kraft der Idee, die in dem staatlichen Aufbau der einzelnen Glieder ihren Ausdruck findet, verstärkt.

Abgesehen von dieser Tatsache weicht die Voraussetzung für eine russische Luftpolitik gegen die Grundbedeutungen der Luftpolitik aller anderen europäischen Staaten so vollständig ab, daß man Ziele und Methoden der luftpolitischen Äußerungen der Sowjet-Union nicht gut mit denen der anderen europäischen Staaten vergleichen kann. Neben der räumlichen Geschlossenheit dieses eurasischen Staatengebildes, die eine weitgehende Verwendung des Flugzeuges ausschließlich über eigenes Territorium gestattet und damit die Verbindung aller peripհären Punkte seines Gebietes untereinander und mit den Zentren dadurch erleichtert, daß keinerlei zwischenstaatliche Abmachungen getroffen und diese Luftlinien aus der Sphäre uneingeschränkter Eigenhoheit herausgerückt werden, genießt Rußland noch den Vorteil seiner Unverletzlichkeit gegen Luftangriffe. Während das übrige Europa mit dem Aneinanderreihen von Industriegebieten und Besiedlungszentren bei jeder Art von Luftangriffen Erfolg verspricht, weil es ja im gegebenen Fall nicht darauf ankommt, gerade eine bestimmte Fabrikanlage oder eine bestimmte Stadt zu vernichten und jedes derartige Ziel den Zweck des Angriffes entspricht, ist Rußland schon vermöge der Verteilung seiner Industriestätten und Großsiedlungen so im Vorteil, daß es Luftangriffe kaum zu fürchten braucht.

Dazu kommt noch, daß bei dem heutigen technischen Stand des Flugzeuges die russischen Orte, deren Zerstörung durch Luftangriffe irgendwie bestimmend auf den Ausgang einer kriegerischen Aktion einwirken könnten außerhalb des Bereiches der Bombenflugzeuge liegen, die man in Mittel- und Westeuropa für diese Zwecke einsetzen könnte. Damit hat Rußland gegen den Westen auch vom luftpolitischen Standpunkt aus freie Hand und es verbessert seine luftpolitische Situation noch dadurch, daß es durch sein Verhältnis zu den Randstaaten einen Sicherheitsgürtel schafft, der die eventuelle Aufmarschzone eines Luftangriffes gegen Rußland um einige hundert Kilometer von den in Frage kommenden Luftangriffszielen in der Sowjet-Union abrückt. Die Gefahrzone, mit der eine russische Politik rechnen muß, wenn sie die luftpolitischen Möglichkeiten mit in Erwägung zieht, liegt an der Südgrenze der Sowjet-Union.

Noch lange bevor man in den meisten europäischen Staaten die große Bedeutung erkannt hat, die luftpolitischen Momenten in der gesamten Politik eines Staatswesen zukommt, haben die Führer der Sowjetpolitik durch Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu der Türkei, zu Persien und Afghanistan ihre

luftpolitischen Erkenntnisse praktisch für ihr Land verwertet. Sie haben rechtzeitig genug erkannt, daß England bemüht ist, vom Irak aus durch luftpolitisches Druckmaterial auf die russische Gesamtpolitik zu wirken, und sie haben diesen Schachzug Englands auch sofort mit dem notwendigen Gegenzug beantwortet, ja, sie sind darüber hinaus zu einer Aktivität übergegangen, die die englische Politik im nahen und mittleren Osten vor neue Aufgaben stellt. Die leichte Verletzlichkeit des russischen Erdölgebietes, das eine der Hauptkraftwellen der russischen Wirtschaft ist, und die Lage des Donezgebietes haben der russischen Außenpolitik im nahen und mittleren Osten die von ihr eingeschlagene Richtung gewiesen.

Für die südlichen Nachbarn Rußlands im fernen Osten, die einen Aufmarsch von Rußland ernstlich bedrohenden Luftstreitkräften nicht gestatten, ist eine so weitreichende Beeinflussung der russischen Gesamtpolitik durch luftpolitische Erkenntnisse nicht feststellbar. Wohl aber hat die Sowjet-Union durch Einzel- und Geschwaderflüge nach dem fernen Osten über die Grenze des eigenen Staatsgebietes hinweg bei seinen Nachbarn einen starken und nachhaltigen Eindruck von dem Stande der Sowjet-Luftfahrt geweckt.

Diese Möglichkeit, direkt nach China und bis an die Westküste des nördlichen Pazifik vorzustoßen, ist ein Aktivum, das die russische Fern-Ost-Politik auch voll zu werten versteht. Während die anderen europäischen Staaten, soweit sie an den Fernostfragen direkt interessiert sind, ihre Flugzeuge — seien es Kriegs- oder Verkehrsmaschinen — erst aus Europa heranschaffen müssen und ihre Stützpunkte besonderer Ausgestaltung und Pflege bedürfen, während die Vereinigten Staaten von Amerika den Pazifischen Ozean in seiner ganzen Breite zu überwinden hätten — eine Anforderung, der die heutigen Fluggeschwader noch keineswegs gewachsen sind — kann Rußland aus seinen Produktionsstätten und Luftfahrtzentren seine Geschwader ohne jede fremde Behinderung auf dem kürzesten und sichersten Weg nach dem fernen Osten in Marsch setzen. Bei einer Abschätzung der Kraftverhältnisse im Stillen Ozean muß man sich dieser Tatsache ebenso bewußt sein, wie bei einer Betrachtung der innerchinesischen Zustände und der Momente, die zu einer Stabilisierung Chinas führen könnten.

Diese durch die Luftfahrt gegebene Möglichkeit für Rußland stärker und nachdrücklicher, als dies vor der Einführung des Flugzeuges der Fall war, aktiv auf die politische Gestaltung des fernen Ostens Einfluß zu nehmen, ist auch ausschlaggebend für die Beziehungen zwischen Japan und Rußland, die damit eine grundlegende Wandlung erfahren mußten.

Wenn man die luftpolitische Gesamtsituation Rußlands überblickt, so kommt man unwillkürlich zu der Ansicht, daß gerade für Rußland die Luftfahrt eine

Aktivierung und Befruchtung der Außenpolitik mit sich gebracht hat, wie kaum für irgendeine andere Großmacht der Erde. Es ist daher durchaus verständlich, daß die Führer Sowjet-Rußlands der Entwicklung ihrer zivilen und militärischen Luftfahrt das größte Augenmerk zuwenden und die Entwicklung des russischen Flugwesens die Entwicklung anderer russischer Verkehrsmittel weit überholt hat.

Für den russischen Staatsmann ist das Flugzeug nicht nur das Mittel, das ihm eine aktive außenpolitische Betätigung erleichtert und seinen politischen Entschlüssen den stärksten Nachdruck zu verleihen vermag, es ist für ihn auch ein innerpolitisch notwendiges Machtmittel geworden.

Die ungeheuren Entfernungen, die der Landkoloß Rußland aufweist, und die es damit zu einem so schwer beweglichen Organismus machen, können durch das Flugzeug überwunden werden. Die Schnelligkeit, mit der das Flugzeug die russischen Entfernungen durchmißt, die Möglichkeit, z. B. in kaum zwei Tagen von Moskau bis Wladiwostok zu gelangen, sind für die innerstaatliche Organisation der Sowjet-Union besonders bedeutungsvoll, weil unter der zusammenziehenden Wirkung eines Luftverkehrsnetzes die Lockerung des russischen Reichsgefüges, durch die Schaffung einer Staaten-Union, wieder kompensiert wird.

Der russische Luftverkehr hat gerade wegen der großen Entfernungen des Landes, und wegen des ungenügenden Eisenbahn- und Straßennetzes auch neben der politischen Bedeutung als zusammenfassendes und vereinheitlichendes Moment eine wirtschaftliche Bedeutung, die über seine wirtschaftliche Bedeutung etwa im übrigen Europa weit hinaus geht. In Rußland sind auf den Strecken des Luftverkehrs, um nur ein Beispiel zu nennen, zwischen Moskau und Baku die Vorteile, die die Beförderung von Fluggästen, von Post oder hochwertigen Waren bietet, so groß, daß das Flugzeug hier eigenwirtschaftlich zu arbeiten vermag und ein wirtschaftlicher Ausbau eines russischen Luftverkehrs ohne Staatssubventionen, besonders auch nach dem fernen Osten, möglich ist.

Daß die Linienführung des bereits bestehenden russischen Luftverkehrs neben den wirtschaftlichen Zwecken, denen er dienen soll, auch den politischen Interessen, die bei seiner Errichtung mitbestimmend waren, Rechnung trägt, zeigt schon die stärkere Ausbildung des russischen Luftverkehrs in der Ukraine und seine Führung bis an die persische Grenze bei Pahlevi.

Der Machtfaktor, den Rußland durch die Ausgestaltung seiner Luftfahrt besitzt und den es im Interesse seiner Politik zu nützen weiß, wäre nicht erschöpfend dargestellt, wollte man nicht auch der Tatsache Erwähnung tun, daß den Vorteil der Unverletzlichkeit Rußlands gegen Luftangriffe nicht auch ein gleicher Vorteil des übrigen Europa entgegengesetzt werden kann, denn dankbare An-

griffsziele für eine russische Aktion liegen in deren Bereich und an diesen, Rußland so sehr in Vorteil setzenden Unterschied darf nicht vergessen werden.

Amerika

Wenn man die luftpolitische Situation des amerikanischen Festlandes und der westindischen Inselgruppen betrachten will, so darf man die sonst allgemein übliche Dreiteilung Amerikas in Nord-, Mittel- und Südamerika nur bedingt vornehmen, weil die umfassende Einstellung der Luftpolitik die einheitliche Betrachtung des Gesamtkontinents erfordert. Dieser Kontinent, der vom nördlichen Eismeer bis an die Grenze der südlichen Antarktis reicht, weist in seiner Struktur schon durch die Verschiedenheiten der Klimazonen, über die er sich erstreckt, schroffe Gegensätze auf, die zu einer durch die ethnographische Verschiedenheit der Bevölkerung weiter verstärkten Nord-Süd-Spannung führen. Neben diesem Auseinanderstreben in meridionaler Richtung bekommt das Gefüge des amerikanischen Kontinents auch dadurch eine besondere Note, daß die Sphären des pazifischen und des atlantischen Lebensraumes über seine Küsten hinwegreichen und bei der stellenweise geringen Breite des amerikanischen Festlandes aufeinanderprallen.

Trotz der größeren Geschlossenheit und Stetigkeit der amerikanischen Westküste ist der pazifische Einfluß in Amerika, ganz besonders im Süden des Erdteiles, geringer, als es dieser Gliederung entsprechen würde. Das hat seinen Grund wohl in erster Linie darin, daß die hohen Gebirgsketten im Westen nur ganz schmale Küstenstriche freilassen und den westlichen Teil des nord- und südamerikanischen Festlandes durch verkehrsmäßig nur schwer überwindliche Bergketten vom Stillen Ozean trennen.

Diese horizontale und vertikale Gliederung war für die staatliche und wirtschaftliche Entwicklung des amerikanischen Kontinents bestimmend, und sie war richtunggebend für seine politische Einstellung.

Die große Kraft, die der pazifische Lebensraum mit seinen übervölkerten asiatischen Küstenzonen besonders gegen Nordamerika ausstrahlt, hat Hand in Hand mit der Verkehrserschließung des amerikanischen Westens zu einer Schwerpunktswanderung im nördlichen Teil des amerikanischen Kontinents geführt. Diese Wanderung in südwestlicher Richtung wird durch klimatische und wirtschaftliche Voraussetzungen gefördert, was in der Folge zu einem stärkeren Überschneiden pazifischer und atlantischer Einflußsphären im Herzen der Vereinigten Staaten von Amerika führt, während das verkehrsunerschlossenere und gerade im Westen minder dicht besiedelte Kanada von diesem Aufeinandertreffen zweier Lebensräume noch nicht in dem Ausmaße betroffen wird.

Das Gleichgewichtssystem des amerikanischen Erdteils hat nun durch die Einführung des Flugzeuges und durch die Errichtung von regelmäßigen Luftverkehrslinien eine Störung erfahren, die sich in der politischen Einstellung der amerikanischen Staaten zueinander und in ihrer Einstellung zu der gesamten Weltpolitik, in erster Linie zu der pazifischen Politik, auswirken mußte. Die Umwertung bisher feststehender politischer Begriffe durch das Erfassen luftpolitischer Erkenntnisse hat auch der Politik Amerikas in den letzten Jahren ihr besonderes Gepräge gegeben.

Die Vereinigten Staaten von Amerika

Es ist hier schon davon gesprochen worden, daß die Wanderung des wirtschaftlichen Schwerpunktes der nordamerikanischen Union zu einem schärferen Aufeinandertreffen pazifisch und atlantisch bedingter Machtkreise führen mußte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat gerade dem Problem der westlichen Unionsteile ein ganz besonderes Augenmerk zugewendet. Sie hat dabei das Verständnis der Gesamtbevölkerung gefunden, die in ihrer mehr atlantischen Einstellung instinktiv die Bedeutung der Gefahren erkennt, die der starke Expansionstrieb des pazifischen Lebensraumes für ihren Staat bedeutet.

Eine innige Verbindung der amerikanischen Weststaaten mit den Oststaaten und dem Sitze der Zentralregierung erscheint auch hier als bestes Schutzmittel und als aussichtsreichste Abwehrmaßnahme. Bei dem hochentwickelten amerikanischen Eisenbahn- und Straßenbahnverkehrswesen war die weitere Verknüpfung des Westens mit dem Osten durch Luftlinien, die nach Art des Luftdienstes auf anderen Kontinenten arbeiteten, nicht genügend wirksam. Hier konnte das Flugzeug nur seine volle politische und wirtschaftliche Bedeutung zur Geltung bringen, wenn es den im Tagesflug über die anderen Verkehrsmittel errungenen Vorsprung nicht in der Nacht wieder aufgeben mußte. Es zeugt für den Weitblick und die Zielbewußtheit der amerikanischen Staatsmänner, daß die erste große amerikanische Luftverkehrslinie New York—San Franzisko sofort als Tages- und Nachtstrecke eingerichtet wurde und zwar 1919—1924 als Tagesstrecke für Flugzeuge und als Nachtstrecke für die Eisenbahn und seit 1924 als Flug Tag- und Nachtstrecke. Dieser Transkontinentalluftdienst brachte die atlantische Küste auf eine Tages- und Nachtentfernung von der Küste des Großen Ozeans. Sie wurde damit zu einem neuen Rückgrat innerstaatlichen Zusammenhaltes und — was bei dem praktisch wirtschaftlichen Sinn des Nordamerikaners von ganz besonderer Wichtigkeit ist — auch zu einem wirtschaftlich bedeutungsvollen Beförderungsmittel.

Als im Jahre 1927 die amerikanische Postverwaltung, die diese Tages- und Nachtstrecke New York—San Franzisko eingerichtet und jahrelang in Betrieb ge-

halten hatte, sie im Vorjahre in Teilstrecken an zwei private Unternehmungen übergab, war jede dieser Teilstrecken ein eigenwirtschaftlicher Betrieb, der allein durch die Menge der zu befördernden Poststücke die Garantie für seinen Bestand besaß. Diese Strecke, die heute seit nahezu fünf Jahren in regelmäßigem Verkehr steht, hat sich, wie schon aus ihren Jahresleistungen zu ersehen ist, einen wichtigen Platz im amerikanischen Wirtschaftsleben erobert, was ihre politische Bedeutung wieder wesentlich steigert.

Die Schwierigkeiten, die bei Errichtung dieser Strecke zu überwinden waren, sind nicht gering gewesen, denn die Kosten einer Nachtkennungsanlage von 4500 km Länge waren sogar für amerikanische Verhältnisse beträchtlich. War es doch bei dem damaligen Stand des Flugwesens notwendig, alle 150 km einen Notlandeplatz vorzusehen und einzurichten und die zum Teil über schwierigstes Gebirgsgelände und dichte Waldungen führende Linie durch wirksame Bodenbefeuerung in Abständen von 30 bis 40 km zu markieren. Diese Ausgaben für die zivile Luftfahrt wurden noch dadurch vervielfacht, daß, über das ganze Gebiet der Union zerstreut, Flughäfen ausgebaut und eingerichtet wurden und eine Wetterdienstorganisation geschaffen wurde, die die meteorologische Vorbedingung für die Aufrechterhaltung und Sicherung eines regelmäßigen Verkehrs ist.

Die Bewilligung dieser Mittel wurde nur dadurch möglich, daß man das amerikanische Volk selbst zum größten Verständnis für die Luftfahrtfragen erzog.

Daß die großen transkontinentalen innerstaatlichen Luftverkehrspläne zeitlich mit den Vorbereitungen eines amerikanischen Weltrundfluges zusammenfielen, hat mehr als zufällige Bedeutung. Die Vorbereitung dieses amerikanischen Rundfluges, der im Frühjahr 1924 seinen Anfang nahm, geschah mit einer Umsicht und Großzügigkeit, die auch wieder beweist, welche innen- und außenpolitische Bedeutung die Regierung der Vereinigten Staaten dem Gelingen dieses ersten Weltrundfluges zuschrieb, dessen Geschwader an allen wichtigen Stützpunkten Asiens, Europas, Grönlands und Nordamerikas wohl ausgerüstete Ersatzteillager, Brennstoffdepots und Ersatzmotoren vorfand.

Die erste Etappe nach Verlassen des amerikanischen Kontinents führte über die Aleuten und Kurilen nach Tokio. Das Eintreffen des amerikanischen Weltrundfluggeschwaders in Tokio — es waren drei der ursprünglich gestarteten vier Flugzeuge nach Japan gekommen — war für die amerikanische Presse das Signal zu einer großen luftpolitischen Propaganda, und in dicken Schlagzeilen konnte man in jenen Tagen lesen, der amerikanische Bürger möge nie vergessen, daß das, was heute drei amerikanischen Flugzeugen gelungen wäre, morgen Tausenden von asiatischen Flugzeugen gelingen könne.

Man sieht aus diesen Presseäußerungen, in denen die Erfahrungen der ersten Etappe des amerikanischen Weltrundfluges der breiten Öffentlichkeit übermittelt wurden, wie hochpolitisch man in Amerika die Bedeutung des Flugzeuges schon Anfang 1924 einschätzte, als nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern überhaupt auf der Erde der Luftverkehr noch in seinem Anfangsstadium war, wenn sie in Fassung und Form auch nicht ganz der Absicht des Weißen Hauses entsprochen haben dürften.

Dieser immer wiederkehrende unbewußte Hinweis der amerikanischen Presse gerade auf die Zivilluftfahrt ist symptomatisch für deren Entwicklung in der Union, denn gerade der amerikanischen Presse wird nachgerühmt, immer das in richtiger Form und im richtigen Augenblick auszusprechen, was der öffentlichen Meinung entspricht und was ihr Leserkreis hören will. Mehr als in anderen Staaten ist die Presse in Nordamerika Meinungsausdruck und meinungsbildend. Die amerikanische Presse, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, den amerikanischen Bürger „airminded" zu machen, hat ihr Ziel erreicht. Sie hat die Stimmung geschaffen, aus der die Ozeanflüge Lindberghs, Chamberlins und Byrds geboren wurden, die Europa zeigten, daß die Flugzeug- und Motortechnik der amerikanischen Luftfahrt hinter der Europas nicht zurücksteht. Sie hat die Honoluluflüge inspiriert, die weit mehr als die Transatlantikflüge gegenüber Europa den Anrainern des Pazifik das Zeichen dafür sein sollte, daß die amerikanische Luftfahrt zur Wahrung amerikanischer Interessen in der Lage ist, auch so isolierte Gebiete, wie es die Hawaiinseln sind, zu erreichen.

Mit dem innerstaatlichen atlantischen und pazifischen Problem der amerikanischen Politik ist der Kreis noch nicht geschlossen, in dem die Luftfahrtpolitik für den amerikanischen Staatsmann von Wichtigkeit ist. Man ist in gewissen Kreisen des Weißen Hauses der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung der Monroedoktrin grundsätzlich mit der Luftfahrtpolitik in den amerikanischen Staaten, die der Union nicht angehören, zusammenhängt.

Mit der ganzen Kraft ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit haben die Vereinigten Staaten bald nach Kriegsende versucht, in der Luftfahrt der süd- und mittelamerikanischen Staaten Fuß zu fassen. Daß alle diese Versuche mehr oder minder rasch gescheitert sind, hat seinen Grund vor allem in den zu bewußten und durchsichtigen Methoden, mit denen diese Expansionspolitik betrieben wurde, wozu noch eine gewisse Unzulänglichkeit des fliegenden Materials im Vergleich zu europäischen — besonders deutschen — Verkehrsflugzeugen kam. Unbeirrt durch diese Mißerfolge haben die Vereinigten Staaten aber ein wachsames Auge über Lateinamerika gehalten, und die amerikanischen Geschwaderflüge nach Südamerika,

benso wie der Flug Lindberghs sind politische Spazierflüge mit ganz bestimmter Ab-
cht. Daß neben diesen politischen Zwecken auch wirtschaftliche Interessen gewahrt
erden können, macht derartige Unternehmungen der amerikanischen Öffentlich-
eit nur sympathischer, und nichts kennzeichnet diese Auffassung besser als die
atsache, daß die amerikanischen Zeitungen Lindbergh als den besten Geschäfts-
eisenden bezeichneten, den die Vereinigten Staaten jemals ausgesandt hätten.

Die durch derartige Flüge geschaffene Atmosphäre auszunutzen und den Ver-
inigten Staaten luftpolitisch die Hegemonie auch in aller Form zu sichern, zu
er sie sich auf Grund ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit berechtigt glaubten,
llte die panamerikanische Konferenz in Habana dienen.

Die Vorbesprechungen, die über luftpolitische Fragen in Washington gepflogen
urden, haben den Vertretern Lateinamerikas gezeigt, was die Vereinigten Staaten
n luftpolitischer Hinsicht von der Konferenz in Habana erwarten: nämlich ein
olles einseitig legal-fixiertes Privilegium für die Vereinigten Staaten, seine Luft-
erkehrsstrecken nach eigenem Wollen und Ermessen über den ganzen Kontinent
uszudehnen, ohne dabei auf Wünsche und Bedürfnisse der anderen amerikani-
chen Staaten Rücksicht nehmen zu müssen. Da aber gerade die Luftverkehrs-
ragen in der Panamakanalzone für die mittelamerikanischen Staaten und die
taaten der Bolivarunion lebenswichtig sind, so brachte diese Vorbesprechung in
Vashington eine große Enttäuschung. In Habana wurden nur die Punkte des
anamerikanischen Luftfahrtabkommens angenommen, die den Grundsatz der
leichberechtigung aller Staaten zur Voraussetzung haben und die ein den euro-
äischen Abmachungen entsprechendes gegenseitiges Verhältnis vorsehen. Daß die
ereinigten Staaten in Habana eine schwere Schlappe erlitten haben, die das
uftpolitische Konzept ihrer Lateinamerikapolitik umstieß, ist neben dem Miß-
rauen derartiger Anträge der Vereinigten Staaten, sei es auf welchem Gebiete
mmer, bei den Lateinamerikanern auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß
ich in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten ganz unabhängig vom ameri-
anischen Kapital und amerikanischer Technik voll befriedigende Luftverkehrs-
inien entwickelt hatten, die über den Rahmen der von ihnen berührten Staaten
uch in anderen lateinamerikanischen Republiken das Interesse und Verständnis
ür den Luftverkehrsdienst zu wecken vermochten.

Erst das Abkommen von Habana brachte den lateinamerikanischen Repu-
liken zum Bewußtsein, wie groß ihre luftpolitische Bedeutung, ganz unabhängig
on ihrer wirtschaftlichen Stärke zu werten ist.

Der Postkontrakt, durch den die amerikanische Regierung der nordameri-
anischen Gesellschaft „Panamerican Airways" einen Luftverkehrsdienst von

Kay West zur Kanalzone sichern will und der auf dieser nahezu 3000 km langen Strecke eine Postsubvention von $ 2.— für die geflogene Meile vorsieht, hat aber noch nicht genügt, um auch tatsächlich den regelmäßigen Verkehr ins Leben zu rufen, weil auf der Strecke, die über Habana (Kuba), Merida (Mexiko), Belize (Britisch-Honduras), Tegucigalpa (Republik Honduras), Managua (Nikaragua) San José (Costarica) und Christobal (Kanalzone) führt, die Einwilligung aller zu überfliegenden Staaten eingeholt werden muß.

Es ist nun interessant, daß diese Linie, die günstiger über Guatemala und Salvador geführt würde, auf das Überfliegen dieser beiden Staaten verzichten mußte, die keine Durchflugsgenehmigung gaben, und daß nunmehr sehr langwierige Verhandlungen mit England wegen des Überfliegens von Britisch-Honduras gepflogen werden müssen.

Schon jetzt treffen im westindischen Verkehrsgebiet nordamerikanische und englische Interessenkreise aufeinander, die sich noch viel kräftiger berühren werden, wenn das Programm einer Flugverbindung über die Großen und Kleinen Antillen und Trinidad nach dem Orinocogebiete zur Verwirklichung kommt. Ob Amerika genügend Kompensationen für das Anfliegen englischer Hoheitszonen zu geben vermag, erscheint zunächst noch zweifelhaft, und das ist wohl auch der Grund dafür, daß vorläufig die Verhandlungen noch keinen positiven Abschluß fanden.

Wie schon so oft in letzter Zeit, wird auch in dieser Frage dank der freundschaftlichen Verbindungen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten ein Ausweg gefunden werden. Welch großen Wert die Vereinigten Staaten auch auf die Luftverbindung mit Kanada legen, zeigt der Umstand, daß die „Canadian Colonial Airways" in New York für den Dienst von New York über Albany nach Montreal eine Postsubvention von 96 Cents für die Meile bekommen und die Kanadische Regierung den Gegendienst Montreal New York subventioniert.

Sowohl diese kanadischen Postlinien als auch die „Panamerican Airways" haben Postkontrakte erst im Sommer 1928 abgeschlossen. Damit haben die Vereinigten Staaten ihren Luftverkehr zunächst nach Norden bis Montreal und nach Süden bis an die Kanalzone vorgetrieben. Wann der regelmäßige Dienst nach Hawai und von da weiter nach den Philippinen, Melanesien und Australien folgen wird, wann der wirtschaftlich so aussichtsreiche Postverkehr über den Atlantischen Ozean nach Europa eingerichtet wird, ist eine Frage, die von der technischen Entwicklung des Flugwesens abhängt.

Die vorbereitenden Aufklärflüge sind durchgeführt, ein Kernverkehr, der zum Ausgangspunkt dieser Linien werden kann, ist in Tätigkeit gesetzt, und die ameri-

kanische Politik zeigt sich auf allen Gebieten bemüht, ihre luftpolitischen Aktiva zu stärken und — wie man sieht — luftpolitischen Möglichkeiten Rechnung zu tragen, soweit der heutige Stand der Technik es irgendwie erlaubt.

Weshalb die amerikanische Luftpolitik für den ganzen Kontinent nicht in dem Ausmaße bestimmend und richtunggebend ist, wie es dem amerikanischen Staatsmann wünschenswert erscheint, soll bei Betrachtung der lateinamerikanischen Verhältnisse erläutert werden. Die rasche Entwicklung der amerikanischen Flugzeugindustrie und die sich ständig steigernde Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes für Flugzeuge ist ein keineswegs zu übersehendes Moment luftpolitischer Aktivität der Vereinigten Staaten von Amerika.

Mittelamerika

Stand schon vor Einführung des Flugzeuges Mexiko infolge seiner geographischen Lage in einer gewissen Abhängigkeit von den politisch gefestigten und wohlfundierten Vereinigten Staaten, so hat sich dieses Verhältnis mit zunehmender Investierung amerikanischen Kapitals in den mexikanischen Erdölgebieten und dank der innerpolitischen Wirrnisse noch weiter zugunsten der Vereinigten Staaten entwickelt. Die aus dieser inneren Schwäche resultierende Ohnmacht der Außenpolitik hat es Mexiko bisher nicht gestattet, von seiner an sich günstigen Situation als Brückenglied zwischen den Vereinigten Staaten und der Panamakanalzone Nutzen zu ziehen, ja, es war Mexiko bisher noch nicht einmal möglich, trotz der idealen Disposition des Landes für einen wirtschaftlich arbeitenden Luftverkehr eigene Luftverkehrslinien aufzuziehen. Da aus nationalen Motiven nordamerikanische Gründungen nicht in Frage kamen, und andere Interessentengruppen, die nur wirtschaftlich und nicht politisch an der Errichtung derartiger Linien interessiert wären, infolge der innerpolitischen Verhältnisse das Risiko nicht tragen können, war Mexiko bisher zu vollster luftpolitischer Untätigkeit gezwungen. Wenn jetzt den „Panamerican Airways“ der Durchflug durch Mexiko gestattet wird, und man auch eine Linie von Texas nach Mexiko vorbereitet, so ist das zunächst eine einseitige nordamerikanische Angelegenheit, schon aus dem Grunde, weil nach dem heutigen Stande der Dinge Mexiko rein technisch nicht in der Lage wäre, einen Luftverkehrsdienst einzurichten.

Daß Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costarica ebensowenig wie die Republiken Kuba, Haiti und San Domingo aktive Luftpolitik treiben können, ist mit Rücksicht auf ihr wirtschaftliches und technisches Niveau verständlich. Immerhin haben sie durch das Abkommen von Habana so viel Aktionsfreiheit erlangt, daß sie auf dem Gebiete der Luftfahrt, mehr als dies wohl auf

irgendeinem anderen Gebiete möglich wäre, den Absichten der Vereinigten Staaten entgegentreten können.

Jede luftpolitische Aspiration anderer, die Panamakanalzone zum Ausgangs- oder Endpunkt einer Luftverkehrslinie zu machen oder dieses Gebiet zu überfliegen, findet den schärfsten Widerspruch der Vereinigten Staaten, die damit die Luftverbindung zwischen Nord- und Südamerika durch nichtamerikanische Gruppen auf den Antillenweg ablenken und so diese Verbindung ganz gegen ihr eigenes Interesse in die englische Interessenssphäre verschieben.

Gerhart Bartsch:

DIE NATIONALE BEWEGUNG IM ORIENT

Seit dem denkwürdigen 23. April 1920, an dem sich unter der Führung Mustafa Kemals die türkische Nationalversammlung in Angora konstituierte, um den Kampf gegen den Vertrag von Sèvres auch offiziell aufzunehmen, fand die nationale Bewegung in den vorderasiatischen Ländern, im Verein mit den Ereignissen in Ostasien, auch in Europa stärkere Beachtung. Bücher mit Titeln wie: „Die Empörung Asiens", „Im neuen Anatolien", „Aufstand in der Wüste" u. ä. wurden häufiger und bezeugten ein verstärktes Interesse für den Orient. Man mußte erkennen, daß der Orient nicht mehr schläft, sondern in einem tiefgreifenden Umwandlungsprozeß begriffen ist. Aber die Kenntnis dieser Entwicklung drang meistens nur in einzelnen, zusammenhanglosen Bruchstücken zu uns, und oft beschränkte sie sich auf Äußerlichkeiten wie die Abschaffung von Fez und Schleier in der Türkei oder die Einführung der lateinischen Schrift. Aus diesem Grunde ist das Erscheinen eines Buches*) sehr zu begrüßen, das diesen Dingen auf den Grund zu gehen sich bemüht und das erstmalig eine zusammenhängende Geschichte des orientalischen Nationalismus bringt. Denn es lag „die Gefahr nahe, daß Inner- und Mitteleuropa auch hier wieder eine gewaltige Bewegung übersehen und nicht in sein Kultur-, Macht- und Wirtschaftsbild einstellen würde" — wie Karl Haushofer sehr mit Recht in seinem dem Buche beigegebenen Geleitwort betont.

Zwei Dinge muß eine derartige Darstellung vor allem berücksichtigen: Die Voraussetzungen der nationalen Bewegung im Orient und ihre regionale Verbreitung über die verschiedenen Teilgebiete. Dementsprechend ist der erste Teil des Buches (Kapitel I—VI) den ideengeschichtlichen Grundlagen, der zweite (Kapitel VII—XII) dem verschiedenen Verlauf der Bewegung in den einzelnen Ländern des Orients gewidmet. In der Einleitung umreißt der Verfasser kurz die Grundzüge seiner Geschichtsauffassung der neueren Zeit, um das Thema seines Buches dazu in Beziehung setzen zu können. Er unterscheidet in politischer Hinsicht bei der europäischen Geschichte der letzten Jahrhunderte drei Epochen: die des Feudalismus, des demokratischen Nationalismus und einer mehr das Soziale betonenden Staats-

*) Hans Kohn, Geschichte der nationalen Bewegung im Orient. 377 Seiten mit 16 Skizzen. Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald 1928.

auffassung. Diese Entwicklungsreihe sieht er als auch für den Orient gültig an und ist der Meinung, daß die orientalischen Staaten jetzt gerade sich im — in Europa bereits überwundenen — Übergang von der ersten zur zweiten Epoche befinden. Über die Berechtigung dieser den wirklichen Geschichtsablauf etwas schematisierenden Auffassung läßt sich natürlich streiten, sie hat aber den Vorteil, für die Behandlung des Themas klare, ordnende Gesichtspunkte zu geben. Denselben Vorzug treffen wir bei dem ersten Hauptteil des Buches, dessen Abschnitte man wieder in die von innen und die von außen kommenden ideologischen Grundlagen der orientalischen Nationalbewegung einteilen könnte. Die ersten liegen natürlich vor allem im Islam, wobei der Wahabismus im Innern Arabiens, die Senussi-Bewegung in Nordafrika, der Babismus in Persien und die Ahmadija-Bewegung unter den indischen Mohammedanern die meiste Bedeutung gewannen. Dazu kam der Panislamismus, der, obgleich er ja als Sammelbewegung auf religiöser Grundlage zunächst anational eingestellt erschien, doch durch Stärkung des orientalischen Gemeinschaftsgefühles und als Reaktion gegen europäische Bevormundung den Weg der Nationalbewegung bereiten half, und schließlich die religiös-nationale Renaissance im Hinduismus. Die äußeren, von Europa kommenden Einflüsse gingen von England und Rußland aus. Die langdauernde politische Einflußnahme Englands brachte dem Orient mit der englischen Wirtschaft und Kultur die Idee der Demokratie und der Freiheit, die für den Orientalen zu einer Art erstrebenswertem Ideal wurden. Viel jünger, aber vielleicht noch intensiver war der Einfluß des Bolschewismus, der sowohl beispielhaft wie durch geschickte Propagandamethoden zwar nicht als Dogma, aber in seinen nationalpolitischen Auswirkungen den Orient stark beeinflußte. Es ist außerordentlich interessant zu beobachten, wie Kohn hier unbeabsichtigt auch einen Beitrag zur ideologischen Begründung des englisch-russischen Gegensatzes gibt, der ja von jeher in Asien seine aktivste Kampffront gehabt hat. — Mit dieser Zurückführung der orientalischen Nationalbewegung auf wenige Hauptwurzeln, wie sie der erste Teil gibt, der manchmal etwas breit und weit ausholend geschrieben ist, wird das Durchfinden durch die ungeheure Fülle des Stoffes dem Leser wesentlich erleichtert.

Die spezielle Geschichte der nationalen Bewegung in den einzelnen orientalischen Ländern, die in der zweiten Hälfte des Werkes behandelt wird, umfaßt Ägypten, die Türkei, die arabischen Staaten, Persien und Afghanistan sowie Indien. Eingehend beschreibt Kohn hier den Verlauf der Entwicklung, wie er sich etwa seit der Zeit der französischen Revolution und Napoleons I. deutlicher abzeichnet. Zu diesem Zeitpunkt scheinen gleichmäßig alle orientalischen Länder in einer gewissen ersten Umwandlung begriffen. Es würde den Rahmen dieses Referates sprengen, hier eine Wiedergabe der wichtigsten Ereignisse daraus zu versuchen; es sei deshalb nur kurz auf den Unterschied zwischen zwei Erscheinungsformen der Bewegung hingewiesen. Der Verlauf der Entwicklung wird nämlich beeinflußt von der geopolitischen Lage. In den Europa zugekehrten Randländern ist die Bewegung älter und radikaler als im Hinterland, so daß man etwa Ägypten, der Türkei und Syrien als der ersten Gruppe Innerarabien, Persien, Afghanistan und Indien auf der anderen Seite gegenüberstellen kann. Auch eine starke kulturelle Überlieferung übt einen

ähnlichen Einfluß aus und hält vor allem eine Radikalisierung nach der europäischen Seite hintan; wo sie fehlt (Türkei), oder wo die heutige Bevölkerung den Zusammenhang mit ihr verloren hat (Ägypten), ist der Umwandlungsprozeß am stärksten. Natürlich weist dabei jedes Land seine besonderen Eigentümlichkeiten auf; so ist es z. B. in Ägypten sehr interessant zu beobachten, wie nacheinander drei nationale Wellen das Land durchlaufen, von denen die erste nur die Fellachen, die Bauern, die zweite die inzwischen ausgebildete Mittelschicht und die dritte unter Zaghlul dann beide Schichten umfaßt. — Die Ereignisse in der Türkei glaubt der Verfasser nur mit der Emanzipation Japans vergleichen zu können. „Die türkische nationale Bewegung weist ... die ausgeprägtesten und charakteristischsten Formen auf. Sie ist ... diejenige, die die Gestaltungen Europas am treuesten nachgebildet hat.“ (S. 177). — Unter den syrischen Arabern waren für das nationale Erwachen die christlichen Schul- und Hochschulgründungen (amerikanische, französische usw.) von Bedeutung. Gefördert wurde der Nationalismus dann weiter durch den Druck der türkischen Herrschaft, er erlebte für kurze Zeit die Verwirklichung seiner Ziele nach dem Weltkrieg, um dann nur zu rasch wieder durch die französische Mandatsherrschaft unterdrückt zu werden. Die nationale Bewegung unter den Nomadenstämmen Innerarabiens, den „Aufstand in der Wüste“ während des Weltkrieges, hat uns sein Organisator E. T. Lawrence ja in so meisterhafter Weise geschildert, daß auf sein Buch hier ausdrücklich verwiesen sei. (Vgl. Z. f. Geopolitik 1928, S. 524). Hier tritt durch den Einfluß des Wahabismus das religiöse Moment besonders hervor. Daß selbst unter den stammesmäßig sehr zersplitterten unabhängigen Nomaden Innerarabiens ein einheitliches arabisches Nationalgefühl sich entwickelt hat, ist ein beredtes Zeugnis für die Stärke der Nationalbewegung im Orient. Auch im abgelegenen und unerschlossenen Persien ist es schon seit der Jahrhundertwende unruhig, und zwar ist die nationale Strömung eng verknüpft mit der demokratischen, die sich gegen den unter ausländischem Einfluß stehenden autokratischen Herrscher richtet. Wie dann nach dem Weltkriege sowohl Persien wie das angrenzende Afghanistan sich weitgehend zu reformieren und fast ganz vom russischen und englischen Einfluß frei zu machen vermochten, ist allgemein bekannt. Mit der Behandlung von Vorderindien greift Kohn zwar schon in den Bereich Monsunasiens über; bei der großen Zahl der Mohammedaner aber in diesem Gebiete bestehen enge Zusammenhänge mit dem vorderen Orient. Indien ist gerade das Gegenstück zur Türkei, denn der Inder steht den Europäisierungstendenzen durchaus skeptisch gegenüber und bemüht sich, die nationale Erneuerung in engster Anlehnung an seine alte Kulturüberlieferung durchzuführen. —

In dem Werke von Kohn ist ein ungeheures Material verarbeitet, das in erster Linie Zeitschriften und Zeitungen entnommen ist, und dessen systematische Durchdringung manchmal stärker sein könnte. Bewundern muß man immer wieder die fabelhafte Sprachkenntnis des Verfassers, der seine Zitate aus allen nur möglichen Sprachen des Orients bringt und eine außerordentlich vielseitige Literaturkenntnis erkennen läßt. Der große Wert des Buches liegt in einer erstmaligen zusammenfassenden Darstellung der Nationalbewegung im ganzen vorderen Orient, eine Arbeit,

die nur von einem Manne geleistet werden konnte, der wie Kohn seit langer Zeit im Orient lebt und mit ihm durchaus vertraut ist, gleichzeitig aber auch das Abendland ebensogut kennt und somit über den Dingen steht. — Die sehr klar gezeichneten Skizzen, die den Text erläutern, verdienen Anerkennung; bei einer eventuellen Neuauflage wären belanglose Versehen zu berichtigen (in Abb. 9 Schwarzes statt Kaspisches Meer, auf S. 307 Kapitelüberschrift anders als im Inhalt). Die übrige Ausstattung mit Register, Zitatenübersetzung und Literaturverzeichnis zeigt das Buch auch nach der technischen Seite auf der Höhe.

ERICH OBST:

LITERATURBERICHT

Deutschland. Die natürlichen Grundlagen seiner Kultur. Herausgegeben von der Kaiserlich Leopold. Deutschen Akademie der Naturforscher zu Halle. 361 Seiten. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig 1928.

Der Präsident der Akademie, Johannes Walther, kennzeichnet im Geleitwort das Ziel dieses hocherfreulichen Werkes mit diesen Worten: „Der Lebensgang und die Weltgeltung eines Volkes werden dadurch bestimmt, wie es die natürlichen Bedingungen seines Lebensraumes auszunützen versteht und den Wechsel seiner Umwelt im Laufe der Geschichte Rechnung zu tragen vermag. In einer Zeit, wo die Zukunft des deutschen Volkes schwer bedroht und von dunklen Wolken beschattet wird, erscheint es uns wertvoll, einmal die natürlichen Wurzeln aufzudecken, auf denen sich die deutsche Kultur im Laufe von Jahrtausenden entfaltet hat, um zu prüfen, welcher Anteil an seiner früheren Blüte durch die Hilfsquellen des Landes bedingt war und was die Eigenkraft der Nation auf dieser Grundlage geleistet hat."

Ein so hochgestelltes Ziel in einem Sammelwerk unter Mitarbeit von 11 Gelehrten zu erreichen, ist natürlich schwer. Es kann nicht übersehen werden, daß sich bei einzelnen Aufsätzen der gedankliche Zusammenhang mit dem Ganzen lockert und die Darstellung in eine selbständige und beziehungslose Übermittlung spezialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse ausmündet. Da aber fast durchweg Gelehrte ersten Ranges für die Mitarbeit gewonnen wurden, so halten sich auch diese Abschnitte auf hohem Niveau und stempeln insgesamt das Werk zu einer höchst beachtlichen Veröffentlichung. Für die Kennzeichnung des Inhalts müssen wir uns mit folgenden Angaben begnügen:

Albrecht Penck: Deutschland als geographische Gestalt. Grundlage der „Ländergestalt" ist die Nachbarschaft von Landschaften, die sich in eingehender Weise gegenseitig beeinflussen und von ihrer Umgebung abheben.

Johannes Walther: Der geologische Unterbau von Deutschland. Überblick über die erdgeschichtliche Entwicklung im Bereich Deutschlands.

Wilhelm Schmidt: Das Klima Deutschlands. Typische Klimaprofile durch Deutschland.

Karl Sapper: Deutschlands Flüsse, Kanäle und Küsten. Beleuchtung der anthropogeographischen Bedeutung der Gewässer Deutschlands.

Wilhelm Halbfaß: Die stehenden Gewässer Deutschlands. Behandelt die Seen, Stauseen, Fischteiche und Talsperren (nach dem Stand von Juni 1926).

Johannes Weigelt: Die Bodenschätze Deutschlands als Kulturgut seiner Bewohner. Sehr interessante Darstellung der Bodenschätze und der in Betracht kommenden Technologie von der prähistorischen Zeit bis zur Gegenwart. Die Dörentruper Berge sind wohl falsch lokalisiert (S. 95).

Walther Wangerin: Die deutsche Landschaft in ihrem pflanzengeographischen Wesen. Umfangreichere Darstellung des deutschen Pflanzenkleides. Unterteilung in besonders betitelte Abschnitte hätte die Übersichtlichkeit erhöht. Das Urteil über die Heide nicht als anthropogene Bildung, sondern als natürlicher Schlußverein dürfte kaum aufrecht zu halten sein.

Ferdinand Birkner: Die Urbewohner Deutschlands. Sehr erfreulich vorsichtige Behandlung des Rassenproblems.

Otto Schlüter: Die Besiedlung Deutschlands. Wichtige methodische Erörterung der Urlandschafts-Forschung. Der eigentliche Siedlungsvorgang kommt etwas zu kurz.

Theodor Roemer: Die Kultur des deutschen Bodens. Überblick über die deutsche Bodenbewirtschaftung und ihre Erzeugung.

Albert von Hofmann: Die Wege der deutschen Geschichte, entwickelt aus den Boden- und Waserverhältnissen Mitteleuropas. Bekannte Hofmannsche Gedankengänge, bisweilen etwas konstruktiv erscheinend.

Bund zur Erneuerung des Reiches (Luther-Bund): Reich und Länder. Vorschläge, Begründung, Gesetzentwürfe. 134 Seiten. Verlag Georg Stilke, Berlin 1928.

Die mit großer Spannung erwartete Denkschrift des Luther-Bundes liegt nunmehr im Druck vor. In Form von Leitsätzen wird zunächst dargelegt, warum ein Umbau unserer staatlichen Konstruktion notwendig ist, welche Lösungsmöglichkeiten ausscheiden und welche Wege somit als gangbar übrigbleiben. Der zweite Abschnitt enthält dann die ausführliche Begründung der Leitsätze, der dritte eine Skizze der erforderlichen Gesetzesvorschläge nebst Begründung.

Da die gesamte deutsche Presse inzwischen bereits eingehend zu dem Vorschlag des Luther-Bundes Stellung genommen hat, der größte Teil unserer Leser somit schon im Bilde ist, können wir uns hier kurz fassen. Es ist vorgesehen, die Länder Sachsen, Baden, Württemberg und Bayern unangerührt zu lassen, ganz Preußen aber mit sämtlichen nord- und mitteldeutschen Ländern zu einem in Reichsprovinzen gegliederten Reichsland zu vereinen. Der Reichspräsident soll zugleich Präsident des Reichslandes werden, der Reichstag das Parlament des Reichslandes unter Hinzuziehung allerdings eines preußischen Staatsrats. Damit hofft man, vor allem erst einmal das unorganische Nebeneinander von Reich und Preußen zu beseitigen, worin das Hauptübel der gegenwärtigen Krisis erblickt wird.

Der sehr klug erwogene und sehr geschickt formulierte Vorschlag des Luther-Bundes muß von jedem Deutschen sorgfältig studiert werden, der sich für die staatsrechtliche Konstruktion unseres Vaterlandes und seine Zukunft mit verantwortlich fühlt. Das Urteil des Einzelnen über den Entwurf des Luther-Bundes wird selbstverständlich stark von der politischen Grundüberzeugung beeinflußt werden. Im Ziel — dezentralisierter Einheitsstaat — sind sich „Unitarier" und „Föderalisten" nachgerade wohl einig geworden. Daß der Luther-Bund nun einen Weg zum Ziel weist, bleibt unter allem Umständen ein großes Verdienst. Wenn wir wirklich noch immer nicht reif sein sollten, nach Fortfall der Dynastien die nur dynastisch zu begreifenden Innengrenzen zu überwinden, so wird in der Tat nicht viel anderes übrigbleiben, als etwa nach dem Vorschlag des Luther-Bundes das Reformwerk zu beginnen. Der Traum unserer Vorfahren von einem einigen, starken Reich mit eigenlebigen Gliedern wird damit allerdings nicht erfüllt. Die vorgesehene Konstruktion trüge bestimmt den Charakter eines nicht eben befriedigenden Kompromisses zwischen Wollen und Können.

Rheinische Schicksalsfragen. Eine Schriftenfolge, herausgegeben in Verbindung mit dem West-Ausschuß für Rhein, Saar, Ruhr und Pfalz von Prof. Dr. Rühlmann. Verlag von Reimar Hobbing bzw. „Rheinischer Beobachter", Berlin.

Heft 12. Dr. Helmut Göring: Die Großmächte und die Rheinfrage in den letzten Jahrhunderten. 82 Seiten. Berlin 1926.

Eine gute und fesselnde historische Beleuchtung des Rheinproblems in seiner Bedeutung für die angrenzenden Staaten und ganz Europa. Verfasser führt uns, immer den Rhein in den Vordergrund stellend, von der Zeit Richelieus, Mazarins und Ludwig XIV. bis hin zur Gegenwart.

Heft 13/14. Karl Linnebach unter Mitwirkung von Ernst Hengstenberg: Die gerechte Grenze im deutchen Westen — ein tausendjähriger Kampf. Berlin 1926.

Der Band bietet ein sehr wertvolles Material: 42 Karten mit der Darstellung der natürlichen, völkischen und historisch-politischen Grenzen im Rheingebiet. Ein kurzer erläuternder Text ist beigefügt.

Heft 15/17. Dr. Walter Steiner: Französischer Geistesdruck am Rhein. Geschehenes und Gegenwärtiges nach authentischem Material. 250 Seiten. Berlin 1927.

Die Arbeit enthält eine Unmenge von Tatsachen, die nur zu sehr beweisen, mit welchen Schikanen,

nit welch raffinierter Kleinlichkeit, mit welchem Maß von Kurzsichtigkeit und auch Ängstlichkeit die Franzosen auf allen Gebieten des öffentlichen und ulturellen Lebens vorgehen, um die Bewohner des Rheinlandes ihrem Deutschtum zu entfremden und u sich hinüberzuziehen: Presse, Theater, Film usw.

Heft 18/20. Karl Linnebach: Die Entmilitarisierung der Rheinlande und der Vertrag von Locarno. Eine völkerrechtliche Untersuchung. 227 Seiten. Berlin 1927.

Was es bedeutet, wenn 55 000 qkm deutschen Landes, wenn 14,2 Millionen deutsche Menschen dauernd jedes militärischen Schutzes beraubt werden, legt Linnebach überzeugend dar. Deutschland hat nun also zwei Grenzen im Westen, eine politische und, 50 km östlich des Rheins, eine militärische. Der Vertrag von Locarno hat in einigen Punkten mildernd gewirkt, das Unrecht als solches st jedoch nicht beseitigt worden. Wenn schon Entmilitarisierung als Schutzmittel versucht werden oll, dann gerecht, d. h. gleichermaßen zu beiden Seiten der politischen Grenze.

Heft 21. Dr. Karl Bartz: Das Unrecht an Eupen-Malmedy. 95 Seiten. Berlin 1928.

Verfasser weist nach, daß die Belgier nicht das mindeste Recht auf Eupen-Malmedy haben, elbstverständlich auch nicht auf Grund der Farce von „Volksabstimmung". Er schildert owohl die Vorgänge bei der Besetzung wie die either geübte Unterdrückung des Deutschtums durch die belgischen Behörden. Die am Schluß beigefügte Karte verdient besondere Erwähnung.

Josef M. Görgen: Die Volksabstimmung im Saargebiet. Eine historisch-politische Studie. 120 Seiten. Verlag R. Oldenbourg, München 1927.

Es ist überaus zu begrüßen, daß die deutsche Öffentlichkeit schon jetzt auf die vertraglich für 1935 vorgesehene Volksabstimmung im Saargebiet gebührend vorbereitet wird. Görgen behandelt eingehend alle vertraglichen Bestimmungen, die von der irrtümlichen Voraussetzung usgehen, an der Saar wohne eine „gemischte Bevölkerung". Klar und eindeutig hält er den Franzosen vor, daß das Saargebiet absolut nichts on Frankreich wissen will und daß füglich die anze Propaganda, einschließlich der Werbung für ein „autonomes" Saargebiet, gänzlich hoffnungslos st. Wenn Frankreich wirklich den Frieden mit Deutschland und in Europa will, sollte es die Abstimmung im Saargebiet vorverlegen oder besser sich zu dem Entschluß aufraffen, dieses kerndeutsche Grenzland ohne Abstimmung ehestens zum Reich zurückkehren zu lassen.

Max Clauss: Das politische Frankreich vor dem Kriege. Bd. IV der „Probleme der Staats- und Kultursoziologie", herausgegeben von Alfred Weber. 162 Seiten. Verlag von G. Braun, Karlsruhe 1928.

Das Buch bietet eine sehr gründliche Analyse der französischen Innenpolitik und ihrer Ideologie im Zeitraum 1911—1914: ständiger Kampf zwischen konservativer Grundstimmung und radikaler Demokratie bzw. Sozialismus (Poincaré-Caillaux). Verfasser ist davon überzeugt, daß der französische Nationalismus nicht eigentlich imperialistischer Natur ist, sondern eine Reaktionserscheinung auf die problematische Innenpolitik darstellt (S. 149—153). Die Diskrepanz zwischen innerem Wohlbefinden und äußerer „gloire" treibt zu immer neuen Torheiten; anstatt ruhige, stetige Arbeit zu predigen, wird auch jetzt wieder die Parole ausgegeben „alle Mann auf die bastions de l'est!" Die „victoire" muß verteidigt werden, gerade weil der „Sieg" nicht Wohlstand, Vollgefühl, Machtaufstieg gebracht hat. Sehr gründliche und inhaltvolle Studie mit viel Quellenangaben.

Ernst von Hippel: Der französische Staat der Gegenwart. Jedermanns Bücherei. 160 Seiten mit 16 Bildern. Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau 1928.

Ein treffliches Büchlein, das klar und übersichtlich das politische Leben des heutigen Frankreich kennzeichnet: Staatsleitung, Verwaltung und Justiz, Staat, Kirche und Schule, Finanzwesen, Bevölkerungsprobleme, Armee, Presse, Syndikate der Wirtschaft. Jedes Kapitel stellt für sich ein so wohl abgerundetes Ganzes dar, daß das Büchlein sich auch zu schneller Orientierung über Teilfragen vorzüglich eignet. Ein inhaltvolles Schlußkapitel behandelt die staatsrechtlichen Krisen, die die französische Republik im Kriege durchzumachen hatte.

Handbuch der Frankreichkunde. Erster Teil. Mit Beiträgen von H. Hatzfeld, E. Lerch, L. Mackensen, H. J. Moser, H. Platz, H. Preller und W. Vogel. Handbücher der Auslandkunde, herausgegeben von P. Hartig und W. Schellberg. 324 Seiten. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M. 1928.

Ein Sammelwerk, aber einheitlich angelegt und vorzüglich redigiert. Es will französisches Wesen dem deutschen Leser nahebringen und erreicht dieses Ziel ganz ausgezeichnet. Den Unterbau des Werkes liefert Walter Vogel mit seinem vorzüglichen Beitrag „Das Land Frankreich als Grundlage der Entwicklung des Volkes und Staates". Mackensen behandelt im Anschluß daran die volkskundliche Struktur Frankreichs, die noch heute besondere keltische, römische, germanische und katholische Züge erkennen läßt (ausgezeichnete Charakterisierung des französischen Nationalcharakters). Die Beziehungen zwischen französischer Sprache und französischer Wesensart werden von Lerch sehr geistvoll interpretiert. Es folgen Aufsätze über die französische Lyrik (Hatzfeld), französische Musik (Moser), französisches Staatsleben (Preller) und das religiöse Leben in Frankreich (Platz).

Handbuch der Englandkunde. Erster Teil. Mit Beiträgen von M. Deutschbein, B. Fehr, W. Halbfaß, F. Knapp, R. Müller-Freienfels, H. Niewöhner, Fr. W. von Rauchhaupt, L. Rieß und E. Vowinckel. Handbücher der Auslandkunde, herausgegeben von P. Hartig und W. Schellberg. 348 Seiten mit 25 Bildern auf Tafeln und zahlreichen Textfiguren. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfust a. M. 1928.

Gründliche Darstellungen dessen, was über das Wesen des englischen Staates und der englischen Kultur zu sagen ist, sind in diesem Sammelwerk vereinigt. Leider ist hier die Einheitlichkeit bei weitem nicht in dem Maße geglückt, wie es bei dem Gegenstück „Frankreichkunde" zu rühmen ist. Schon die Landeskunde Englands von W. Halbfaß ist mehr Materialsammlung als geographische Grundlage einer umfassenden Englandkunde; Beziehungen zwischen Land, Volk und Staat werden nur gelegentlich aufgedeckt (wieviel besser ist Vogel die entsprechende Darstellung im Bd. Frankreich geglückt!). Sehr lesenswert ist die von Deutschbein beigesteuerte Abhandlung über englisches Volkstum und englische Sprache. Es folgen Darstellungen des englischen Rechts (von Rauchhaupt), der englischen Philosophie und Wissenschaft (Müller-Freienfels) und der englischen Malerei (Knapp). Alsdann wird die Dichtkunst für sich in zwei Abhandlungen gewürdigt: Der englische Roman (Vowinckel) und die englische Lyrik (Fehr); eine ensprechende Bearbeitung der englischen Dramatik fehlt. L. Rieß bietet sodann eine vorzügliche Darstellung des englischen Gesellschaftslebens, und H. Niewöhner schließt den Reigen mit einer reichlich schulmäßigen Abhandlung über Entstehung und Wesen des englischen Staates. — Für eine eventl. Neuauflage würde ich auch äußerliche Verbesserungen vorschlagen, z. B. die Numerierung der Abbildungstafeln, die seltsamerweise in jedem Abschnitt wieder mit der Zahl 1 beginnt.

John Robert Seeley: Die Ausbreitung Englands. Herausgegeben und eingeführt von K. A. von Müller, übersetzt von Dora Schöll. XLIII und 221 Seiten. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1928.

Daß das 1883 erschienene klassische Werk von Seeley „The Expansion of England" nun auch in deutscher Übersetzung erscheint, ist nicht hoch genug zu preisen. Wer England und den britischen Imperialismus verstehen will, kann auch heute noch an dem Werk von Seeley nicht vorbeigehen. Mag auch die ungeheure Wirkung, die das Buch einst bei seinem Erscheinen auslöste, allmählich etwas abgeebbt sein, so leben Seeleys Gedanken doch auch noch in der jetzigen Generation stark nach und bestimmen in erheblichem Maße die Handlungen der britischen Staatslenker. Über den Inhalt der Cambridge-Vorlesungen von Seeley hier ausführlich zu referieren, hieße den Eindruck schmälern. Das Buch wird einen notwendigen Bestandteil des Rüstzeuges für jeden Deutschen werden, der seine politische Erziehung ernsthaft betreibt.

Deutschland und die Kultur der Ostsee. Unter Mitwirkung von G. Braun, H. Eckener, H. v. Ficker, W. Goetz, W. His, L. Magon, P. Merker, P. Moldenhauer, A. Penck, F. Sauerbruch und A. Schulte, herausgegeben von Georg Schreiber. Heft 10 der Schriftenreihe „Deutschtum und Ausland", Studien zum Ausland-Deutschtum und zur Auslandkultur, 235 Seiten. Aschendorfsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. W. 1927.

Dieses sehr wertvolle Sammelwerk trägt den bezeichnenden Untertitel: „Erinnerungen an die deutschen Hochschulwochen in Helsingfors und Riga

926". Es enthält also mannigfach geartete Vorträge eutscher Akademiker, auf die hier im einzelnen atürlich nicht eingegangen werden kann. Wichg für uns ist die Schrift indessen durchaus, or allem wegen der ersten und letzten Kapitel, ie die Hochschulvorträge einrahmen. Da bietet . Penck einen schlechthin meisterhaften georaphischen Abriß über Finnland, mit das Beste, as wir über Finnland besitzen. L. Magon ntersucht die kulturellen Beziehungen, die kandinavien mit Deutschland, aber auch mit rankreich (Dänemark) und England (Norwegen, chweden) verbinden. Der Schlußabschnitt macht ns eingehend vertraut mit der Geschichte der niversität Riga, mit dem Herderinstitut in der leichen Stadt, mit dem Institut für ostdeutsche Virtschaft in Königsberg, dem Institut für Finnndkunde und dem nordischen Institut in reifswald.

r. Jens Samsöe: Die Industrialisierung Dänemarks. Heft 44 der „Probleme der Weltwirtschaft", Schriften des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms. XIV und 237 Seiten. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1928.

Dänemark lebt in unserer Vorstellung im wesentchen als ein Land mit ausgesprochen exportgrarischer Struktur. Da hier eine bereits sehr eit getriebene Intensivierung der landwirtschaftchen Betriebe vorliegt, die Bevölkerung aber auernd stark wächst, so kann es nur eine Frage er Zeit sein, wann wegen Erreichung der landirtschaftlichen Produktivitätsgrenze der Überang zu industriestaatlicher Ausgestaltung erfolgt. Vir danken es dem Verfasser, daß er mit groem Fleiß und anerkennenswerter Geschicklichkeit chon heute diesem Problem nachgegangen ist. r behandelt in der vorliegenden sehr gründchen Studie zunächst die agrarische Grundlage er dänischen Volkswirtschaft, dann die Voraustzungen und den allgemeinen Verlauf der abbluten volkswirtschaftlichen Industrialisierung, es weiteren die agrarwirtschaftlich bedingten räger der Industrialisierung (Mühlen-, Zucker-, rauerei-, Milchverarbeitungsindustrie u. a. m.), ie Industrialisierungsträger auf Grund natürchen Vorkommens (Ziegeleien, Zement, Porellan, Glasindustrie u. a. m.) und endlich die Industrialisierungsträger auf weltwirtschaftlicher Rohstoffgrundlage (Metall-, Textil-, Holz-, Stein- und chemische Industrie).

Johannes Öhquist: Finnland. Land und Volk — Geschichte — Politik — Kultur. 2., vermehrte und umgearbeitete Auflage. 257 Seiten mit einer farbigen Karte und sechs Kartenskizzen. Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald 1928.

Die in der Teubnerschen Serie „Aus Natur und Geisteswelt" im Jahre 1919 erschienene erste Auflage ist längst vergriffen. Die Neuauflage stellt sich dank wesentlicher Umarbeitung und Erweiterung als ein neues Buch dar, das wir als erstere größere deutsch geschriebene Landeskunde von Finnland wärmstens begrüßen. Der Verfasser ist nicht Fachgeograph und will mit seinem Werk keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse fördern; aber er kennt wie wenige Land und Leute von Finnland, beherrscht die gesamte in Frage kommende Literatur und bietet uns daher eine Beschreibung des machtvoll aufstrebenden Landes der tausend Seen, die eine plastische Vorstellung vermittelt und als Handbuch für den Reisenden wie für den daheim arbeitenden Wirtschaftler und Wissenschaftler von großem Nutzen ist. Das sehr gut ausgestattete Werk gliedert sich in fünf Hauptabschnitte:

I. Land und Volk (S. 3—66).
II. Geschichte (S. 69—106).
III. Der gegenwärtige Bau des Staates (S. 109 bis 134).
IV. Das Wirtschaftsleben (S. 135—173).
V. Geistige Kultur (S. 177—235).

Ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein Register erhöhen den Wert dieser Veröffentlichung, der unter anderem eine sehr brauchbare Karte von Finnland im Maßstab 1 : 2 000 000 beigegeben ist.

Ludwig Ritter von Höhnel: Mein Leben zur See, auf Forschungsreisen und bei Hofe. Erinnerungen eines österreichischen Seeoffiziers (1857—1909). 379 Seiten mit einem Bildnis des Verfassers. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1927.

Die Lebensgeschichte des berühmten Afrikareisenden wird man mit aufrichtigem Genuß und reichem Gewinn lesen. Was hat dieser Mensch

erlebt und geleistet, und wie rührend bescheiden weiß er davon zu berichten! Uns Geographen steht Höhnel vor allem als Entdecker des Rudolf- und des Stefani-Sees während der ersten Afrikaexpedition unter Teleki (1886—1889) nahe. Aber auch die Beschreibung seiner Reise als Gesandter an den Hof des Königs Menelik von Abessinien und der hernach folgenden Fahrt nach Australien und Ostasien als Kommandant des „Panther" sind überreich an feinen Beobachtungen und tiefgründigen Betrachtungen. Was Höhnel über die österreichische Marine und über das Leben bei Hofe zu sagen weiß, ist oftmals politisch sehr interessant. Das Lebensschiff eines wahrhaft edlen Menschen ging 1909 vor Anker, als Höhnel dem unerträglichen Allmachtsdünkel eines Hafenadmirals wich und freiwillig in den Ruhestand übertrat.

Ernst Simson: Wirtschaftliche Betrachtungen über Österreich. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Otto Freiherrn von Dungern-Graz. 76 Seiten. Verlag von Leuschner u. Lubensky, Graz-Wien-Leipzig 1928.

Verfasser hat sich als deutscher Konsul in Graz eingehend mit der wirtschaftlichen Lage Österreichs beschäftigt und bietet nun in gedrängter Übersicht eine Darstellung aller Zweige des österreichischen Wirtschaftslebens. Er stützt sich auf nicht immer leicht zu beschaffende amtliche Statistiken, die bis zum Sommer 1928 reichen. Die Schrift ist rein referierend gehalten; mit seinem eigenen Urteil hält der Verfasser gänzlich zurück. Es ist sicherlich zu begrüßen, daß uns einmal eine solch nüchtern statistische Wirtschaftsbeschreibung geboten wird; für eine Neubearbeitung würden wir jedoch eine stärkere Angleichung der einzelnen Teile empfehlen. Es berührt eigenartig, daß der Verfasser für den Obst- und Weinbau die Seiten 23—32 bereithält, Industrie und Bergbau dagegen auf die Seiten 54—59 beschränkt.

Dr. Karl Janovsky: Zollunion Prag-Wien oder Anschluß Wien-Berlin. 15 Seiten. Verlag von Gebr. Stiepel G. m. b. H., Reichenberg 1927.

Verfasser dieser kleinen, aber recht lesenswerten Schrift ist Sekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie in Reichenberg (Tschechoslowakei). Er behandelt das Problem nicht vom politischen, sondern lediglich vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus und untersucht, welche Folgerungen sich für die Wirtschaft aus einer österreichisch-tschechoslowakischen Zollunion ergeben würden. Im ganzen tritt er, ohne die entgegenstehenden Bedenken gering zu schätzen, aus wirtschaftlichen Gründen für die Zollunion Prag-Wien ein.

Dr. Eduard Reut-Nicolussi: Tirol unterm Beil. 245 Seiten mit 8 Bildern und 1 Karte. C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, München 1928.

Ein Buch, das man gewiß so bald nicht wieder vergißt! Die unermeßliche Tragik Südtirols seit Kriegsschluß zieht an uns vorüber und greift machtvoll zum Herzen: Besetzung, Einverleibung, Knechtung. Die wuchtige und dennoch würdige Art, mit der Reut-Nicolussi den deutschen Standpunkt gegenüber italienischer Maßlosigkeit vertritt, muß auch in der nichtdeutschen Welt einen starken Eindruck hinterlassen. „Unsere Sache muß die Sache aller Menschen sein, welche den im Winter des Völkerhasses gefrorenen Boden der Erde auflockern und zur Blüte und Frucht bringen wollen . . . Italien mag seinen Weg gehen und sein Glück finden, wo immer es will. Einen Anspruch an Tirol hat es nie besessen. Hätte es einen gehabt, er wäre für immer verwirkt. Seine Herrschaft in Südtirol hat den Beweis erbracht, daß ihm kein fremder Stamm anvertraut werden darf. So soll es das Land Tirol verlassen. Wenn die Grenzpfähle am Brenner ausgehoben und zwischen uns und dem italienischen Volke friedliche Marksteine im Süden Tirols eingesetzt sein werden, dann erst werden wir die schwarze Schmach von Südtirol als gesühnt ansehen . . . Hundert Jahre Unrecht machen keine Stunde Recht."

Das schlichte und eben darum so wirkungsvolle Buch Reut-Nicolussis verdient im höchsten Sinne den Ehrentitel eines deutscheu Volksbuches. Möge es in recht vielen deutschen Häusern Eingang und eine liebevolle Stätte finden.

Dr. Carl Landauer und Dr. Hans Honegger: Internationaler Faschismus. Beiträge über Wesen und Stand der faschistischen Bewegung

und über den Ursprung ihrer leitenden Ideen und Triebkräfte. Mit einem Schlußwort von Prof. Dr. M. J. Bonn. 163 Seiten. Verlag G. Braun, Karlsruhe 1928.

Eine Reihe von Freunden und Gegnern des Faschismus hat an diesem gehaltvollen Buche mitgearbeitet, um in pro und kontra ein Bild von Wesen und Stand der faschistischen Bewegung zu entwerfen. Behandelt wird der „Faschismus" von Italien, Deutschland, Ungarn, Spanien, Frankreich und Rußland. Auf Einzelheiten einzugehen, verbietet leider der Raum. Besonders hingewiesen sei auf das Schlußwort von Bonn, in dem versucht wird, das Ergebnis aus den einzelnen Untersuchungen zu ziehen. Der Demokrat Bonn, der eine interessante Gegenüberstellung Bismarck-Mussolini vorträgt, betont, daß der Faschismus stets in singulären Persönlichkeiten gipfeln muß, mithin als singuläre Erscheinung zu werten ist. Der Faschismus leitet nach ihm keine neue Ära sozialen Geschehens ein; er unterbricht, meint Bonn, den regelrechten Gang der Entwicklung, und es bleibt die Kernfrage des Faschismus, ob die Umbiegung des Singulären in das Reguläre ebenso glücklich und glimpflich verlaufen wird wie die Umstellung des Regulären zum Singulären.

Italo Zingarelli: Der Groß-Balkan. 395 Seiten mit 52 Abbildungen. Amalthea-Verlag, Zürich-Leipzig-Wien 1928.

Verfasser bereiste 1915 bis 1927 als italienischer Journalist den Balkan und gibt nun in flotter Darstellung die in den einzelnen Staaten des europäischen Südosten gewonnenen Eindrücke wieder. Er behandelt Rumänien, Griechenland, Jugoslawien, Ungarn und Österreich, indem er, meist nicht eben tiefgründig, aber stets den italienischen Standpunkt betonend, bei jedem Land die politischen Hauptprobleme umreißt. Die beigegebenen Bilder (meist politische Persönlichkeiten) sind in der Regel nicht gut, die wenigen Landschaftsbilder dringend ersatzbedürftig.

Dr. Camillo Morocutti: Groß-Deutschland und Groß-Südslawien. VIII und 103 Seiten. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien-Leipzig 1928.

Morocutti, der verdienstvolle Führer des Deutschtums in Slowenien, weist in diesem beachtlichen Buche den Weg zu positiver Friedenspolitik. Er geißelt die schändliche Entdeutschungspolitik, die in Slowenien mit fast der gleichen Brutalität getrieben wird wie in Südtirol. Und dies, obwohl eine gerechte Lösung der Minderheitenfrage (nationalkulturelle Autonomie) heute für Südslawien von größter außenpolitischer Bedeutung ist. Im eigensten Interesse sollte Jugoslawien mit dieser törichten Politik brechen, die Verständigung mit dem Deutschtum suchen, um so dem faschistischen Druck zu begegnen und einer Verschmelzung Jugoslawiens mit Bulgarien die Wege zu ebnen. Das durch Vereinigung der beiden deutschen Bruderstaaten zu bildende Großdeutschland und das durch Zusammengehen von Südslawien und Bulgarien zu schaffende Großsüdslawien sind nach Morocutti die Grundlagen des werdenden Europa. „Es liegt an der Erkenntniskraft, an der mutigen Schöpferkraft der wahren Volksführer, die große Brücke der europäischen Verständigung auf dem festen Grund ihrer Völker zu errichten, die Brücke, die sich in weitem, kühnem Bogen von der Nord- und Ostsee über das geeinigte Großdeutschland und über das geeinigte Großsüdslawien ausspannt bis zu den Ufern der Adria und des Schwarzen Meeres. Um dieser großen Ziele willen ist alles zu verurteilen, was hemmend wirken muß, vor allem die ungerechte Behandlung der deutschen Minderheit in Südslawien

Dr. Erich Eiswaldt: Die Wirtschaft Griechenlands. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit. Im Rahmen der vom Deutschen Industrie- und Handelstag veranstalteten Untersuchung der europäischen Länderbilanzen bearbeitet im Auftrage der Industrie- und Handelskammer München. 184 Seiten. Verlag Dunker u. Humblot, München-Leipzig 1928.

Eine für den Praktiker und seine gründliche Orientierung sicher sehr geeignete Zusammenstellung aller wichtigen Wirtschaftsdaten in bezug auf Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, Kaufbedürfnis und Kaufkraft der Bevölkerung, Gesamtaußenhandel, deutsch-griechischer Handel, handelspolitische Richtungen und Maßnahmen. Beziehungen zur Raumlage und geographischen Raumausstattung Griechenlands werden nur

nebenbei oder gar nicht behandelt. Geopolitisch interessant ist die Tatsache, daß in der Einfuhr nach Griechenland Rußland und England vor allem durch die Vereinigten Staaten und Italien stark zurückgedrängt worden sind (S. 157f.).

Von der Gesamteinfuhr nach Griechenland stammten aus:

	1913	1921	1925
Rußland	19,9	0,3	0,8 %
England	23,9	17,0	15,6 %
Deutschland	7,5	4,9	7,2 %
Italien	3,6	9,0	9,6 %
U. S. A.	1,6	22,8	23,2 %

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die griechische Gesamtausfuhr; von dieser gingen nach:

	1913	1921	1925
England	23,9	21,2	7,9 %
Frankreich	11,4	3,1	5,4 %
Deutschland	10,2	14,8	16,4 %
Italien	3,2	5,6	16,8 %
U. S. A.	7,8	18,4	26,6 %

W. K. von Korostowetz:
Neue Väter — neue Söhne, drei russische Generationen. Ins Deutsche übersetzt von M. von Busch. 353 Seiten. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926.
Lenin im Hause der Väter. Autorisierte Übersetzung aus dem Russischen. 444 Seiten. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1928.
Polnische Auferstehung. Übertragen von Dr. Rudolf Paul. 278 Seiten. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1929.

Die drei umfangreichen Werke bilden insofern eine Einheit, als sie eine Darstellung der Lebensereignisse des Verfassers enthalten, der, aus vornehmer russischer Familie stammend, sich nach beendetem Studium der Diplomatenlaufbahn widmet und mit dem Einbruch des Bolschewismus ins Ausland fliehen muß.

Das erste Buch darf als eigentliche Biographie angesprochen werden, geht aber darüber oftmals hinaus, indem allgemeine Betrachtungen über die gesellschaftliche Struktur des alten Rußland, über die Agrarfrage und die Revolution von 1905 eingeflochten werden. In behaglicher Breite, aber stets scharf charakterisierend und typisierend malt Korostowetz das zaristische Rußland, wie es lebte und dachte. Der Gegensatz zwischen den Großgrundbesitzern alten Stils bzw. den mehr und mehr aufkommenden und viel brutaler vorgehenden Verwaltern auf der einen, den ungebildeten, landhungrigen Bauern auf der anderen Seite zieht sich wie ein roter Faden durch das Ganze. Mit Spannung verfolgt man diese kulturgeschichtliche Darstellung des zaristischen Rußland, die um so mehr packt, als sie nicht studiert, sondern erlebt ist. Eine vorzügliche Einführung in das russische Problem, wie wir gewiß nicht viele besitzen.

Der Titel des zweiten Buches ist nicht ohne weiteres verständlich, denn der Verfasser, Sekretär der diplomatischen Kanzlei von vier russischen Außenministern, spricht nur in den Schlußabschnitten von Lenin und seinem Wirken nach erfolgter Rückkehr; weitaus der größte Teil behandelt vielmehr die europäische Politik in der Vorkriegs- und Kriegszeit (1911—1919). In allen Phasen verfolgen wir die Entwicklung der Einkreisungspolitik und das Hindrängen zur Weltkatastrophe, für die nach Korostowetz Österreich, Rußland, Frankreich und England weit mehr verantwortlich sind als Deutschland. Dadurch, daß der Verfasser mit den meisten führenden Persönlichkeiten der russischen Regierung dauernd in Fühlung war und alle wichtigen Dokumente durch seine Hand gingen, vermag er wirklich umfassend zu urteilen und hier und da ganz neues Material beizubringen. — Sein glänzendes Erzählertalent offenbart sich vollends, wenn er gegen Schluß die bolschewistische Revolution, die phantastisch anmutende Verteidigung des Gutes Peresasch, die Flucht nach Polen u. a. m. beschreibt.

Korostowetz hat in Polen ein vorläufiges Asyl gefunden und beschreibt im dritten Band die hier gewonnenen Eindrücke. Erst Mitglied der offiziellen diplomatischen Emigrantenvertretung bei der polnischen Regierung, dann Journalist. Auch dieses Buch ist ungemein aufschlußreich. Wir lernen die Struktur des polnischen Staates gründlich kennen, werden mit der Bedeutung des Katholizismus für Polen, den Minderheitenproblemen, der Danzig- und Oberschlesien-Frage vertraut gemacht usw. Die Polen werden über das von Korostowetz entworfene Konterfei nicht eben erbaut sein, denn der Verfasser geißelt schonungslos die damals dort herrschenden un-

aublichen Zustände und behandelt den polschen Staat als Produkt des nur einmal in der eschichte möglichen Glückzufalls, daß gleichitig Österreich, Rußland und Deutschland zummenbrachen.

Alle drei Bücher von Korostowetz können en Lesern unserer Zeitschrift warm empfohlen erden.

llustrierte Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland 1917—1921. Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1928/29.

Die früher hier angezeigte „Illustrierte Geschichte er Russischen Revolution" (vgl. Z. f. G. 1927, 1001) findet in dem neuen, gleichartig anelegten Werk ihre Fortsetzung. Bisher sind o Lieferungen erschienen. Wir behalten uns ne eingehende Würdigung für den Zeitpunkt or, in dem das Werk als Ganzes abgeschlossen t.

en years of soviet power in figures 1917—1927. 516 Seiten mit einem Titelbild Lenins, zahlreichen Kartogrammen usw. Zentralstatistisches Amt der Sowjet-Union, Moskau 1927.

Diese amtliche russische Veröffentlichung ersetzt e Statistischen Jahrbücher der U. d. S. S. R. r die Jahre 1925 bis 1927. Alle von der atistik erfaßten Gebiete (Bevölkerung, Wirthaft und Verkehr, Schulwesen usw.) werden r die letzten drei oder vier Jahre sehr einehend behandelt, gelegentlich auch die Entwicklung von 1917 ab.

a Population de l'U. R. S. S. Recensement le la population du 17 décembre 1926. Résumés abrégés. 64 Seiten. Zentralstatistisches Amt der Sowjet-Union, Moskau 1927.

Die wertvolle amtliche Veröffentlichung bringt mmarische Ergebnisse der russischen Volkshlung von 1926 in Tabellen: Areal und Gemtbevölkerung aller Gebiete bis hinab zu den reisen, Verhältnis von Land- und Stadtbevölkeung, Gliederung nach dem Geschlecht, Verilung der Bevölkerung auf Siedlungsgruppen n bestimmter Größenklasse u. a. m.

r. Heinrich Freund: Das Außenhandelsmonopol der Sowjetunion. Heft 11 der „Internationalen Rechtspraxis", herausgegeben vom Deutschen Internationalen Anwalt-Verband . V. 22 Seiten. Verlag von R. L. Prager, Berlin 1928.

Eine sehr knappe, aber ganz vortreffliche Darlegung des Außenhandelsmonopols der Sowjet-Union. Nach einer kurzen Schilderung des geschichtlichen Werdens (Notwendigkeit seit dem Frieden von Brest-Litowsk) werden wir mit der jetzigen Regelung vertraut gemacht und lernen das Außenhandelsmonopol in seiner regulativen und operativen Funktion kennen. Die Stellung der fremden Mächte zum Außenhandelsmonopol und den im Ausland tätigen russischen Handelsvertretungen behandelt der Schlußabschnitt. Die Schrift muß als Ergänzung des im gleichen Verlag erschienenen, hier bereits früher angezeigten Buches von Dr. Gerschuni „Die Konzessionspolitik Sowjetrußlands" sehr begrüßt werden.

Dr. Rudolf Anders: Der Handelsverkehr der U. d. S. S. R. mit Deutschland. (Statistische Materialien). 108 Seiten. Verlag R. L. Prager, Berlin 1928.

Das Buch ist vom Standpunkt und wohl auch im Auftrag der amtlichen russischen Kommission verfaßt, die speziell zur genauen Untersuchung des deutsch-russischen Handels eingesetzt wurde. Bekanntlich spielt für die deutsch-russischen Besprechungen über einen Handelsvertrag der Artikel I des Vertrages vom 12. Oktober 1925 eine große Rolle. Nach diesem Artikel soll der Anteil beider Länder an der gegenseitigen Ein- und Ausfuhr nach Maßgabe des Wirtschaftsausbaus auf das Vorkriegsniveau gebracht werden. Während nun Deutschland bestreitet, daß dies bereits erreicht sei, behauptet die sowjetrussische Delegation das Gegenteil, sofern man den gewiß stark zurückgegangenen Transitverkehr in Rechnung stelle. Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten! Wir wagen nicht, im einzelnen an der russischen Aufstellung Kritik zu üben, weil wir die Unterlagen nicht nachprüfen können. Auf jeden Fall ist die Schrift beachtenswert sowohl vom theoretischen wie vom praktischen Standpunkt aus. Sie bietet eine interessante Analyse des deutsch-russischen Warenverkehrs, arbeitet die Strukturwandlungen in den einzelnen Warengattungen klar heraus und behandelt die Auswirkungen des 300 Mill.-Kredits, wie sie Rußland glaubt feststellen zu können.

Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Genfer Abrüstungs-

konferenz. 108 Seiten. Osteuropa-Verlag, Berlin 1928.

Die Schrift enthält die Reden und Berichte der Kommission der U. d. S. S. R. auf der 5. Genfer Tagung, nach dem amtlichen russischen Text authentisch ins Deutsche übertragen. Die lebhafte Auseinandersetzung zwischen Litwinow und Lord Cushendun sowie die russischerseits an den Genfer Arbeiten geübte Kritik wird gewiß nicht geringerem Interesse begegnen als der von der Sowjet-Delegation eingebrachte Entwurf über die Herabsetzung der Rüstungen. Für eine Beurteilung des Friedens- und Abrüstungsproblems ist die kleine Schrift außerordentlich wertvoll.

Fridtjof Nansen: Betrogenes Volk. Eine Studienreise durch Georgien und Armenien als Oberkommissar des Völkerbundes. 349 Seiten mit 45 Abbildungen und 3 Karten. Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig 1928.

Nansen ist als unentwegter Freund der Armenier bekannt und hat es sich stets angelegen sein lassen, die Interessen dieses schwergeprüften Volkes nach besten Kräften zu vertreten. Die Reise, deren Verlauf er jetzt beschreibt, diente dem Zweck, zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen den Armeniern seitens des Völkerbundes geholfen werden könne. In Frage kommt in erster Linie die Erschließung neuen Siedlungslandes durch künstliche Bewässerung bzw. Dränierung geeigneter Landstriche in Russisch-Armenien (Sardarabad-Küste, Kirr-Gebiete, Kara Su-Land). Bei nur teilweiser Ausschöpfung aller Möglichkeiten erscheint die Ansiedlung von mindestens 15 000 jetzt in Griechenland oder Konstantinopel herumlungernder armenischer Flüchtlinge ohne weiteres als durchführbar. Die entstehenden Kosten würden etwa 20 Mill. RM betragen und müßten mit Unterstützung des Völkerbundes auf dem Wege einer Anleihe (vgl. die Griechen-Anleihe) aufgebracht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß den Armeniern während des Krieges seitens der europäischen Westmächte und der Vereinigten Staaten von Amerika das bindende Versprechen gegeben worden ist, ihnen eine nationale Heimstätte zu schaffen. Geschehen ist trotz dieses feierlichen Versprechens bislang so gut wie nichts, und es sieht nicht eben so aus, als ob der Völkerbund nach Vorlage der Nansenschen gutachtlichten Äußerung zur Tat schreiten würde. Der Verfasser hält es daher für seine Pflicht, mit dem vorliegenden Buch zum Gewissen Europas und Amerikas zu sprechen.

Die von Nansen geführte Kommission erreichte Eriwan auf dem Wege über Athen, Konstantinopel, Batum, Tiflis. In Armenien selbst wurden große Autofahrten unternommen, so daß alle wichtigen Fragen an Ort und Stelle studiert werden konnten. In der ihm eigenen feinen Art hat Nansen überall sehr sorgfältig beobachtet und bietet in seinem Buch eine mit geographischen, geschichtlichen und volkskundlichen Bemerkungen reich versehene Beschreibung von Armenien. Bei politischen Urteilen wird die ausgesprochene Türkenfeindschaft Nansens den Wissenden nicht überraschen. Im ganzen verdient das glänzend ausgestattete Werk als wichtiger Beitrag zur Kenntnis von Armenien volle Anerkennung.

Die persisch-russischen Verträge vom 1. Oktober 1927. 102 Seiten. Sonderdruck der deutsch-persischen Gesellschaft e. V. (Dr. Fritz Hesse), Berlin 1928.

Im Wortlaut werden hier die Texte des bedeutsamen Vertragswerkes vom 1. Oktober 1927 wiedergegeben: Garantie- und Neutralitäts-Vertrag, Fischereiabkommen, Handelsvertrag und Zollabkommen; der Notenaustausch betr. Rückgabe des Hafens Pahlewi an Persien ist als weniger wichtig unberücksichtigt gelassen. Da alle diese Verträge und Abkommen im Frühjahr 1928 ratifiziert und in Kraft gesetzt worden sind, ist es dankbar zu begrüßen, daß die deutsche Öffentlichkeit die Texte kennenlernen kann. Der Herausgeber hat dem Wortlaut der Verträge noch eine kurze Einführung hinzugefügt (S. 7 bis 12), in der der wichtigste Inhalt jedes einzelnen Abkommens skizziert worden ist. Besonderem Interesse dürfte der Handelsvertrag begegnen, weil hier erstmalig der Versuch unternommen wird, zwangsläufig und dauernd zu einer völlig ausgeglichenen Handelsbilanz zwischen Persien und Rußland zu gelangen.

Dr. Alois Hobelsperger: Europa im Abstieg. Weltpolitik und Weltwirtschaft seit 1913. Nach einem im Industrieverband Oberösterreich gehaltenen Vortrag. Beiheft 3 zur

„Zeitschrift für Geopolitik". 69 Seiten mit zahlreichen Diagrammen in Buntdruck. Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald 1928.

Auf so knappem Raum kann ein derartig gigantisches Thema natürlich nur mit ganz rohen Skizzenstrichen umrissen werden. Aber man muß dem Verfasser zugestehen, daß er es gut verstanden hat, einem fachlich nicht eben geschulten Hörerkreis die Augen zu öffnen und sie mit der schwerwiegenden Bedeutung des Problems vertraut zu machen. An immer neuen Stichproben weist er die Bedrohung der abendländischen Wirtschaft durch die Konkurrenz der überseeischen Staaten, namentlich Amerikas nach. Aufkeimender Pessimismus wird jedoch überwunden durch den Glauben an die Wertigkeit der europäischen Qualitätserzeugung und die unermüdliche Zähigkeit der privaten Wirtschaftskräfte. Besondere Bedeutung spricht der Verfasser der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas zu.

Hans Felix Wolff: Das Gesicht des Rif. 227 Karten mit 21 Abbildungen nach Originalaufnahmen und einer Karte. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1927.

Der Verfasser ist mit den ersten spanischen Abteilungen bei Alhucemas an Land gegangen, hat das gebirgige Gelände kreuz und quer durchzogen und die Bewohner gründlichst studiert. Was er nun im vorliegenden Buche bietet, ist jedoch weit mehr als eine anziehende und anekdotenhafte Reisebeschreibung. Wissenschaftlich gut unterbaute Studien zur Kulturgeschichte des Rif hat uns Wolff geschenkt, und wir danken es ihm, daß er Land und Geschichte zugleich betrachtet, um aus dieser Synthese die Problematik der Gegenwart abzuleiten. Es ist ein gutes Buch, aufschlußreich und interessant, flott geschrieben und keineswegs an der Oberfläche haftend. Ein tiefes Empfinden für die Bewohner des Rif schwingt bei Wolff spürbar auf jeder Seite des Buches mit; aber es ist kein mystisches Schwärmen für die stolzen Freiheitskämpfer, sondern ein Begreifen dessen, daß hier zwei Welten, zwei Zeitalter aufeinanderstoßen. Was not ist, ist eine friedliche Aufrüttelung der Berber aus ihrem Träumen und Schwelgen im Trugbild des goldenen Zeitalters. „Was sie brauchen, sind Apostel des Wissens, Apostel des freien Denkens, Apostel der Arbeit."

Dr. H. Müller-Miny: Moderne Industrien im tropischen Afrika. Eine wirtschaftsgeographische Studie. Heft 3 der „Geographischen Schriften", herausgegeben von A. Hettner. 133 Seiten. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1928.

Eine fleißige und dem Wesen nach durchaus geographische Wirtschaftsstudie, die über einen sonst wenig beachteten Punkt so weit Klarheit schafft, wie dies durch Verarbeitung der Literatur möglich ist. Zur Darstellung gelangen zunächst die allgemeinen Grundlagen der Industrie (Klima, Energiequellen, Arbeiterverhältnisse, Verkehrswege und Verkehrsmittel), dann die Standortsprobleme. Darauf behandelt der Verfasser die einzelnen Industriezweige, die im tropischen Afrika bereits zur Entwicklung gelangt sind: landwirtschaftliche Aufbereitungsindustrien (Palmöl, Rohrzucker und Rum, Baumwolle, Sisal, Flachs, Erdnuß, Maniok, Kopra, ätherische Öle, Fleisch, Gemüse), Holzindustrie, Bergbauindustrie und sonstige Industrien (Gerbsäure, Papier, Seife u. a. m.). Bei jedem Industriezweig werden wir kurz über die Lage der Fabriken, ihre Produktion und ihren Handel orientiert. Ein Versuch, das tropische Afrika in einheitliche Wirtschaftsprovinzen zu gliedern und die entstehenden Industrien dort einzufügen, wird nicht gemacht. Das Fehlen jedweder Karten ist zu bedauern.

Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten. Mit Benutzung amtlicher Quellen herausgegeben von Hans Meyer, Albrecht Penck, Paul Staudinger. Im Kommissionsverlag von E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Die „Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten" waren bis zum Weltkrieg (33 Bände!) eine schier unerschöpfliche Quelle und Fundgrube kolonialgeographischen Wissens. Mehr als einmal hat uns das Ausland bescheinigt, daß diese sehr sorgfältig geleitete Veröffentlichung schlechthin vorbildlich und einzigartig in der ganzen Welt war. Mit dem Zusammenbruch unserer aktiven Kolonialpolitik 1918/19 schien auch diese Schriftenreihe zum Tode verurteilt zu sein. Um so höher ist es zu bewerten, daß sich Männer fanden, die den Mut nicht verloren und den Versuch einer Fortführung wagten. Wie sehr der Erfolg auf ihrer Seite ist, beweisen die vorliegenden Hefte. Noch immer verfügen wir über

ein so umfangreiches, bislang nicht ausgeschöpftes kolonialgeographisches Material, daß die Quellen in alter Frische sprudeln und höchst wertvolle Veröffentlichungen zustande kommen. Stünde uns genügend Raum zur Verfügung, so würden wir von Herzen gern jedes Heft und jeden einzelnen Beitrag eingehend würdigen; das wäre nicht mehr als recht und billig. Leider geht das nicht an, und so beschränken wir uns auf die folgende Inhaltsangabe in der Hoffnung, auch damit schon die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf diese ungemein hochwertige Schriftenfolge zu lenken:

34 Bd. Heft 1, Berlin 1926. Fritz Jäger, Die Etoschapfanne in Deutsch-Südwestafrika. Willy Stackler, Der isostatische Zustand Deutsch-Ostafrikas auf Grund der Ergebnisse der ostafrikanischen Pendel-Expedition. G. Knothe, Die Lage der Eingeborenen Südafrikas in sozialer und politischer Beziehung. Hans Reck, Prähistorische Grab- und Menschenfunde und ihre Beziehungen zur Pluvialzeit in Ostafrika.

34. Bd. Heft 2, Berlin 1926/27. Wilhelm Methner, Die Besteigungen des Kilimandjaro. Ernst Pinkwart, Über die bei Kolonialtriangulierungen zu beachtenden Korrektionen der Horizontalrichtungsmessungen. Frh. von Stein zu Lausnitz, Das Mündungsgebiet des Likuala-Mosaka, Ssanga und Likuala-Essûbi. F. K. Dühring, Über den Ursprung und die Wanderungen der Fulba. Hermann Detzner, Die deutschen Kolonien unter Mandatsverwaltung während des ersten Jahrfünftes.

35. Bd. (nur ein Heft), Berlin 1927. Walter Behrmann, Das Zentralgebirge Neuguineas im westlichen Kaiser Wilhelmsland. Auf Grund der Ergebnisse der Sepik-Expedition 1912/13.

36. Bd. Heft 1, Berlin 1828. F. Köhl, P. Schumacher, Hans Meyer, Junger Vulkanismus im westlichen Ostafrika (Ruanda). A. Schlettwein, Die Stammesrechte in Togo. Georg Friederici, Die vorkolumbischen Verbindungen der Südsee-Völker mit Amerika. Eberhard Gudowius, Erkundung der Schiffbarkeit des Njawarongo-Kagera in Ruanda, Deutsch-Ostafrika.

Leo Waibel: Vom Urwald zur Wüste. Natur- und Lebensbilder aus Westafrika. Zweite Auflage (5.—9. Tausend). 206 Seiten mit 20 Naturaufnahmen und einer Karte. Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau 1928.

Wer Westafrika wahrhaft erleben will, der vertraue sich Leo Waibel an. Im Jahre 1911/12 nahm der Verfasser dieses nicht genug zu rühmenden Buches an der von Thorbecke geführten Kamerun-Expedition teil, schiffte sich Anfang 1914 nach Deutsch-Südwestafrika ein und wurde dann durch den Krieg $5^1/_2$ Jahre im Lande festgehalten. Waibel hat auf großen Reisen den afrikanischen Urwald, die weiten Steppengebiete und die Wüste eingehend kennengelernt und sich mit der spezifischen Eigenart dieser Landschaftstypen und ihrer Bewohner derartig vertraut gemacht, daß er wie von guten Freunden von ihnen zu plaudern weiß. So plastisch die Sprache, so packend der Stil, daß wir am Ende beim Lesen des Buches meinen, durch einen Zauber plötzlich nach Westafrika versetzt zu sein und selber zu schauen, wovon uns Waibel erzählt: Wälder, Tierleben des Waldes, auf der Savanne, die Steppe, Tierleben der Steppe, Farmerleben, auf Pad, Orlog, die Wüste. Zahlreiche prächtige Bilder tragen vollends dazu bei, die eigentümliche Welt Westafrikas dem Leser nahezubringen. Das Buch ist aufs allerwärmste zu empfehlen.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Gießen, Ostanlage 25 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 25 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Geese, Berlin SW 68

REGISTER

ZUM V. JAHRGANG 1928

DER

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

AUSGEARBEITET VON

DR. ERICH OBST

o. Professor an der Technischen Hochschule / Hannover

Berlin-Grunewald 1928

KURT VOWINCKEL VERLAG G. M. B. H.

REGISTER

ZUM V. JAHRGANG 1928 DER ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

ichworte, die man unter C nicht findet, suche man unter K oder Z und umgekehrt; desgleichen Stichworte, die man unter Y nicht findet, unter J.

Müller, K. 500: auf S. 500 beginnt ein von K. Müller verfaßter Beitrag.
Müller, K. 600*: auf S. 600 wird K. Müller im Text zitiert.
Müller, K. 700**: auf S. 700 wird ein von K. Müller verfaßtes Buch im Literaturbericht angezeigt.